



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1971

Montag, den 29. November 1971

Nr. 48

	Seite		Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei		Satzung des Kirchenbezirks am Limes	1922
Staatliche Anerkennung von Rettungstaten	1913	Errichtung der Evangelischen Kirchengemeinde Mühlheim-Süd im bisherigen Bereich der Evangelischen Kirchengemeinde Mühlheim und Benennung der verbleibenden Gemeinde in Evangelische Kirchengemeinde Mühlheim-Nord	1923
Durchführung des § 71 e Abs. 3 G 131	1914	Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik	
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 10. 1971 bis 12. 11. 1971	1914	Wirtschaftsprüferordnung	1923
Der Hessische Minister des Innern		Der Hessische Sozialminister	
Ausführungserlaß zur Verordnung über die Landesdienstflagge vom 26. 11. 1949	1914	Gewerbeaufsicht — Immissionsschutz; hier: Bewertungsfreiheit (Sonderabschreibung) für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die dazu dienen,	
Ersatz von Sachschäden an Kraftfahrzeugen gemäß Nr. 6 der Richtlinien zu § 94 HBG	1914	a) die Verunreinigung der Luft,	
Steuerliche Behandlung der Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zukunftssicherung der Arbeitnehmer; hier: Beiträge zur zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung, die nach § 5 Abs. 2 Arbeitsplatzschutzgesetz weiterzuentrichten sind	1915	b) Lärm oder Erschütterungen zu verhindern, zu beseitigen oder zu verringern	1923
Änderung der Dienstanzweisung für die Ständesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden	1915	Umbenennung des Flüchtlingswohnheims mit Zentraler Förderschule Gondsroth	1925
Ausländerrecht; hier:		Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt	
1. Neugestaltung von Formblattmustern		Einführung von technischen Normen und anderen technischen Bestimmungen, Richtlinien und Hinweisen für die Wasserwirtschaftsverwaltung im Lande Hessen	1925
2. Verkehr der Ausländerbehörden mit dem Ausländerzentralregister	1915	Richtlinien zur Durchführung des Weinwirtschaftsgesetzes vom 25. 6. 1969; hier: Änderung	1936
Erfassung der schulpflichtigen ausländischen Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden durch die Meldebehörden	1916	Haushaltsplan der Hessischen Tierseuchenkasse — Nachtragshaushalt für das Rechnungsjahr 1972 —	1936
Ausbildung der Bewerber für die Wasserschutzpolizei	1916	Übernahme der forsttechnischen Leitung und Ausübung des forsttechnischen Betriebes im Stadtwald Biedenkopf durch die Staatsforstverwaltung	1937
Ungültigkeitserklärung von Polizei-Dienstausweisen	1917	Umwandlung von Forstwartefien in Revierförstereien	1937
Gemeindegebietsreform in Hessen; hier: Zusammenschlüsse und Eingliederungen von Gemeinden	1917	Flurbereinigung Gräfenhausen, Krs. Darmstadt	1937
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Walluf, Rheingaukreis	1917	Flurbereinigung Oberaula, Krs. Ziegenhain	1938
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Eschollbrücken, Landkreis Darmstadt	1917	Personalmeldungen	
Durchführung des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. 7. 1968; hier:		Im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei	1939
A. Überleitung des LSHD auf den Landrat als Behörde der Landesverwaltung		Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	1939
B. Stäbe bei den Hauptverwaltungsbeamten		Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen	1943
C. Mitwirkung privater Einheiten und Einrichtungen	1918	Im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz	1944
Der Hessische Minister der Finanzen		Regierungspräsidenten	
Allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz vom 22. 1. 1970	1918	DARMSTADT	
Hessische Dienstwohnungsvorschriften vom 1. 10. 1971; hier: Umstellung der Verfahrensweise bei der Erhebung der Dienstwohnungvergütung und der Nebenkosten	1919	Auflösung des Krankenversicherungsvereins der Betriebsangehörigen der Ernst Leitz GmbH, Wetzlar	1944
Brennstoffversorgung in der Heizperiode 1972	1919	Wohnplatzverzeichnis	1944
Der Hessische Minister der Justiz		Bekanntmachung über ein Vorhaben der Firma Degussa in Wolfgang	1945
Gerichtstage der Amtsgerichte (Gerichtstag in Herleshausen)	1920	Buchbesprechungen	1945
Verlust eines Dienstsiegels	1920	Öffentlicher Anzeiger	
Der Hessische Kultusminister		Verlust eines Dienstausweises	1947
Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des gehobenen Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken	1920	Wahlfrist für die Wahl der 5. Delegiertenversammlung der Landesapothekerkammer Hessen	1950
Einstellung von Anwärtern für den gehobenen Dienst (Inspektorenlaufbahn) bei den wissenschaftlichen Bibliotheken im Lande Hessen	1921	Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Bad Hersfeld nach Heringen	1950
Errichtung der Evangelischen Kirchengemeinde Wommelshausen	1921	Veränderung in der Zusammensetzung des Vorstandes der Hessen-Nassauischen landw. Berufsgenossenschaft	1950
Umgemeindung eines Teils der Gemeindeglieder der Evangelischen Kirchengemeinde Worms-Prifflichheim in die Ev. Luthergemeinde Worms	1922	Satzungsänderung des Verbandselektrizitätswerks Waldeck	1950

Die 11. Folge 1971 der monatlich erscheinenden Beilage

» **Rechtsprechung der Hessischen Verwaltungsgerichte** «

ist dieser Ausgabe des Staats-Anzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt.

1560

Der Hessische Ministerpräsident

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Für die unter Lebensgefahr ausgeführte Rettung eines Menschen vor dem Tode am 10. März 1971 verleihe ich Herrn Dietmar L a u x, Offheim, Krs. Limburg, die hessische Rettungsmedaille.

Gleichzeitig spreche ich den an der Rettungstat am 10. März 1971 Beteiligten, Herrn Bernhard Hornstadt, Hadamar,

Fräulein Erika Pleh, Oberzeuzheim, Herrn Werner Schmidt, Hadamar, und Fräulein Roswitha Schlimm, Hadamar, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 15. 10. 1971

Der Hessische Ministerpräsident
I A 1 — 14 c

StAnz. 48/1971 S. 1913

1561**Durchführung des § 71 e Abs. 3 G 131**

Bezug: Mein Rundschreiben vom 6. 7. 1966 (StAnz. S. 1018)
 Mein Rundschreiben vom 13. 11. 1970 (StAnz. 1970
 S. 2238)

Die Grundvergütungen der Angestellten sind durch Vergütungs-Tarifvertrag Nr. 8 zum BAT (StAnz. 1970 S. 435) ab 1. 1. 1970 um 8 v. H. erhöht worden. Es handelt sich hierbei um allgemeine Erhöhungen, die bei der Berechnung der unteren Bemessungsgrenze nach § 71 e G 131 dann zu beachten sind, wenn die in Frage kommenden Personen vor Anwendung des Abs. 1 a. a. O. Angestellte gewesen sind.

Auf den so zu behandelnden Personenkreis ist Absatz 3 (Wegfall der Tarifklasse III) meines Rundschreibens vom 13. 11. 1970 entsprechend anzuwenden.

Ab 1. 1. 1971 ist die Berechnung der Zuschüsse nach § 71 e Abs. 3 neu geregelt worden. Insoweit wird auf das gemeinsame Rundschreiben des Hessischen Ministers des Innern und des Direktors des Landespersonalamtes Hessen vom 22. Oktober 1971 (StAnz. S. 1826) verwiesen.

Dieses Rundschreiben erfolgt im Einvernehmen mit dem Herrn Hessischen Minister des Innern.

Wiesbaden, 8. 11. 1971

**Der Direktor
 des Landespersonalamtes Hessen**
 VII/1 — LS 1741
 StAnz. 48/1971 S. 1914

1562**Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 10. 1971 bis 12. 11. 1971**

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 6200 Wiesbaden, Rheinstraße Nr. 35/37.

	Preis DM
Statistische Berichte	
A I 1 bis A IV 3 — vj 2/71 Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 2. Vierteljahr 1971	1,—
C II 5 — 1/71 Die Pflanzbestände in den Baumschulen Hessens 1971 (verglichen mit 1970)	1,—
C III 2 — m 9/71 Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft in Hessen im September 1971	—,50
C III 3 — m 9/71 Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im September 1971 (30 Tage)	—,50
C III 6 — m 9/71 Brut und Schlachtungen von Geflügel in Hessen im September 1971	—,50
E I 1 — m 8/71 Die Industrie in Hessen im August 1971	1,50
E I — F/S — m 9/71 Industrie und Bauhauptgewerbe in Hessen im September 1971 (Vorläufige Ergebnisse)	1,—
G I 1 — m 8/71 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel im August 1971	—,50
G III 3 — m 8/71 Die Einfuhr Hessens im August 1971	1,—
G IV 1 — m 8/71 Der Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im August 1971	—,50
G IV 3 — m 8/71 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im hessischen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe im August 1971	—,50
H II 1 — m 9/71 Die Binnenschifffahrt in Hessen im September 1971	1,—
L I 5 — j/70 (mit festem Einband) Das Personal der hessischen Verwaltung am 2. Oktober 1970	3,—
L II 1 — m 9/71 Aufkommen an Landes- und Bundessteuern im September 1971 in Hessen	—,50

Wiesbaden, 12. 11. 1971

Hessisches Statistisches Landesamt
 Z 231 — 77 a 241/71
 StAnz. 48/1971 S. 1914

Der Hessische Minister des Innern**1563****Ausführungserlaß zur Verordnung über die Landesdienstflagge vom 26. November 1949 (GVBl. S. 171)****1. Form der Landesdienstflagge**

Die Höhe der Landesdienstflagge verhält sich zu ihrer Länge wie 3 : 5, die Gesamtgröße richtet sich nach Art und Größe des Gebäudes. Das Landeswappen ist auf beiden Seiten in den aus den Mustern sich ergebenden Größenverhältnissen so aufzusticken oder aufzudrucken, daß der Blick des Löwen auf die Fahnenstange gerichtet ist. Für die Herstellung der Flaggen sind nur Materialien zu verwenden, die nachweislich farbecht und wetterbeständig sind.

2. Beflaggung der Dienstgebäude

(1) An den Dienstgebäuden der staatlichen Verwaltungen darf neben der Landesdienstflagge nur die Bundesflagge gesetzt werden, und zwar rechts von der Landesdienstflagge (von der Gebäudefront aus gesehen). Am Europatag soll jedoch auch die Europaflagge gezeigt werden, und zwar zwischen der Landesdienstflagge und der Bundesflagge.

(2) Diejenigen Teile anderer Gebäude, in denen sich Räume einer staatlichen Dienststelle befinden, sind wie die Dienstgebäude zu beflaggen.

3. Führung der Landesdienstflagge an Dienstfahrzeugen auf Binnengewässern

(1) Die Dienstfahrzeuge des Landes auf Binnengewässern führen die Landesdienstflagge am Bug des Schiffes als Gösch.

Am Heck des Schiffes ist die Bundesflagge zu setzen. Beide Flaggen sind während des Dienstbetriebs von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang zu setzen.

(2) Die Größe der Flagge richtet sich nach Art und Größe des Schiffes.

(3) Neben den genannten Flaggen dürfen keine anderen Flaggen gesetzt werden, ausgenommen die in den Schiffsahrtspolizeiverordnungen vorgeschriebenen Signalflaggen.

Wiesbaden, 8. 11. 1971

Der Hessische Minister des Innern
 I A 12 — 3 d 34
 StAnz. 48/1971 S. 1914

1564**Ersatz von Sachschäden an Kraftfahrzeugen gemäß Nr. 6 der Richtlinien zu § 94 HBG**

Nach Nr. 6 der Richtlinien zu § 94 HBG in der Fassung vom 29. September 1967 (StAnz. S. 1318) darf im Einzelfall der für Schäden an Kraftfahrzeugen zu leistende Ersatz 500 DM nicht übersteigen.

Angesichts der Erhöhung der Selbstbeteiligungsgrenze in der Vollkaskoversicherung von 500 DM auf 650 DM bin ich vorbehaltlich einer späteren Änderung der Richtlinien damit ein-

verstanden, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1971 der in Satz 3 der Richtlinie Nr. 6 zu § 94 HBG vorgesehene Höchstbetrag von 500 DM auf 650 DM erhöht wird.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamtes Hessen.

Wiesbaden, 8. 11. 1971

Der Hessische Minister des Innern
I A 54 — P 1643 A — 6
StAnz. 48/1971 S. 1914

1565

Steuerliche Behandlung der Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zukunftssicherung der Arbeitnehmer;

hier: Beiträge zur zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung, die nach § 5 Abs. 2 Arbeitsplatzschutzgesetz weiterzuentrichten sind.

Bezug: Abschnitt G Unterabschnitt I Nr. 2 Buchst. b meines Rundschreibens vom 30. Mai 1968 (StAnz. S. 977) i. d. F. des Abschnitts II meines Rundschreibens vom 15. Februar 1971 (StAnz. S. 411).

I.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen hat mit Erlaß vom 17. August 1971 — F/IV B 6 — S 2332 — 28/71 — festgestellt, daß es sich bei den auf der Grundlage des § 5 Abs. 2 Arbeitsplatzschutzgesetz für zum Wehrdienst bzw. zivilen Ersatzdienst einberufene Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes weiterzuentrichtenden Beiträgen (einschl. Umlage) zur zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung um Leistungen handelt, die auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung erbracht werden und demzufolge gem. § 3 Ziff. 62 EStG/§ 2 Abs. 4 LStDV steuerfrei sind.

Ich bitte um Kenntnisnahme und Beachtung.

II.

In Abschnitt G Unterabschnitt II Nr. 2 Buchst. b des Bezugsrundschreibens werden folgende Sätze angefügt:

„Das gilt nicht, soweit die Beiträge auf der Grundlage des § 5 Abs. 2 Arbeitsplatzschutzgesetz für zum Wehrdienst bzw. zivilen Ersatzdienst einberufene Arbeitnehmer weiterentrichtet werden. In diesen Fällen werden die Leistungen des Arbeitgebers auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung erbracht und sind steuerfrei gem. § 3 Ziff. 62 EStG/§ 2 Abs. 4 LStDV.“

III.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Finanzen. Er geht den obersten Landesbehörden und den mir nachgeordneten Dienststellen nicht gesondert zu.

Wiesbaden, 2. 11. 1971

Der Hessische Minister des Innern
I A 62 — P 2174 A — 247
StAnz. 48/1971 S. 1915

1566

An die Herren Stadesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden

Änderung der Dienstanweisung für die Stadesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden

- Bezug:** 1. Runderlaß vom 24. Dezember 1969 (StAnz. 1970 S. 82 = StAZ 1970 S. 44 = „Der Hessische Stadesbeamte“ 1970 S. 9),
2. Runderlaß vom 5. Juni 1970 (StAnz. S. 1246 = StAZ S. 183 = „Der Hessische Stadesbeamte“ S. 41),
3. Runderlaß vom 3. August 1970 (StAnz. S. 1599 = StAZ S. 275 = „Der Hessische Stadesbeamte“ S. 65)
4. Runderlaß vom 6. November 1970 (StAnz. S. 2205 = StAZ S. 330 = „Der Hessische Stadesbeamte“ S. 93),
5. Runderlaß vom 17. Februar 1971 — II 4 — 25 h 04/17 — 7a/71 — 5 — (StAnz. S. 415 = StAZ S. 77 = „Der Hessische Stadesbeamte“ S. 17)

Die Dienstanweisung hat durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Personenstandsgesetz (Dienstanweisung für die Stadesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden — DA —) vom 10. November 1971 (Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 215 vom 19. 11. 1971) umfangreiche Änderungen erfahren. Ich bitte die Herren Stadesbeamten, sich so bald wie möglich mit den neuen Vorschriften vertraut zu machen.

Die Bezugserlasse sind damit überholt und werden aufgehoben. Der mit dem Bezugserlaß zu 5. eingeführte Vordruck ist jedoch weiterhin zu verwenden.

Wiesbaden, 19. 11. 1971

Der Hessische Minister des Innern
II 4 — 25 h 04/17 — 7/71 — 5
StAnz. 48/1971 S. 1915

1567

Ausländerrecht;

- hier:** 1. Neugestaltung von Formblattmustern
2. Verkehr der Ausländerbehörden mit dem Ausländerzentralregister

I.

Der Bundesminister des Innern hat mit Bekanntmachung vom 1. Oktober 1971 — V II 6 125 316/1 — (GMBl. S. 421) die der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes vom 7. Juli 1967 (GMBl. S. 231) als Anlagen beigegebenen Formblattmuster A 1 a, A 1 b, A 2, A 3, A 4, A 5 sowie C 1, C 2, C 3, C 4, C 5 durch die im Gemeinsamen Ministerialblatt 1971 S. 421 ff. abgedruckten Neufassungen ersetzt.

Die Muster A 6, A 23 und A 25 erhielten bei unverändertem Text das Format DIN A 6.

Das neu geschaffene Muster C 6 ist von den Ausländerbehörden für Mitteilungen an das Ausländerzentralregister in Fällen zu verwenden, in denen über einen Ausländer unrichtige persönliche Daten gespeichert sind.

II.

Die neuen Muster werden mit Wirkung vom 1. Dezember 1971 eingeführt.

Für den Verkehr der Ausländerbehörden mit dem Ausländerzentralregister sind von diesem Tage ab ausschließlich die neuen Formblätter der Serie C zu benutzen.

Die bei den Behörden noch vorhandenen Altbestände der Formblätter der Serie A können aufgebraucht werden.

III.

Das in meinem nachträglich bekanntgemachten Erlaß vom 30. Oktober 1969 (StAnz. 1970 S. 1104) unter I 1. erwähnte Rundschreiben des Bundesministers des Innern über den Verkehr der Ausländerbehörden mit dem Ausländerzentralregister vom 7. Juli 1967 (GMBl. S. 299) ist durch Rundschreiben vom 1. Oktober 1971, das im Gemeinsamen Ministerialblatt 1971 S. 441 ff. abgedruckt ist, aufgehoben worden. Eine Neufassung dieses Rundschreibens war insbesondere wegen der Änderung der Formularserie C erforderlich geworden.

IV.

Die neuen Formblattmuster sind im Einvernehmen mit den Bundesländern und unter Beteiligung einiger Ausländerbehörden erarbeitet worden.

V.

Die in dem neuen Rundschreiben des Bundesministers des Innern „Verkehr der Ausländerbehörden mit dem Ausländerzentralregister“ gegenüber dem Rundschreiben vom 7. Juli 1967 vorgenommenen Änderungen sind insbesondere durch die Inbetriebnahme der neuen EDV-Anlage und die damit verbundene Neugestaltung der Formblätter der Serie C bedingt.

Abweichend von der bisherigen Praxis wird nach der Meldung eines Neuzuzugs in Zukunft die Mitteilung, daß über den Ausländer keine Erkenntnisse vorliegen, bereits in den

Namensaufkleber Nr. 0 eingedruckt (vgl. Nr. 12 des Rundschreibens). Eine besondere Mitteilung erfolgt nur noch in den Fällen, in denen Erkenntnisse vorliegen.

Ich weise besonders darauf hin, daß nach Nr. 29 g des Rundschreibens vom 1. Oktober 1971 auf die Mitteilungen der Ausländerbehörden an das Ausländerzentralregister über Deutsche mit zugleich fremder Staatsangehörigkeit verzichtet worden ist.

VI.

Ich bitte die Ausländerbehörden, bei dem Verkehr mit dem Ausländerzentralregister nunmehr nach dem Rundschreiben des Bundesministers des Innern vom 1. Oktober 1971 (GMBl. S. 441) zu verfahren.

Im übrigen gilt hinsichtlich der Erteilung von Aufenthalts-erlaubnissen und Sichtvermerken auf besonderem Blatt das Rundschreiben des Bundesministers des Innern vom 7. Juli 1967 (GMBl. S. 318) unverändert weiter.

Die Erlasse des Bundesministers des Innern über

- a) das Muster für Passierscheine für ausländische Flug-gäste vom 7. Juli 1967 (GMBl. S. 318),
- b) das Muster der Landgangsausweise vom 7. Juli 1967 (GMBl. S. 319),

bleiben unberührt.

VII.

Meinen Erlaß betreffend Ausführung des Ausländergesetzes vom 30. Oktober 1969 (StAnz. 1970 S. 1104) hebe ich auf.

Wiesbaden, 8. 11. 1971

Der Hessische Minister des Innern
III A 31 — 23 d
StAnz. 48/1971 S. 1915

1568

Erfassung der schulpflichtigen ausländischen Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden durch die Meldebehörden

Alle, also auch ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, die in Hessen ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, unterliegen der Schulpflicht (Vollzeitschulpflicht und Berufsschulpflicht) nach Maßgabe des hessischen Schulpflichtgesetzes in der Fassung vom 30. Mai 1969 (GVBl. I S. 184), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 5. Oktober 1970 (GVBl. I S. 598).

Die Vollzeitschulpflicht beginnt, wenn das Kind bis zum 30. Juni eines Kalenderjahres das sechste Lebensjahr vollendet hat, am 1. August des gleichen Jahres. Sie endet neun Jahre später.

Die Berufsschulpflicht beginnt nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht

1. mit dem Ausscheiden aus einer Vollzeitschule,
2. mit dem Eintritt in ein Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis.

Sie dauert in der Regel drei Jahre und endet spätestens mit der Vollendung des 21. Lebensjahres.

Die Schulbehörden sind auf eine möglichst lückenlose Erfassung aller schulpflichtigen ausländischen Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden angewiesen, um die Überwachung der Erfüllung der Schulpflicht zu gewährleisten. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedürfen sie jedoch der Mithilfe der Meldebehörden.

Es wird deshalb folgendes bestimmt:

1. Die Meldebehörden teilen den Schulbehörden (Schulräten, in kreisfreien Städten Schulämtern) jeweils einen Monat vor Beginn des Schuljahres folgende Angaben über die in ihrem Bereich gemeldeten erstmals schulpflichtig werdenden ausländischen Kinder mit:

- a) Familienname
- b) Vorname(n)
- c) Geburtsdatum
- d) Staatsangehörigkeit
- e) Anschrift
- f) Name der Eltern oder sonstigen gesetzlichen Vertreter (Erziehungsberechtigten).

Diese Angaben sind für jedes schulpflichtige Kind auf einem einzelnen Beleg zu vermerken. Um den Schulbehörden die Auswertung zu erleichtern, darf eine listenmäßige Erfassung nicht erfolgen.

2. Über den Zuzug ausländischer Schulpflichtiger aus dem Ausland oder aus dem Bereich einer anderen Meldebehörde ist die Schulbehörde unverzüglich nach der Anmeldung zu unterrichten.

3. Die Mitteilung ist im Melderegister zu vermerken. Bei einem etwaigen Umzug innerhalb des Bereichs der Meldebehörde und bei einem Fortzug aus dem Bereich der Meldebehörde bedarf es keiner Unterrichtung der Schulbehörde.

Der Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Kultusminister.

Wiesbaden, 12. 11. 1971

Der Hessische Minister des Innern
III A 31 — 23 a 02

StAnz. 48/1971 S. 1916

1569

An das Wasserschutzpolizeiamt
6503 Wiesbaden-Kastel

Ausbildung der Bewerber für die Wasserschutzpolizei

Für die Ausbildung der Bewerber für die Wasserschutzpolizei (WSP) (§§ 20 Abs. 2 und 21 Abs. 1 der VO über die Laufbahn der hess. Polizeivollzugsbeamten (Pol.-LVO) vom 22. Dezember 1967 (GVBl. I 1968 S. 26), zuletzt geändert durch die zweite VO vom 3. Mai 1971 (GVBl. I S. 104), gelten folgende Richtlinien:

1. Einführungslehrgang

Die Fachausbildung bei der Wasserschutzpolizei beginnt mit einem Einführungslehrgang. Der Lehrgang dauert 5 Wochen und wird an Bord eines Bootes der Hessischen Wasserschutzpolizei durchgeführt. In diesem Lehrgang wird der Beamte mit den notwendigen Grundkenntnissen für die spätere Verwendung im WSP-Dienst vertraut gemacht. Es sollen insbesondere behandelt werden:

- a) Verhalten an Bord, Boots- und Motorenwartung sowie Einweisung in die praktischen Arbeiten an Bord.
- b) Fahrwasser- und Bootsfahrkunde sowie Ausbildung an Hilfsstreifenbooten und Beibooten,
- c) Schiffahrtskunde (praktische Einweisung in den Bau und Betrieb von Binnenschiffen),
- d) Schiffahrts- und Schiffahrtsverkehrsrecht. (Überblick über sämtliche schiffahrtspolizeilichen Vorschriften),
- e) Wasserschutzpolizei-Dienstbetriebskunde.

2. Fahrt auf kanalisiertem Stromstrecken

Im Anschluß an den Einführungslehrgang sind über einen Zeitraum von 2 Wochen Streckenfahrten auf einer kanalisiertem hessischen Stromstrecke durchzuführen.

Die Streckenfahrten sollen dem Beamten die notwendigen Kenntnisse über Fahrwasserverhältnisse und Schleusenbetrieb vermitteln.

3. Schiffsreise

Im Rahmen der Fachausbildung nimmt der Beamte an einer vierzehntägigen Schiffsreise auf einem Fahrzeug der gewerblichen Schifffahrt teil. Er soll hierbei die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der schiffahrttreibenden Bevölkerung an Bord eines Binnenschiffes kennenlernen. Die Schiffsreise entfällt für Beamte, die Fahrzeiten in der Binnenschifffahrt nachweisen können.

4. Aufhebung bisheriger Vorschriften

Mein Erlaß vom 8. Okt. 1968 — III B 12 — 8 d 02 03 — (StAnz. S. 1590) wird hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 9. 11. 1971

Der Hessische Minister des Innern
III B 22 — 8 d 02

StAnz. 48/1971 S. 1916

1570

Ungültigkeitserklärung von Polizei-Dienstausweisen

Der von der Direktion der Hessischen Bereitschaftspolizei für den Polizeiwachmeister Werner E m d e am 15. 7. 1971 ausgestellt Polizei-Dienstausweis Nr. 6502 und der für den Polizeiwachmeister Knud Weimer am 10. 8. 1971 ausgestellte Polizei-Dienstausweis Nr. 7235 sind in Verlust geraten.

Die Dienstausweise werden für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 10. 11. 1971

**Direktion der Hessischen
Bereitschaftspolizei**
StAnz. 48/1971 S. 1917

1571

Gemeindegebietsreform in Hessen;

hier: Zusammenschlüsse und Eingliederungen von Gemeinden

Die Hessische Landesregierung hat am 10. November 1971 beschlossen:

1. Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 31. Dezember 1971 die Gemeinde Frebershausen in die Stadt Bad Wildungen im Landkreis Waldeck eingegliedert.
2. Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 31. Dezember 1971 die Gemeinde Marj ob in die Stadt Steinau im Landkreis Schlüchtern eingegliedert.
3. Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 31. Dezember 1971 die Gemeinde Niederhöchst adt in die Stadt Eschborn im Main-Taunus-Kreis eingegliedert.
4. Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 und § 12 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 31. Dezember 1971 die Gemeinden Glashütten und Oberems im Main-Taunus-Kreis zu einer Gemeinde mit dem Namen „Glashütten“ zusammengeschlossen.
5. Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 31. Dezember 1971 die Gemeinden Weilbach und Wicker in die Stadt Flörsheim im Main-Taunus-Kreis eingegliedert.
6. Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 31. Dezember 1971 die Gemeinde Schwickartshausen in die Stadt Nidda im Landkreis Büdingen eingegliedert.
7. Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 und § 12 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 31. Dezember 1971 die Gemeinden Hainchen, Himbach und Rommelhausen im Landkreis Büdingen zu einer Gemeinde mit dem Namen „Limeshain“ zusammengeschlossen.
8. Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 31. Dezember 1971 die Gemeinde Aue in die Stadt Wanfried im Landkreis Eschwege eingegliedert.
9. Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 und § 12 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung

vom 31. Dezember 1971 die Gemeinden Frieda, Grebendorf, Jestäd t und Schwebda im Landkreis Eschwege zu einer Gemeinde mit dem Namen „Meinhard“ zusammengeschlossen.

10. Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 und § 12 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 31. Dezember 1971 die Gemeinden Frankenhain, Frankershausen und Hitzerode im Landkreis Eschwege zu einer Gemeinde mit dem Namen „Berkatal“ zusammengeschlossen.
11. Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 und § 12 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 31. Dezember 1971 die Gemeinden Abterode, Alberode, Germerode, Vockerode, Weidenhausen und Wellingerode im Landkreis Eschwege zu einer Gemeinde mit dem Namen „Meißner“ zusammengeschlossen.

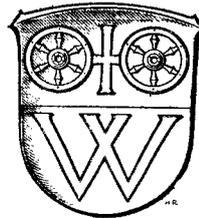
Wiesbaden, 12. 11. 1971

Der Hessische Minister des Innern
IV A 11 — 3 k 08/05
StAnz. 48/1971 S. 1917

1572

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Walluf, Rheingaukreis

Der Gemeinde Walluf im Rheingaukreis, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:



„Schild von Rot und Silber geteilt; oben ein kreuzverbundenes Doppelrad liegend, unten ein W in verwechselten Farben.“

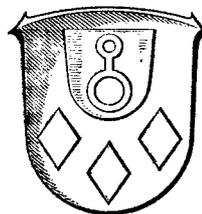
Wiesbaden, 8. 11. 1971

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 34/71
StAnz. 48/1971 S. 1917

1573

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Eschollbrücken, Landkreis Darmstadt

Der Gemeinde Eschollbrücken im Landkreis Darmstadt, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:



„In Blau ein goldener, mit einem roten Halseisen belegter Kleinschild, darunter drei silberne Rauten.“

Eschollbrücken

Wiesbaden, 9. 11. 1971

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 34/71
StAnz. 48/1971 S. 1917

1574

Herrn Regierungspräsidenten
Darmstadt — Kassel

Durchführung des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. 7. 1968 (BGBl. I S. 776);

hier: A. Überleitung des LSHD auf den Landrat als Behörde der Landesverwaltung
B. Stäbe bei den Hauptverwaltungsbeamten
C. Mitwirkung privater Einheiten und Einrichtungen

Bezug: Meine Erlasse vom 8. 1. 1970 (StAnz. S. 245) und 18. 9. 1970 — VI 7 — 24 b — 02 — 03 — 19 — (n. v.)

Nach § 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. 7. 1968 (KatSG) sind für die Ausführung dieses Gesetzes die kreisfreien Städte und die Landkreise zuständig, falls nichts anderes bestimmt ist. Im Lande Hessen soll die Durchführung des KatSG auf der Landkreisebene dem Landrat als Behörde der Landesverwaltung übertragen werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf habe ich erarbeitet. Da das Gesetzgebungsverfahren jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen wird und es nicht länger vertretbar ist, die Überleitung des Luftschutzhilfsdienstes auf die untere Verwaltungsebene als ersten Schritt der Einordnung nach § 13 Abs. 1 KatSG weiter hinauszuschieben, bitte ich, meinen Erlaß vom 8. 1. 1970 — VIII 41 24 e — 02 — 01 — ab sofort mit der Maßgabe auszuführen, daß die Überleitung des Luftschutzhilfsdienstes auf die untere staatliche Verwaltungsebene erfolgt.

Die Überleitung der Einheiten, deren Aufstellungsraum sich über mehrere Landkreise erstreckt (vgl. Ziff. 1.2 des Erlasses vom 8. 1. 1970), ist wie folgt vorzunehmen:

LS-Bergungsbereitschaft

I/1 auf den Landrat des Landkreises Eschwege
I/2 auf den Landrat des Landkreises Fritzlar-Homberg
II/4 auf den Landrat des Landkreises Gießen
III/5 auf den Landrat des Landkreises Groß-Gerau
IV/7 auf den Landrat des Landkreises Limburg
IV/8 auf den Landrat des Landkreises Wetzlar
V/10 auf den Landrat des Landkreises Schlüchtern

LS-Sanitätsbereitschaften

I/2 auf den Landrat des Landkreises Eschwege
II/5 auf den Landrat des Landkreises Gießen

LS/ABC-Meßbereitschaften

I/1 auf den Landrat des Landkreises Waldeck
II/3 auf den Landrat des Landkreises Dieburg
V/7 auf den Landrat des Landkreises Usingen

Mein Erlaß vom 18. 9. 1970 — VI 7 — 24 b — 02 — 03 — 19 — ist damit gegenstandslos.

Ich bitte, die Landräte bei Übernahme und Ausführung der neuen Aufgaben zu unterstützen.

Die Zuständigkeit des Hauptverwaltungsbeamten der Landkreise für die Freistellungen vom Wehrdienst nach § 8 Abs. 2 KatSG bleibt unberührt.

Wiesbaden, 3. 11. 1971 **Der Hessische Minister des Innern**
VI 71 — 24 t — 02/01
StAnz. 48/1971 S. 1918

1575

Der Hessische Minister der Finanzen

Allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz (AVV-GFRG) vom 22. Januar 1970 (StAnz. 1970 S. 132)

Bedingt durch Gemeindezusammenlegungen werden in die Anlage zu Nr. 2.1 der AVV-GFRG (StAnz. 1970 S. 136 ff.) folgende Gemeinden aufgenommen:

	Kennnummer
im Dillkreis	
Eschenburg	09 137 072
Roßbachtal	09 137 073
im Landkreis Gelnhausen	
Hasselroth	19 140 079
im Landkreis Limburg	
Hünfelden	30 145 054
im Rheingaukreis	
Walluf	37 150 025
im Untertaunuskreis	
Taunusstein	04 152 085

Es werden gestrichen:

im Landkreis Alsfeld	
Appenrod	01 131 005
Bleidenrod	01 131 012
Büßfeld	01 131 015
Dannenrod	01 131 017
Erbenhausen	01 131 023
Gontershausen	01 131 030
Haarhausen	01 131 034
Höckersdorf	01 131 040
Höingen	01 131 041
Maulbach	01 131 052
Ober-Offleiden	01 131 061
Ruppertenrod	01 131 074
Schadenbach	01 131 075
Sellnrod	01 131 079

	Kennnummer
im Landkreis Bergstraße	
Hofheim	05 132 035
Rosengarten	05 132 077
im Landkreis Büdingen	
Bisses	34 134 010
im Dillkreis	
Dillbrecht	09 137 009
Eibach	09 137 013
Eibelshausen	09 137 014
Eiershausen	09 137 015
Guntersdorf	09 137 023
Heiligenborn	09 137 027
Heisterberg	09 137 028
Hohenroth	09 137 034
Niederroßbach	09 137 044
Oberroßbach	09 137 047
Wissenbach	09 137 070
im Landkreis Erbach	
Falken-Gesäß	33 138 021
Weiten-Gesäß	33 138 089
im Landkreis Gelnhausen	
Gondroth	19 140 018
Neuenhaßlau	19 140 044
im Landkreis Gießen	
Allendorf a. d. Lahn	20 141 002
Rödgen	20 141 065
im Landkreis Limburg	
Dauborn	30 145 003
Dietkirchen	30 145 005
Heringen	30 145 023
Kirberg	30 145 032
Mensfelden	30 145 033
Nauheim	30 145 034
Neesbach	30 145 034
Ohren	30 145 044

	Kennnummer
im Main-Taunus-Kreis	
Königshofen	15 146 019
im Rheingaukreis	
Lorchhausen	37 150 012
Niederwalluf	37 150 015
Oberwalluf	37 150 016
im Untertaunuskreis	
Bleidenstadt	04 152 007
Hahn	04 152 021
Neuhof	04 152 049
Seitzenhahn	04 152 068
Watzhahn	04 152 078
Wehen	04 152 079
im Landkreis Waldeck	
Ahraft	27 242 005
Braunau	27 242 016
Höringhausen	27 242 047
Lelbach	27 242 058
Netze	27 242 069
Nieder-Werbe	27 242 076
Sachsenhausen, St.	27 242 090

Wiesbaden, 3. 11. 1971

Der Hessische Minister der Finanzen
III B 22 — FR 021
StAnz. 48/1971 S. 1918

1576

Hessische Dienstwohnungsvorschriften — HDWV — vom 1. Oktober 1971 (StAnz. S. 1717);

hier: Umstellung der Verfahrensweise bei der Erhebung der Dienstwohnungsvergütung und der Nebenkosten

Bei der Umstellung der Verfahrensweise bei der Erhebung der Dienstwohnungsvergütung und der Nebenkosten nach den Hessischen Dienstwohnungsvorschriften — HDWV — bitte ich wie folgt zu verfahren:

1. Erhebung der Dienstwohnungsvergütung

Die Besoldungskasse Hessen nimmt die das Kalenderjahr 1971 betreffenden Kassenanweisungen über die Erhebung von Dienstwohnungsvergütungen von Beamten abschließend in die Aufbereitung der Dienstbezüge für den Monat Dezember 1971 auf. Kassenanweisungen, die das Kalenderjahr 1971 betreffen und nach dem 25. Oktober 1971 bei der Besoldungskasse Hessen eingegangen sind oder noch eingehen, können hierbei nicht berücksichtigt werden. Diese werden mit den Kassenanweisungen, die das Kalenderjahr 1972 betreffen, an die anweisenden Stellen zurückgegeben.

Die zuständigen Kassen sind von der vorstehenden Regelung unterrichtet. Sie sind angewiesen, die Dienstwohnungsvergütung vom 1. Januar 1972 an nach § 11 Abs. 1 HDWV in der bisher von der Besoldungskasse Hessen unter Abzugschlüssel 480 einbehaltenen Höhe vorläufig weiter zu erheben. Infolge Änderung der Verfahrensweise müssen die hausverwaltenden Behörden für die Erhebung der Dienstwohnungsvergütung und der Nebenkosten vom 1. Januar 1972 an den nunmehr für Soll und Ist zuständigen Kassen neue Kassenanweisungen erteilen.

Die hausverwaltenden Behörden haben in geeigneter Weise sicherzustellen, daß künftig bei Neuzuweisung einer Dienstwohnung, bei einer Änderung des Mietwerts sowie bei einer allgemeinen Änderung der Sätze für die höchste Dienstwohnungsvergütung der zuständigen Kasse rechtzeitig neue Kassenanweisungen erteilt werden. Sind wegen Räumung der Dienstwohnung oder aus sonstigen Gründen die Dienstwohnungsvergütung oder Nebenkosten nicht mehr zu erheben, so ist die zuständige Kasse rechtzeitig entsprechend zu unterrichten.

2. Erhebung der höchsten Dienstwohnungsvergütung

Die Regelung nach Absatz 1. gilt auch für die Erhebung der höchsten Dienstwohnungsvergütung. Nach § 10 HDWV treten Änderungen der höchsten Dienstwohnungsvergütung mit dem Tage in Kraft, von dem an die geänderten Dienstbezüge gezahlt werden. Treten Änderungen rückwirkend in Kraft, so ist auch die höchste Dienstwohnungsvergütung rückwirkend zu erheben. Im Interesse der Verwaltungsvereinfachung und zur Vermeidung von umfangreichen Nacherhebungen sind in den Fällen, in denen die höchste Dienstwohnungsvergütung erhoben wird, die Dienstwohnungsinhaber gehalten, jede Änderung ihrer Dienstbezüge, durch die eine Neufestsetzung der höchsten Dienstwohnungsvergütung erforderlich wird, sofort der hausverwaltenden Behörde unter Vorlage des Lohnnachweises, der Festsetzung der Vergütung oder des Lohnzettels anzuzeigen.

Die vorerwähnte Anzeige ist auch für die rechtzeitige Erstattung oder Änderung der Mitversteuerungsanzeige bei der für die Berechnung der Bezüge (Besoldung, Vergütung oder Lohn) zuständigen Stelle unbedingt erforderlich. Die Mitversteuerungsanzeige ist nach Abschnitt 2 Abs. 3 der Lohnsteuer-Richtlinien erstmalig zu erstatten, wenn die Differenz zwischen Mietwert und höchste Dienstwohnungsvergütung den Betrag von 40,— DM übersteigt. Ändert sich der Differenzbetrag, dann ist auch die Mitversteuerungsanzeige zu ändern. Der für den Monat Dezember 1971 für die Mitversteuerung maßgebliche Betrag ist von dem für die Berechnung der Dienstbezüge zuständigen Stellen in das lohnsteuerpflichtige Monatseinkommen solange einzubeziehen, bis eine neue Mitversteuerungsanzeige der hausverwaltenden Behörde dort eingeht.

Die hausverwaltenden Behörden können in Zweifelsfällen durch Rückfragen bei den für die Berechnung der Dienstbezüge (Besoldung, Vergütung oder Lohn) zuständigen Stellen prüfen, ob die der Festsetzung der höchsten Dienstwohnungsvergütung zugrunde liegenden Dienstbezüge mit dem dem Dienstwohnungsinhaber zustehenden und für die Festsetzung der Dienstwohnungsvergütung maßgebenden Dienstbezügen übereinstimmen.

3. Erhebung des Heizkostenbeitrags nach § 25 Abs. 4 HDWV

Da die Hessischen Dienstwohnungsvorschriften erst mit Wirkung vom 1. November 1971 in Kraft getreten sind, bin ich damit einverstanden, daß die Erhebung des Heizkostenbeitrags nach § 25 Abs. 4 HDWV bis zum 1. Juli 1972 zurückgestellt wird. Für die laufende Heizperiode kann der Heizkostenbeitrag nach der bisherigen Regelung (7 Monatsraten) erhoben werden. Dies gilt auch für die Erhebung des Entgelts für die Warmwasserversorgung nach § 26 Abs. 1 HDWV.

Mein Erlaß vom 24. Juli 1963 — H 2046 I S. 1 — III/91 7. O 2054 A — 58 — I/33 — (StAnz. S. 933) wird hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 11. 11. 1971

Der Hessische Minister der Finanzen
VV 2800/1 — 12/1 — IV B 61
StAnz. 48/1971 S. 1919

1577

**An alle brennstoffverbrauchenden staatlichen Bedarfsstellen
Brennstoffversorgung in der Heizperiode 1972**

Bezug: Aufgabenkatalog der LBSt. v. 30. 9. 71, Ziffer 1.f u. 1.2 (StAnz. S. 1728)

I. feste Brennstoffe

Die staatlichen Bedarfsstellen erhalten in Kürze die Bedarfspläne für feste Brennstoffe für die Heizperiode 1972. Ich bitte, diese der LBSt. ausgefüllt in dreifacher Ausfertigung bis spätestens zum

T. 15. Dezember 1971

zurückzugeben. Fehlende Vordrucke sind nachzufordern. Ich behalte mir gemäß § 3 c Teil A der allgemeinen Bestimmungen der Verdingungsordnung für Leistungen und Lieferungen (VOL) vor, auch mit anderen, nicht von den Bedarfsstellen vorgeschlagenen Firmen, Lieferverträge abzuschließen.

II. flüssige Brennstoffe

a) Heizöl „EL“

Ich bitte, der LBSt. bis spätestens zum

T. 10. Februar 1972

formlos mitzuteilen:

1. den geschätzten Jahresbedarf
2. den vorhandenen Tankraum.

Es wird jede Nachfüllmenge für sich seitens der LBSt. vergeben. Es ist deshalb erforderlich, die erwünschte Liefermenge und den Liefertermin jeweils rechtzeitig bekanntzugeben. Etwa vorliegende, bis zum Liefertermin gültige Angebote, können mit übersandt werden.

b) Heizöl „S“ (betrifft nur die Universitäten Gießen und Marburg)

Den voraussichtlichen Jahresbedarf an Heizöl „S“ bitte ich mir ebenfalls bis zum

T. 10. Februar 1972

anzugeben.

c) Flüssiggas (betr.: Hess. Staatsbäder Bad Wildungen und Schlangenbad)

Mitteilung des voraussichtlichen Jahresbedarfes an Flüssiggas wird gleichfalls bis zum

T. 10. Februar 1972

erbeten.

Wiesbaden, 8. 11. 1971

Landesbeschaffungsstelle Hessen

I b — 800

StAnz. 48/1971 S. 1919

Der Hessische Minister der Justiz

1578

Gerichtstage der Amtsgerichte (Gerichtstag in Herleshausen)

Auf Grund des § 3 der Verordnung zur einheitlichen Regelung der Gerichtsverfassung vom 20. März 1935 (RGBl. I S. 403) in Verbindung mit § 5 des Gerichtsorganisationsgesetzes ordne ich an:

I

Außerhalb des Sitzes des Amtsgerichts wird durch das Amtsgericht Eschwege in Herleshausen für das Gebiet der Gemeinde Herleshausen ein Gerichtstag abgehalten.

II

Der Gerichtstag des Amtsgerichts Sontra in Herleshausen wird aufgehoben.

III

Diese Anordnung tritt am 1. Dezember 1971 in Kraft.

Wiesbaden, 9. 11. 1971

Der Hessische Minister der Justiz
3212 — II/4 — 1566/71
gez. Hemfler

StAnz. 48/1971 S. 1920

1579

Verlust eines Dienstsiegels

Das Dienstsiegel des Amtsgerichts Dieburg mit der Umschrift „Amtsgericht Dieburg“ und dem Landeswappen (Farbdruckstempel ohne Kennziffer) ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 10. 11. 1971

Der Hessische Minister der Justiz
5413 E — II/6 — 1774
StAnz. 48/1971 S. 1920

1580

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des gehobenen Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken

Auf Grund des § 17 Abs. 2 des Hessischen Beamtengesetzes (HBG) in der Fassung vom 16. Februar 1970 (GVBl. I S. 110), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Juli 1971 (GVBl. I S. 190), wird im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamtes und der Landespersonalkommission folgende Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des gehobenen Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken vom 29. 8. 1970 (StAnz. S. 1904) erlassen:

Artikel I

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des gehobenen Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken wird wie folgt geändert:

1. Als § 14 a wird eingefügt:

„§ 14 a Prüfungsniederschrift, Prüfungszeugnis

(1) Über den Verlauf und das Ergebnis der Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen und zu den Prüfungsakten zu nehmen.

(2) Die Niederschrift enthält

1. Angaben über Art, Tag und Dauer der Prüfung,
2. die Namen der Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie der sonstigen Anwesenden,
3. die Namen der Prüfungsteilnehmer,
4. den Prüfungsstoff,
5. die vollständigen Notenlisten aller Teilnehmer.

(3) Für jeden Prüfling ist ein Prüfungsblatt zu fertigen und zu den Prüfungsakten zu nehmen.

(4) Der Anwärter erhält über die bestandene Prüfung ein Zeugnis nach dem Muster der Anlage 6.“

2. Das Prüfungszeugnis (Anlage 6) erhält folgende Fassung:

Anlage 6
(zu § 14 a Abs. 4)

Bibliotheksschule Frankfurt am Main

ZEUGNIS

über die Prüfung für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken

Herr/Frau/Fräulein
geboren am in

....., erhielt eine dreimonatige theoretische und praktische Einführung an der Bibliotheksschule Frankfurt am Main, eine eindreivierteljährige praktische Ausbildung an der

..... Bibliothek in

..... besuchte vom bis

die Bibliotheksschule in Frankfurt am Main und hat sich am der Prüfung für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken unterzogen.

Ergebnisse der schriftlichen Prüfung:

Klausurarbeiten, 1. Thema:

Bewertung:

2. Thema:

Bewertung:

3. Thema:

Bewertung:

Titelaufnahmen:

Ergebnis der mündlichen Prüfung:

hierbei im Wahlpflichtfach:

Die erforderlichen Sprachkenntnisse und die notwendigen Kenntnisse im Schreibmaschinenschreiben wurden nachgewiesen.

Leistungen während der praktischen Ausbildung

Leistungen während der theoretischen Ausbildung

Herr/Frau/Fräulein

hat die Prüfung bestanden.

Frankfurt am Main, den

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses

.....
Direktor der Bibliotheksschule

Die Mitglieder des Prüfungsausschusses

.....
.....
.....

S.

Gesamtergebnis: sehr gut bestanden (1), gut bestanden (2), befriedigend bestanden (3), ohne Prädikat bestanden (4), nicht bestanden (5).

Einzelergebnisse: sehr gut (1), gut (2), befriedigend (3), ausreichend (4), mangelhaft (5), ungenügend (6).

Artikel II

Die vorstehende Änderung tritt am 15. September 1971 in Kraft.

Wiesbaden, 14. 10. 1971

Der Hessische Kultusminister

H I 4 - 451/42 - 385

In Vertretung
gez. Moos

StAnz. 48/1971 S. 1920

1581

Einstellung von Anwärtern für den gehobenen Dienst (Inspektorenlaufbahn) bei den wissenschaftlichen Bibliotheken im Lande Hessen

I.

Bei den wissenschaftlichen Bibliotheken im Lande Hessen werden zum

1. Oktober 1972

Anwärter(innen) für den gehobenen Dienst (Inspektorlaufbahn) eingestellt.

Die Bewerber(innen) müssen das Abschlußzeugnis einer Real-(Mittel-)Schule oder das Zeugnis der Versetzung in die Klasse 11 (Obersekunda) eines Gymnasiums oder einen vergleichbaren Bildungsstand besitzen.

Sie müssen am 1. 10. 1972 das 18. Lebensjahr vollendet und dürfen das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben. Angestellte, die sich mindestens 3 Jahre im öffentlichen Dienst bewährt haben, sowie Schwerbeschädigte und Inhaber eines Zulassungsscheines können bis zum 40. Lebensjahr in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden.

Aussicht auf Einstellung haben nur Bewerber(innen), die eine besondere Eignung für den Bibliothekarberuf nachweisen. Angemessene Kenntnisse in Literatur und Fremdsprachen Englisch, Französisch, Latein oder Russisch sind vor allem empfehlenswert, außerdem Fertigkeit im Maschinenschreiben, vgl. § 6 Abs. 4 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung vom 29. 8. 1970.

Die Ausbildung der Bibliotheksinspektoranwärter(innen) dauert drei Jahre.

II.

Über die Zulassung zur Ausbildung wird in Eignungsprüfungen entschieden, die

vom 16.—18. Februar 1972 und

vom 15.—16. Mai 1972

in der Stadt- und Universitätsbibliothek — Bibliotheksschule — 6 Frankfurt/M., Bockenheimer Landstraße 134—138, abgehalten werden; maßgebend dafür sind die Richtlinien für die Durchführung von Eignungsprüfungen bei der Einstellung von Bewerbern in die staatlichen Verwaltungen vom 20. 7. 1971 (StAnz. S. 1290).

III.

Bewerbungen müssen bis spätestens **15. Januar** bzw. **14. April 1972** bei dem Direktor der wissenschaftlichen Bibliothek eingereicht werden, bei der sich der Bewerber der praktischen Ausbildung unterziehen will.

Es kommen hierfür in Betracht:

Hess. Landes- u. Hochschulbibliothek,
Darmstadt, Schloß,

Stadt- u. Universitätsbibliothek,
Frankfurt/M., Bockenheimer Landstr. 138,

Deutsche Bibliothek,
Frankfurt/M., Zeppelinallee 8,

Bibliothek der Philipps-Universität,
Marburg/L., Friedrichsplatz 15,

Hess. Landesbibliothek,
Wiesbaden, Rheinstr. 55—57,

Bibliothek der Justus Liebig-Universität,
Gießen, Bismarckstr. 37.

Hess. Landesbibliothek,
Fulda, Heinrich-v.-Bibra-Platz 12.

Dem Bewerbungsgesuch sind beizufügen:

- a) ein handgeschriebener Lebenslauf,
- b) das Schulabgangszeugnis und — soweit vorhanden — Zeugnisse über bisherige Tätigkeiten,
- c) die Einverständniserklärung des gesetzlichen Vertreters, falls der (die) Bewerber(in) minderjährig ist,
- d) zwei Lichtbilder.

Weitere Auskünfte über den Bibliothekarberuf geben die Ausbildungsbibliotheken. Auch können die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des gehobenen Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken vom 29. August 1970 (ABI. S. 1277 = StAnz. S. 1904) u. die Hessische Laufbahnverordnung (HLVO) vom 31. 8. 1964 (GVBl. I S. 139) in jeder Schule oder wissenschaftlichen Bibliothek in Hessen eingesehen werden.

Wiesbaden, 27. 10. 1971

Der Hessische Kultusminister

H I 4 — 451/42 — 389

StAnz. 48/1971 S. 1921

1582

**Errichtung der Evangelischen Kirchengemeinde Wommels-
hausen**

Errichtungsurkunde

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirchen in Hessen und Nassau hat nach Anhörung der Beteiligten und des Dekanats-synodalvorstandes des Evangelischen Dekanats Gladenbach folgendes beschlossen:

§ 1

Die in den Außenorten Wommelshausen und Wommelshausen-Hütte der Evangelischen Kirchengemeinde Endbach, Dekanat Gladenbach, wohnenden Evangelischen werden zu einer Evangelischen Kirchengemeinde Wommelshausen, Dekanat Gladenbach, zusammengeschlossen.

Die Evangelische Kirchengemeinde Wommelshausen wird mit der Kirchengemeinde Endbach, Dekanat Gladenbach, pfarramtlich verbunden.

§ 2

Diese Urkunde tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1971 in Kraft.

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 9. 11. 1971

Der Hessische Kultusminister

H III 5 — 881/01

StAnz. 48/1971 S. 1921

1583

Umgegendung eines Teils der Gemeindeglieder der Evangelischen Kirchengemeinde Worms-Pfifflichheim in die Ev. Luthergemeinde Worms

Errichtungsurkunde

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat nach Anhörung der Beteiligten und des Dekanats-synodalvorstandes des Evangelischen Dekanats Worms folgendes beschlossen:

§ 1

Die evangelischen Anwohner der westlichen Seite der Johann-Sebastian-Bach- und der Umlandstraße in Worms werden aus der Evangelischen Kirchengemeinde Worms-Pfifflichheim in die Evangelische Luthergemeinde Worms, beide Dekanat Worms, umgemeindet.

§ 2

Diese Urkunde tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1971 in Kraft.

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 9. 11. 1971

Der Hessische Kultusminister

H III 5 — 881/01

St.Anz. 48/1971 S. 1922

1584

Satzung des Kirchenbezirks am Limes (Zweckverband Evangelischer Kirchengemeinden)

Die evangelischen Kirchengemeinden Großauheim, Großkrotzenburg und Wolfgang im Kirchenkreis Hanau-Stadt haben auf der Grundlage übereinstimmender Beschlüsse ihrer Kirchenvorstände unter Anerkennung der vereinbarten Satzung die Bildung eines Zweckverbandes zur gemeinsamen Wahrnehmung einzelner Aufgaben rechtsverbindlich erklärt.

Gemäß § 3 Absatz 4 des Kirchengesetzes über die Gesamt- und Zweckverbände in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck vom 18. März 1969 (KA 1969 S. 25) wird die vom Landeskirchenamt genehmigte Satzung nachstehend bekanntgemacht:

Satzung des Kirchenbezirks am Limes (Zweckverband Evangelischer Kirchengemeinden)

§ 1

Der Kirchenbezirk am Limes besteht aus den evangelischen Kirchengemeinden Großauheim, Großkrotzenburg und Wolfgang (Kirchspiele Großauheim und Wolfgang). Er führt den Namen „Kirchenbezirk am Limes (Zweckverband Evangelischer Kirchengemeinden)“. Er hat seinen Sitz in Großauheim.

§ 2

Dem Kirchenbezirk werden nachstehende Aufgaben übertragen:

1. Das kirchliche Leben in den Verbandsgemeinden zu fördern und zu intensivieren,
2. Mitarbeiter, die für den Zweckverband haupt- und nebenamtlich tätig sind, anzustellen und zu vergüten und ehrenamtliche Mitarbeiter zu berufen,
3. alle Mitarbeiter der Kirchengemeinde fortzubilden und zur funktionalen Zusammenarbeit zuzurüsten,
4. alle Mitarbeiter der Kirchengemeinden in einem gemeinsamen Arbeitskreis zusammenzufassen, der sich in bestimmten Abständen trifft.

Die Pfarrer und hauptamtlichen Mitarbeiter der Kirchengemeinden treffen sich regelmäßig.

§ 3

Die Organe des Kirchenbezirks sind die Verbandsvertretung und der Verbandsvorstand.

Die Verbandsvertretung

§ 4

Die Verbandsvertretung besteht aus den Mitgliedern der Kirchenvorstände der im Kirchenbezirk zusammengeschlossenen Kirchengemeinden.

§ 5

Den Vorsitz in der Verbandsvertretung führt einer der Vorsitzenden der Kirchenvorstände. Er wird von der Verbandsvertretung für zwei Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Ist der Vorsitzende der Verbandsvertretung ein Gemeindepfarrer, so soll sein Stellvertreter ein gewähltes oder berufenes Kirchenvorstandsmitglied sein und umgekehrt.

§ 6

Die Verbandsvertretung tritt jährlich mindestens einmal zu einer ordentlichen Sitzung zusammen. Ihr ist vorbehalten:

- a) Die Kirchenbezirksumlage festzusetzen und über den Haushaltsplan des Kirchenbezirks zu beschließen;
- b) die Rechnungslegung des Vorstandes entgegenzunehmen und ihm Entlastung zu erteilen;
- c) den Stellenplan zu beschließen;
- d) über Änderungen und Ergänzungen der Satzung sowie über die Auflösung des Kirchenbezirks zu beschließen. Hierzu bedarf es einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsgemäßen Mitgliederzahl.

§ 7

Der Vorsitzende lädt die Mitglieder unter Angabe der Tagesordnung mindestens eine Woche vor dem Sitzungstermin schriftlich ein. Zu außerordentlichen Sitzungen beruft der Vorsitzende erforderlichenfalls kurzfristig ein, wenn der Verbandsvorstand oder der Kirchenvorstand einer Verbandsgemeinde es beantragt.

Soweit sich aus den vorstehenden Bestimmungen nichts anderes ergibt, gelten im übrigen Artikel 29 bis 31 der Grundordnung entsprechend.

Der Verbandsvorstand

§ 8

Der Verbandsvorstand besteht aus den Gemeindepfarrern, zwei Laien des Kirchenvorstandes Großauheim und je einem Laien der Kirchenvorstände Großkrotzenburg und Wolfgang. Für die Laien sind Stellvertreter zu benennen. Unter den Mitgliedern des Verbandsvorstandes müssen sich der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende der Verbandsvertretung befinden. Sie übernehmen im Verbandsvorstand die gleichen Funktionen wie in der Verbandsvertretung.

Die Laienmitglieder des Verbandsvorstandes und deren Stellvertreter werden von den Kirchenvorständen gewählt und von der Verbandsvertretung bestätigt.

§ 9

Für die Zuständigkeit des Verbandsvorstandes findet § 12 des Kirchengesetzes über die Gesamt- und Zweckverbände in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck vom 18. März 1969 (KA 1969 S. 25) entsprechende Anwendung. Artikel 29 bis 31 der Grundordnung gelten für die Geschäftsführung sinngemäß.

§ 10

Die für die Aufgaben des Kirchenbezirks notwendigen Mittel werden von den Verbandsgemeinden im Umlageverfahren nach den Volumen der ordentlichen Haushalte aufgebracht. Die Kasse des Kirchenbezirks wird vom Kirchlichen Rentamt in Hanau geführt.

§ 11

Im Falle der Auflösung des Kirchenbezirks oder des Austritts einer Kirchengemeinde findet über das gemeinsame Vermögen eine Auseinandersetzung statt.

§ 12

Diese Satzung tritt am 1. Oktober 1971 in Kraft.

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 2. 11. 1971

Der Hessische Kultusminister

H III 5 — 881/11

St.Anz. 48/1971 S. 1922

1585

Errichtung der Evangelischen Kirchengemeinde Mühlheim-Süd im bisherigen Bereich der Evangelischen Kirchengemeinde Mühlheim und Benennung der verbleibenden Gemeinde in Evangelische Kirchengemeinde Mühlheim-Nord

Errichtungsurkunde

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat nach Anhörung der Beteiligten und des Dekanats-synodalvorstandes des Evangelischen Dekanats Rodgau folgendes beschlossen:

§ 1

Die südlich der Bundesbahnlinie Offenbach-Hanau wohnenden Gemeindeglieder der Evangelischen Kirchengemeinde Mühlheim, Dekanat Rodgau, werden aus dieser Kirchengemeinde ausgemeindet und zu einer Evangelischen Kirchengemeinde Mühlheim-Süd, Dekanat Rodgau, zusammengeschlossen. Hierzu gehört der Außenort Lämmerspiel.

§ 2

Die verbleibende Kirchengemeinde erhält den Namen „Evangelische Kirchengemeinde Mühlheim-Nord“.

§ 3

In der Evangelischen Kirchengemeinde Mühlheim-Süd wird eine Pfarrstelle errichtet.

§ 4

Die Pfarrvikarstelle der bisherigen Evangelischen Kirchengemeinde Mühlheim mit Sitz in Lämmerspiel wird aufgehoben.

§ 5

Diese Urkunde tritt mit Wirkung vom 1. April 1971 in Kraft. Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 9. 11. 1971

Der Hessische Kultusminister
H III 5 — 881/01

StAnz. 48/1971 S. 1923

1586

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Wirtschaftsprüferordnung

Auf Grund des § 42 des Gesetzes über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung) vom 24. 7. 1961 (BGBl. I S. 1049) wird bekanntgemacht:

1. Als Wirtschaftsprüfer öffentlich bestellt am 26. 10. 1971:

- a) Dipl.-Kfm. Dr. Hans-Joachim Fendt, Wiesbaden
- b) Dipl.-Kfm. Jürgen E. Mühlhäuser, Michelstadt

2. Als Wirtschaftsprüfer öffentlich bestellt am 2. 11. 1971:

- a) Dipl.-Volkswirt Dr. Eugen Herrmann, Mainz-Kastel
- b) Dipl.-Kfm. Dr. Wolfgang Kreuzer, Frankfurt am Main
- c) Dipl.-Kfm. Dr. Max Pankow, Frankfurt am Main
- d) Dipl.-Kfm. Peter Prassel, Frankfurt am Main
- e) Dr. jur. Gerhard Seifert, Wiesbaden

3. Als Wirtschaftsprüfer öffentlich wiederbestellt am 7. 10. 1971:

Dipl.-Kfm. Dr. Rolf Sturm, Bensheim-Auerbach

4. Die folgenden öffentlichen Bestellungen sind erloschen:

a) Wirtschaftsprüfer:

Dipl.-Kfm. Johannes Kähler, Frankfurt am Main, durch Tod am 19. 7. 1971

Dr. Konrad Schuster, Frankfurt am Main, durch Tod am 3. 7. 1971

b) Vereidigte Buchprüfer:

Kurt Gronwald, Wiesbaden, durch Tod am 16. 8. 1971.

Wiesbaden, 8. 11. 1971

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**

I b 3 — 010 — WP

StAnz. 48/1971 S. 1923

1587

Der Hessische Sozialminister

An die Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt und Kassel

Gewerbeaufsicht — Immissionsschutz;

hier: Bewertungsfreiheit (Sonderabschreibung) für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die dazu dienen,

- a) die Verunreinigung der Luft,
 - b) Lärm oder Erschütterungen
- zu verhindern, zu beseitigen oder zu verringern

A. Allgemeines:

Dem Immissionsschutz, d. h. den Maßnahmen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung der Emission von luftverschmutzenden Stoffen oder von Lärm und Erschütterungen, kommt im Rahmen des Umweltschutzes eine große Bedeutung zu. Diesem Umstand wird u. a. durch die Gewährung von Sonderabschreibungen nach §§ 82 und 82 e der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung vom 21. April 1970 — EStDV 1969 — (BGBl. I S. 373) Rechnung getragen. Zuständige Bescheinigungsbehörde im Sinne dieser Vorschriften ist für das Land Hessen der Hessische Sozialminister.

1. § 82 EStDV 1969

Nach § 82 Abs. 2 Ziff. 3 EStDV 1969 muß die Bescheinigungsbehörde die Anträge der Steuerpflichtigen darauf prüfen, ob

- a) die Wirtschaftsgüter unmittelbar und ausschließlich dazu dienen, die Verunreinigung der Luft zu verhindern, zu beseitigen oder zu verringern, oder

- b) Maßnahmen im Sinne des § 82 Abs. 3 EStDV 1969 (Umstellungen oder Veränderungen bei Feuerungs- oder Dampfkesselanlagen sowie bei Anlagen, bei denen durch chemische Verfahren Luftverunreinigungen entstehen; Errichtung oder Aufstockung von Schornsteinen, Anschlüsse an eine Fernwärmeversorgungsanlage) auf Grund behördlicher Anordnung ausschließlich aus Gründen der Luftreinhaltung vorgenommen werden und

- c) die Anschaffung oder Herstellung der Wirtschaftsgüter (Buchst. a) oder die Durchführung der Maßnahmen (Buchst. b) im öffentlichen Interesse erforderlich ist.

2. § 82 e EStDV 1969

Nach § 82 e Abs. 2 Ziff. 3 EStDV 1969 muß die Bescheinigungsbehörde die Anträge der Steuerpflichtigen darauf prüfen, ob

- a) die Wirtschaftsgüter unmittelbar und ausschließlich dazu dienen, Lärm oder Erschütterungen zu verhindern, zu beseitigen oder zu verringern oder
- b) Maßnahmen im Sinne des § 82 e Abs. 3 EStDV 1969 (Umstellungen oder Veränderungen bei Betriebsanlagen) auf Grund behördlicher Anordnung ausschließlich aus Gründen der Beseitigung oder Verringerung von Lärm oder Erschütterungen vorgenommen werden und

- c) die Anschaffung oder Herstellung der Wirtschaftsgüter (Buchst. a) oder die Durchführung der Maßnahmen (Buchst. b) im öffentlichen Interesse erforderlich ist.

Die Bescheinigungsbehörde erstreckt aus Zweckmäßigkeitsgründen ihre Prüfung auch darauf, ob die Wirtschaftsgüter im Rahmen der Neuerrichtung von Betrieben oder Betriebsstätten angeschafft oder hergestellt worden sind (§ 82 Abs. 6 und § 82 c Abs. 5 EStDV 1969). Trifft diese Voraussetzung zu, so wird in der Regel die vorgeschriebene Bescheinigung nicht ausgestellt. Falls der Steuerpflichtige jedoch unter Hinweis auf § 82 Abs. 2 Ziff. 3 bzw. § 82 c Abs. 2 Ziff. 3 EStDV 1969 auf der Ausstellung der beantragten Bescheinigung bestehen sollte, wird die Bescheinigungsbehörde diesem Begehren entsprechen. Sie wird jedoch Abschrift der Bescheinigung dem zuständigen Finanzamt übersenden und dabei diejenigen Tatbestände mitteilen, die nach ihrer Auffassung einer Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheit entgegenstehen. Der Steuerpflichtige wird hiervon in geeigneter Weise unterrichtet werden. Das zuständige Finanzamt wird sodann entscheiden, ob der Steuerpflichtige die Bewertungsfreiheit nach §§ 82 bzw. 82 c EStDV 1969 in Anspruch nehmen kann oder nicht.

B. Antragsverfahren:

1. Der Antragsteller reicht den an mich gerichteten Antrag und die zum Verständnis des Sachverhalts erforderlichen Unterlagen in zweifacher Ausfertigung bei dem für ihn zuständigen Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt ein.

2. Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt prüft den Antrag, d. h. es stellt — soweit erforderlich im Betrieb — fest, ob die unter Abschnitt A Ziffern 1 und 2 genannten Voraussetzungen erfüllt sind oder nicht. Hierzu gehört auch die Überprüfung der Rechnungen, Rechnungskopien oder Buchungsbelege. Wo keine Zweifel über die Größenordnungen der Rechnungsbeträge bestehen, können Stichproben genügen. Der Antrag ist mir sodann in jedem Fall mit einer umfassenden Stellungnahme, jedoch ohne Rechnungen oder Rechnungskopien, unmittelbar vorzulegen. Eine Durchschrift der Stellungnahme ohne Anlagen ist dem Regierungspräsidenten zu übersenden.

C. Inhalt des Antrags und der Stellungnahme:

1. Den Gegenstand des Antrags (Anlage zur Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung usw.) und seine Wirkungsweise bitte ich kurz, jedoch eindeutig und erschöpfend, zu beschreiben. Allseits bekannte Verfahren brauchen nicht erläutert zu werden.

2. Nach Möglichkeit bitte ich Angaben darüber zu machen, ob durch den Betrieb der Luftreinhaltungsanlage die Verunreinigung der Luft in den Grenzen gehalten wird, wie sie die VDI-Richtlinien „Reinhaltung der Luft“ oder die „Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft“ (TA-Luft) vorschreiben. Entsprechendes gilt bei Maßnahmen gegen Lärm und Erschütterungen über die Beachtung der jeweiligen VDI-Richtlinien „Lärmabwehr“ oder der „Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm“ (TA-Lärm) oder dergleichen.

Falls den Berichten Meßergebnisse beigelegt werden, so sind alle Kriterien anzugeben, nach denen die Meßwerte beurteilt werden können (z. B. bei Kupolofenanlagen: Durchsatzleistung, jährliche Betriebszeit usw.). Sind einschlägige VDI-Richtlinien oder dgl. nicht vorhanden, so ist darzulegen, wie und worin sich der Erfolg der Anlage zeigt und ob die Anlage dem derzeitigen Stand der Technik entspricht.

3. Aus dem Antrag oder aus der Stellungnahme des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes muß im gegebenen Falle auch hervorgehen, auf welche Weise die in den Luftreinhaltungsanlagen aufgefangenen Stoffe (z. B. Staub) beseitigt werden. Auf Halde transportierte staubförmige Stoffe müssen so gelagert oder behandelt werden, daß sie keinen Anlaß zu weiteren Beschwerden geben.

4. Die Kosten der angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter und der Wert etwaiger Eigenleistungen sind vom Antragsteller dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt nachzuweisen. Soweit möglich oder zweckmäßig sind hierbei Ablichtungen der Rechnungen, Buchungsbelege und dgl. einzusehen. Unstimmigkeiten, die das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt bei der Prüfung festgestellt hat, bitte ich im Benehmen mit dem Antragsteller zu korrigieren, d. h. zu hoch angesetzte Rechnungsbeträge sind unter Angabe der Gründe zu kürzen, und

fehlende Kostenangaben oder fehlende Nachweise über tatsächlich zum Antrag gehörende oder dazugekommene Wirtschaftsgüter sind dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt glaubhaft zu machen. Bei Kürzungen und Streichungen ist es zweckmäßig, wenn der Stellungnahme des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes eine Einverständniserklärung des Antragstellers über den abzusetzenden Betrag beigelegt wird.

5. Bei Maßnahmen zur Luftreinhaltung fallen teilweise verwertbare Stoffe an, z. B. Nutzkübel, Gase, Lösungsmittel u. ä. Die Gewinnung und Verwertung dieser Stoffe schließt die Anwendung des § 82 EStDV nicht aus, wenn die hieraus erzielten Erlöse

- a) die Amortisation der Anschaffungs- und/oder Herstellungskosten und
- b) die Betriebskosten der Luftreinhaltungsanlage

nicht überschreiten. Der Antragsteller hat den rechnerischen Nachweis zu führen, daß dies zutrifft, d. h. daß die gesamten Anschaffungs-, Herstellungs- und Betriebskosten höher sind als der während der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Wirtschaftsgüter (Abschreibungszeitraum) erzielte Erlös aus wiedergewonnenen und verwerteten Stoffen. In solchen Fällen bitte ich den für das jeweilige Wirtschaftsgut in Betracht kommenden Abschreibungszeitraum im Antrag oder in der Stellungnahme zu nennen.

6. Bei der Prüfung haben die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter darauf zu achten, daß Skontoabzüge, Gutschriften und sonstige Preisnachlässe auf Wirtschaftsgüter auch in den Kostenzusammenstellungen berücksichtigt sind, d. h. in der Endsumme nicht erscheinen. In den geltend gemachten Eigenleistungen (z. B. Lohnkosten) dürfen Unternehmergewinne nicht enthalten sein.

7. Grundsätzlich sind Bescheinigungen nach den §§ 82 und 82 e EStDV erst dann auszustellen, wenn die jeweiligen Wirtschaftsgüter bereits angeschafft oder hergestellt sind. Entsprechend § 82 Abs. 5 EStDV kann auch schon vor Fertigstellung einer Luftreinhaltungsanlage ein Bescheid über Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder für Teilerstellungskosten ausgestellt werden. Diese Möglichkeit setzt voraus, daß dem Antrag entsprechende Unterlagen beigelegt sind, mit deren Hilfe das Wirtschaftsgut eindeutig vom Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt identifiziert werden kann.

8. Die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter bitte ich, in ihren Berichten an mich unmißverständlich zu erklären,

- a) ob die Wirtschaftsgüter unmittelbar und ausschließlich dazu dienen, die Verunreinigung der Luft bzw. Lärm oder Erschütterungen zu verhindern, zu beseitigen oder zu verringern, oder
- b) ob die Maßnahmen nach Abschnitt A Ziffern 1. b und 2. b auf Grund einer behördlichen Anordnung vorgenommen wurden (bei schriftlichen Anordnungen ist eine Kopie beizufügen), und in beiden Fällen
- c) ob die Anschaffung oder Herstellung der Wirtschaftsgüter im öffentlichen Interesse erforderlich war, und
- d) ob die Antragsunterlagen ohne Beanstandungen geprüft wurden.

Ich bitte, die Gewerbeaufsichtsämter zu veranlassen, entsprechend zu verfahren und die Antragsteller zu beraten.

Dieser Erlaß ersetzt meine einschlägigen Erlasse vom:

21. 8. 1958 — A III — 53 b 06.01 — Tgb.-Nr. 007231/58 (n. v.),
2. 9. 1958 — A III — 53 b 06.01 — Tgb.-Nr. 007301/58 (n. v.),
31. 3. 1964 — III c 1 — 53 b 06.01 — Tgb.-Nr. 006599/64 (n. v.),
4. 8. 1965 — I C 3 a — 53 b 06.01 — Tgb.-Nr. 001199/65 (StAnz. S. 1293) und
2. 9. 1966 — I C 3 a — 53 b 06.01 — Tgb.-Nr. 003552/66 (StAnz. S. 1246).

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Finanzen.

Wiesbaden, 20. 10. 1971

Der Hessische Sozialminister
StS / I C 3 a — 53 e 610
StAnz. 48/1971 S. 1923

1588

Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel

Umbenennung des Flüchtlingswohnheims mit Zentraler Förderschule Gondsroth

Mit Genehmigung der Landesregierung haben sich die Gemeinden Gondsroth und Neuenhaßlau, Kreis Gelnhausen, mit Wirkung vom 1. Oktober 1971 zu der neuen Gemeinde Hasselroth zusammengeschlossen.

Das bisherige Flüchtlingswohnheim und Zentrale Förderschule Gondsroth erhält deshalb ab sofort die Bezeichnung
Hessisches Flüchtlingswohnheim
und Zentrale Förderschule Hasselroth.

Die Dienstsiegel und Amtsschilder sind entsprechend zu ändern.

Wiesbaden, 28. 10. 1971

Der Hessische Sozialminister
IV A 1 a 58 b 20/71

St.Anz. 48/1971 S. 1925

1589

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Einführung von technischen Normen und anderen technischen Bestimmungen, Richtlinien und Hinweisen für die Wasserwirtschaftsverwaltung im Lande Hessen.

Im Zuge der allgemeinen Erlaßvereinbarung wurde eine Überarbeitung der im Jahre 1964 eingeführten Normen und Hinweise für die Wasserwirtschaftsverwaltung erforderlich.

Der Inhalt der beiden bisher gültigen Verzeichnisse „Technische Normen und andere technische Bestimmungen, die als allgemein anerkannte Regeln der Baukunst, der Technik und der Wasserwirtschaft gemäß § 43 HWG eingeführt sind“ und „Technische Normen und andere technische Bestimmungen, die als Hinweise und Arbeitsunterlagen für die Wasserwirtschaftsämter gelten“ wurde auf den Stand vom Januar 1971 gebracht und zu einem neuen Verzeichnis zusammengestellt.

Das neue Verzeichnis wird hiermit eingeführt und nachstehend abgedruckt.

Wiesbaden, 27. 10. 1971

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt**
VA 3 — 79 a 12.03 — 491/71

St.Anz. 48/1971 S. 1925

*

Anlage

Technische Normen und andere technische Bestimmungen, Richtlinien und Hinweise für die Wasserwirtschaftsverwaltung im Lande Hessen

VERZEICHNIS

Inhalt

Stand: Januar 1971

- 1 Gewässerausbau, Stauanlagen, Wasserspeicher und Schöpfwerke**
 - 1.1 Leitsätze — Begriffsbestimmungen
 - 1.2 Allgemeine Bestimmungen für Planung — Bau — Abnahme — Betrieb
 - 1.3 Einzelbestimmungen Baugrund — Erdbau — Standsicherheitsuntersuchungen — Statik
- 2 Landwirtschaftlicher Wasserbau**
 - 2.1 Leitsätze — Begriffsbestimmungen
 - 2.2 Allgemeine Bestimmungen Landeskulturbau
 - 2.3 Entwässerung — Dränung
 - 2.4 Bewässerung — Beregnung
 - 2.5 Landwirtschaftlicher Wirtschaftswegebau — Wirtschaftswegebau
- 3 Wasserversorgung**
 - 3.1 Leitsätze — Begriffsbestimmungen
 - 3.2 Allgemeine Bestimmungen für Planung — Ausschreibung — Bau — Abnahme — Betrieb
 - 3.3 Wasseruntersuchungen und Wasseraufbereitung
 - 3.4 Brandschutz
 - 3.5 Merk- und Arbeitsblätter technisch-wissenschaftlicher Vereine
 - 3.6 Werkstoff- und Abmessungsnormen

- 4 Gewässerschutz, Abwasserwesen**
 - 4.1 Leitsätze — Begriffsbestimmungen
 - 4.2 Allgemeine Bestimmungen für Planung — Ausschreibung — Bau — Abnahme — Betrieb
 - 4.3 Abwasser- und Gewässeruntersuchungen
 - 4.4 Merk- und Arbeitsblätter technisch-wissenschaftlicher Vereine
 - 4.5 Werkstoff- und Abmessungsnormen
- 5 Beton-, Schweiß-, Dichtungsarbeiten**
 - 5.1 Zement — Beton — Betonzuschlagstoffe
 - 5.2 Schweißarbeiten
 - 5.3 Dichtungsarbeiten — Abdichtung von Bauwerken
- 6 Bestimmungen für Schriftstücke, Pläne und Zeichnungen**
- 7 Hydrologie und wasserwirtschaftliche Rahmenplanung**
 - 7.1 Hydrologie
 - 7.2 Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung
- 8 Verdingungswesen**
- 9 Lagern und Befördern wassergefährdender Stoffe**
 - 9.1 Werkstoffnormen Lagerbehälter
 - 9.2 Hinweise Verwaltungsvorschriften
- 10 Abfallbeseitigung und -verwertung**
- 11 Grundwasserschutz**

Anhang: Zusammenstellung der im Verzeichnis enthaltenen DIN-Normen nach Nummern geordnet (Nummernverzeichnis)

- 1 Gewässerausbau, Stauanlagen, Wasserspeicher und Schöpfwerke**
 - 1.1 Leitsätze — Begriffsbestimmungen
 - 4044 1.63 Hydromechanik im Wasserbau; Fachausdrücke und Begriffserklärungen
 - 4048 5.57 Wasserkraft- und Stauanlagen; Fachausdrücke und Begriffserklärungen
 - 4054 10.47 Bl. 1 Strom-, Fluß- und Kanalbau; Fachausdrücke
 - 10.47 Bl. 2 See- und Hafenbau; Fachausdrücke
 - 1.2 Allgemeine Bestimmungen für Planung — Bau — Abnahme — Betrieb
 - 1184 1.63 Schöpfwerke; Grundlagen und Richtlinien für die Planung
 - 4323 12.57 Wasserturbinen; Begriffe, Zeichen, Einheiten
 - 4324 12.57 —; Rechnungsgrößen
 - 19657 6.65 Sicherung an Gewässern, Deichen und Küstendünen, Richtlinien
 - 19700 12.65 Bl. 1 Stauanlagen; Richtlinien für den Entwurf, Bau und Betrieb von Talsperren

- | | | | | | |
|--------|-------|--|-------------|-------|---|
| | 6.69 | Bl. 2 —; Richtlinien für den Entwurf, Bau und Betrieb von Wehren | 4263 | 6.47 | Leitungsquerschnitte des Wasserbaus |
| 19752 | 3.56 | Wasserkraftnutzung; Triebwasserleitungen, Richtlinien | 19657 | 6.65 | Sicherungen an Gewässern, Deichen und Küstendünen, Richtlinien |
| 19753 | 3.56 | —; Vorarbeiten für Wasserkraft- und Stauanlagen, Richtlinien | 19660 | 1.59 | Richtlinien für Landschaftspflege im landwirtschaftlichen Wasserbau |
| 19754 | 3.56 | —; Entwurf von Wasserkraftanlagen, Richtlinien | 19671 | 5.64 | Bl. 1 Erdbohrgeräte für den Landeskulturbau; Rillenbohrer, Rohrbohrer |
| 1961 | | Verwaltungsvorschrift über Regelung der Staatsaufsicht bei Talsperren Vb — 62.21 — 4433/61 — 27. 11. 1961 (StAnz. 1962 S. 32) | | 11.64 | Bl. 2 —; Gestänge, Flügelbohrer, Bohrschappe, Marschenlöffel, Spiralbohrer |
| Mk.Bl. | 1964 | Empfehlungen für die Ausführung von Asphaltarbeiten im Wasserbau | 19672 | 4.68 | Bl. 1 Bodenentnahmegesetz für den Landeskulturbau; Geräte zur Entnahme von Bodenproben in ungestörter Lagerung |
| | | | | 4.68 | Bl. 2 —; Geräte zur Untersuchung und Entnahme von Moorbodenproben |
| 1.3 | | Einzelbestimmungen Baugrund — Erdbau — Standsicherheitsuntersuchungen — Statik | 19680 | 5.70 | Bodenuntersuchungen im landwirtschaftlichen Wasserbau; Bodenaufschlüsse und Grundwasserbeobachtungen |
| | 1072 | 11.67 Bbl. Straßen- und Wegebrücken; Lastannahmen | 19681 | 5.70 | —; Entnahme von Bodenproben |
| | 4017 | 3.65 Bl. 1 Vornorm Baugrund; Grundbruchberechnungen von lotrecht mittig belasteten Flachgründungen, Richtlinien | ZTE-LK 1959 | | Zusätzliche technische Vorschriften für Erdarbeiten im Landeskulturbau |
| | | 9.70 Bl. 2 Vornorm Baugrund; Grundbruchberechnungen von außermittig und schräg belasteten Flachgründungen; Empfehlungen (Vornorm) | Mk.Bl. | 1964 | Empfehlungen für die Ausführung von Asphaltarbeiten im Wasserbau |
| | 4021 | 5.55 Baugrund und Grundwasser; Erkundung, Bohrungen, Schürfe, Probenahme; Grundsätze | 2.3 | | Entwässerung — Dränung |
| | 4022 | 11.69 Bl. 1 —; Benennen und Beschreiben von Bodenarten und Fels. Schichtenverzeichnis für Untersuchungen und Bohrungen, ohne durchgehende Gewinnung von gekernten Proben | | 1180 | 6.62 Dränrohre; Abmessungen, Gütebestimmung, Prüfung |
| | 4023 | 2.55 Baugrund und Wasserbohrungen; Zeichnerische Darstellung der Ergebnisse | | 3.66 | Bl. 2 —; Vornorm, Kantig — Abmessungen, Gütebestimmung, Prüfung |
| | 4084 | 11.70 Bl. 1 Vornorm Baugrund; Geländebruchberechnungen bei Stützbauwerken, Empfehlungen | | 1185 | 3.59 Dränanweisung |
| | 4094 | 5.64 Bl. 1 Baugrund; Ramm- und Drucksondiergeräte, Abmessungen und Arbeitsweise der Geräte | | 1187 | 1.71 Dränrohre aus PVC hart (Polyvinylchlorid hart); Maße, Anforderungen, Prüfung |
| | | 6.65 Bl. 2 Vornorm —; Ramm- und Drucksondiergeräte, Hinweise für die Anwendung | Mk.Bl. | 8.63 | Merkblatt über Kunststoffdränrohre |
| | 4107 | 7.69 —; Setzungsbeobachtungen an entstehenden und fertigen Bauwerken | 2.4 | | Bewässerung — Beregnung |
| 18123 | 3.70 | —; Untersuchung von Bodenproben, Korngrößenverteilung (Vornorm) | 19650 | 11.56 | Bewässerung und Verwendung von Abwasserrückständen; hygienische Richtlinien |
| 18196 | 6.70 | Erdbau; Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke und Methoden zum Erkennen von Bodengruppen | 19651 | 11.68 | Schnellkupplungsrohre; technische Lieferbedingungen |
| 19702 | 10.66 | Berechnung der Standsicherheit von Wasserbauten; Richtlinien | 19652 | 6.58 | Unterflur-Feldhydranten; Anwendung, Bauarten, Einbau, Betrieb |
| 19704 | 12.63 | Berechnungsgrundlagen für Stahlwasserbauten | 19653 | 9.60 | Schnellkupplungsrohre und -formstücke; Sinnbilder und Benennungen |
| 19705 | 12.63 | Richtlinien für die bauliche Durchbildung von Stahlwasserbauten | 19654 | 12.68 | —; Prüfung |
| | | | 19655 | 11.66 | Bewässerung; Richtlinien |
| 2 | | Landwirtschaftlicher Wasserbau | 19656 | 11.69 | Drehstrahlregner; Prüfung |
| 2.1 | | Leitsätze — Begriffsbestimmungen | Mk.Bl. | 1962 | Merkblatt für den Entwurf von Speicherbecken bei Beregnungsanlagen |
| | 4047 | 9.55 Landwirtschaftlicher Wasserbau; Fachausdrücke und Begriffserklärungen | Mk.Bl. | 1964 | Richtlinien für die Beregnung zur Frostschadenverhütung |
| | 4048 | 5.57 Wasserkraft- und Stauanlagen; Fachausdrücke und Begriffserklärungen | KfK | 1967 | Richtlinien zur Beratung, Entwurfsaufstellung und Vergabe von Beregnungsanlagen |
| 2.2 | | Allgemeine Bestimmungen Landeskulturbau | 2.5 | | Landwirtschaftlicher Wirtschaftswegebau — Wirtschaftswegebau |
| | 4220 | 3.63 Bl. 1 Richtlinien zur Untersuchung meliorationsbedürftiger Standorte; Aufnahme, Kennzeichnung und Darstellung des Standortes | Arb.Bl. | 1965 | Richtlinien für den landwirtschaftlichen Wirtschaftswegebau RLW 1965 |
| | | 3.63 Bl. 2 —; Beschreibung der Feldmethoden | KfK | 1969 | Ergänzung zu RLW 1965 |
| | | 3.63 Bl. 3 —; Aufnahme und Darstellung weiterer Standortfaktoren | Arb.Bl. | 1963 | Musterentwürfe für Wirtschaftswegebau mit Stahlbetonplatten (herausgegeben vom BML) |
| | | 3.63 Bl. 4 —; Pflanzensoziologische Untersuchungen | Arb.Bl. | 1967 | Verdingungsunterlagen für den landwirtschaftlichen Wegebau (VLW) Teil I Vergabebestimmungen, Vertragsbedingungen, Technische Vorschriften und Anleitungen |
| | | | Arb.Bl. | 1967 | Verdingungsunterlagen für den landwirtschaftlichen Wegebau (VLW) Teil II Bauleistungsheft Landwirtschaftlicher Wegebau (BLW), Leistungsbeschreibung |

- | | | | | | |
|-------------|--|---|--|-------|---|
| Arb.Bl. KfK | 1967 | Verdingungsunterlagen für den landwirtschaftlichen Wegebau (VLW) Teil III Angebot | 19605 | 4.56 | Filter zur Wasseraufbereitung; Richtlinien für Bau und Betrieb |
| Arb.Bl. KfK | 1969 | Verdingungsunterlagen für den landwirtschaftlichen Wegebau (VLW) — Änderung 1969 | 19606 | 12.70 | Chlorgasgeräte zur Wasserbehandlung; Anlage, Betrieb und Aufstellung |
| Arb.Bl. KfK | 1969 | Formblattmuster für die Verdingung und Abnahme von Bauleistungen sowie für Ingenieurverträge im landwirtschaftlichen Wegebau | 19607 | 5.69 | Chlor zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen |
| Arb.Bl. KfK | 1970 | Richtlinien für die Abgeltung von Unter- und Überschreitungen vertraglich vereinbarter Leistungen im landwirtschaftlichen Wegebau (ALW) | 19608 | 5.69 | Natriumhypochlorit zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen |
| | | | 19609 | 5.69 | Eisen(II)-Sulfat zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen |
| | | | 19611 | 2.70 | Weißkalkhydrat zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen |
| | | | 19612 | 5.69 | Soda zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen |
| | | | 19613 | 2.70 | Stückkalk zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen |
| | | | 19614 | 2.70 | Feinkalk zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen |
| | | | 19618 | 5.69 | Schwefelsäure zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen |
| | | | 19640 | 9.61 | Härte eines Wassers; Begriffe, Maßeinheiten |
| | | | 19641 | 9.61 | Säureverbrauch eines Wassers; Begriffe, Maßeinheit, Meßverfahren |
| 3 | Wasserversorgung | | | | |
| 3.1 | Leitsätze — Begriffsbestimmungen | | | | |
| | 2000 | 5.59 | Leitsätze für die zentrale Trinkwasserversorgung | | |
| | 2001 | 5.59 | Leitsätze für die Einzel-Trinkwasserversorgung | | |
| | 4046 | 4.60 | Wasserversorgung; Fachausdrücke und Begriffserklärungen | | |
| 3.2 | Allgemeine Bestimmungen für Planung — Ausschreibung — Bau — Abnahme — Betrieb | | | | |
| | 1952 | 5.69 | Durchflußmessungen mit genormten Düsen, Blenden und Venturidüsen (VDI — Durchflußmeßregeln) | | |
| | 1988 | 1.62 | Trinkwasser-Leitungen in Grundstücken; Technische Bestimmungen für Bau und Betrieb | | |
| | 1998 | 5.41 | Einordnung und Behandlung der Gas-, Wasser-Kabel und sonstigen Leitungen und Einbauten bei der Planung öffentlicher ausbaufähiger Straßen; Richtlinien | | |
| | 2403 | 3.65 | Kennzeichnung von Rohrleitungen nach dem Durchflußstoff | | |
| | 2406 | 4.68 | Rohrleitungen, Kurzzeichen, Rohrklassen | | |
| | 2425 | 2.40 | Rohrnetzpläne der Gas- und Wasserversorgung; Richtlinien | | |
| | Bbl. | 10.59 | Pläne der Wasserversorgung im Brandschutz; Richtlinien | | |
| | 2429 | 7.62 | Sinnbilder für Rohrleitungsanlagen | | |
| | 3400 | 7.28 | Kennzeichen für Armaturen | | |
| | 4067 | 2.39 | Hinweisschilder, Wasser | | |
| | 4279 | 11.54 | Guß- und Stahlrohrleitung für Trink- und Brauchwasser außerhalb von Gebäuden; Richtlinien für Druckprüfung (Innendruckprüfung) | | |
| | 5381 | 7.41 | Kennfarben für Schilder, Behälter, Leitungen, Maschinen, Geräte, Bedienteile usw. | | |
| | 18381 | 12.58 | VOB; Teil C: Gas-, Wasser- und Abwasserinstallationsarbeiten | | |
| | 19630 | 8.70 | Gas- und Wasserverteilungsanlagen; Rohr-Verlegungsrichtlinien für Gas- und Wasserrohrnetze | | |
| 3.3 | Wasseruntersuchungen und Wasseraufbereitung | | | | |
| | 19260 | 3.61 | PH-Messung; Allgemeine Begriffe | | |
| | 19600 | 5.69 | Aluminiumsulfat zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen | | |
| | 19601 | 5.69 | Natriumaluminat zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen | | |
| | 19602 | 5.69 | Eisen(III)-Chlorid zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen | | |
| | 19603 | 5.69 | Aktivkohlen zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen | | |
| | 19604 | 3.56 | Natriumchlorid für Ionenaustauscher in Wasseraufbereitungsanlagen; Allgemeines, Technische Lieferbedingungen, Prüfung | | |
| | | | 19605 | 4.56 | Filter zur Wasseraufbereitung; Richtlinien für Bau und Betrieb |
| | | | 19606 | 12.70 | Chlorgasgeräte zur Wasserbehandlung; Anlage, Betrieb und Aufstellung |
| | | | 19607 | 5.69 | Chlor zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen |
| | | | 19608 | 5.69 | Natriumhypochlorit zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen |
| | | | 19609 | 5.69 | Eisen(II)-Sulfat zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen |
| | | | 19611 | 2.70 | Weißkalkhydrat zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen |
| | | | 19612 | 5.69 | Soda zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen |
| | | | 19613 | 2.70 | Stückkalk zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen |
| | | | 19614 | 2.70 | Feinkalk zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen |
| | | | 19618 | 5.69 | Schwefelsäure zur Wasseraufbereitung; Technische Lieferbedingungen |
| | | | 19640 | 9.61 | Härte eines Wassers; Begriffe, Maßeinheiten |
| | | | 19641 | 9.61 | Säureverbrauch eines Wassers; Begriffe, Maßeinheit, Meßverfahren |
| 3.4 | Brandschutz | | | | |
| | Bbl. z. | 10.59 | Pläne der Wasserversorgung im Brandschutz; Richtlinien | | |
| | 2425 | | | | |
| | 14210 | 9.41 | Feuerlöschteich 800 m ³ und 1800 m ³ | | |
| | 14211 | 1.41 | Feuerlöschteich 45 m ³ bis 550 m ³ , vereinfachte Ausführung | | |
| | 14212 | 8.41 | Großer Schlammfang für Feuerlöschteiche | | |
| | 14220 | 2.59 | Löschwasserbrunnen; Richtlinien für Ausführung und Abnahme | | |
| | 14224 | 8.41 | Mönch für Feuerlöschteiche | | |
| | 14244 | 1.54 | Feuerlöschwasserständer | | |
| 3.5 | Merk- und Arbeitsblätter technisch-wissenschaftlicher Vereine | | | | |
| | DVGW-Regelwerk Wasser | | | | |
| | W 101 | 11.61 | Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete I. Teil Schutzgebiete für Grundwasser | | |
| | W 102 | 9.59 | Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete II. Teil Schutzgebiete für Trinkwassertalsperren | | |
| | W 111 | 11.63 | Richtlinien für die Ausführung von Pumpversuchen bei der Wassererschließung | | |
| | W 121— | 3.62 | Wasserversorgungsanlagen, Sinnbilder, Lage- und Höhenplan | | |
| | 123 | | | | |
| | W 131 | 1.70 | Hinweise zur Verhütung der biologischen Brunnenverockerung | | |
| | W 151 | 7.62 | Eignung von Oberflächenwasser als Grundstoff für die öffentliche Trinkwasserversorgung | | |
| | W 203 | 4.64 | Begriffe der Chlorung | | |
| | W 302 | 11.57 | Druckabfalltafeln für Rohrdurchmesser von 40 bis 2000 mm | | |
| | W 305 | 1.68 | Kreuzungen von Wasserleitungen mit dem Gelände von Eisenbahnen | | |
| | W 308 | 3.62 | Richtlinien für die Berechnung von Wasserleitungen in Hausanlagen, Berechnungsanleitung zu DIN 1988 | | |
| | W 311 | 7.65 | Bau von Erdbehältern für Trinkwasser | | |
| | W 313 | 7.64 | Richtlinien für Bau und Betrieb von Feuerlösch- und Brandschutzanlagen in Grundstücken im Anschluß an Trinkwasserleitungen | | |
| | W 315 | | Verwendung von Asbestzement-Druckrohren in der Trinkwasserversorgung | | |
| | W 316 | 3.67 | Verwendung von Rohren aus Spannbeton und Stahlbeton in der Trinkwasserversorgung | | |

W 320	6.67	Verwendung von Kunststoffrohren in der Wasserversorgung	W 805	1.69	Trinkwasserversorgung und Radioaktivität
W 321		Richtlinien für Rohrverlegungen (jetzt in DIN 19630)	W 806	10.64	Hinweise für den Schutz der Wasserversorgung bei Unfällen und Betriebsstörungen mit wassergefährdenden Stoffen, vor allem Mineralölen, Mineralölprodukten und dergleichen (kurz: Ölunfall-Hinweise)
W 322	2.67	Richtlinien für die Durchführung der Druckprüfung von Druckrohrleitungen aus Polyvinylchlorid (PVC) hart und Polyäthylen (PE) hart oder weich	GW 1	12.60	Hinweise zur Begutachtung von Rohrschweißnähten bei zerstörungsfreier Prüfung
W 323	1.65	Anforderungen an Rohrverbindungen für Kunststoffrohre in der Trinkwasserversorgung aus PVC hart, PE weich und PE hart	GW 2	5.66	Merkblatt für das Lötten von Kupferrohren für Gas- und Wasserinstallationen
W 325	2.67	Beantragung und Führung des DVGW-Prüfzeichens für Kunststoffrohre in Trinkwasserversorgungsanlagen	GW 3	4.68	Technische Regeln für Bau und Prüfung von vorgefertigten Bauteilen in Gas- und Wasserinstallationen
W 326	2.67	Ausbildungsplan für Kunststoffrohrleger	GW 4	8.65	Richtlinien für Straßenkappen
W 327	1.65	Druckabfalltafel für Kunststoffrohre	GW 6	11.69	Umhüllungen und Auskleidungen auf bituminöser Grundlage für Guß- und Stahlrohre (Anforderungen und Prüfverfahren)
W 331	7.62	Hydrantenrichtlinien davon Sonderdrucke	GW 7	11.69	Korrosionsschutzbinden für erdverlegte Rohrleitungen und unterirdische Behälter (Anforderungen und Prüfverfahren)
III	12.62	Bedienung der Hydranten im Wasserrohrnetz	GW 301	1.70	Richtlinien für die Erteilung der DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen
W 332	2.68	Hinweise und Richtlinien für Absperr- und Regelarmaturen in der Wasserversorgung	GW 303	5.70	Berechnung von Rohrnetzen mit elektronischen Datenverarbeitungsanlagen
W 338	11.67	Hinweise und Richtlinien für den Frostschutz und das Auftauen von Rohrnetzanlagen	GW 306	7.68	Richtlinien für das Verbinden von Blitzschutzanlagen mit metallenen Wasser- und Gasleitungen
W 341	10.65	Aufbringen eines verstärkten Bitumeninnenschutzes für Stahlrohrverbindungen und Formstücke	GW 0190	10.70	Bestimmungen für das Einbeziehen von Rohrleitungen in Schutzmaßnahmen von Starkstromanlagen mit Nennspannungen bis 1000 V.
W 345	1.62	Schutz des Trinkwassers in Wasserrohrnetzen vor Verunreinigungen	3.6		Werkstoff- und Abmessungsnormen (Rohre, Armaturen, Formstücke)
W 351—361		Kleinbauwerke der Wasserversorgung	1239	6.63	Bl. 1 Schachtabdeckung für Brunnen-schächte und Quellsfassungen; Zusammenstellungen
W 362	1.63	Hinweise für Entleerungsanlagen		6.63	Bl. 2 —; Rahmen
W 370	2.60	Prüfung von Wasserarmaturen in Verbrauchsanlagen		6.63	Bl. 3 —; Deckel ohne Lüftung
W 371	2.60	Beantragung und Führung des DIN-DVGW bzw. DVGW-Zeichens für Wasserarmaturen in Verbrauchsanlagen		6.63	Bl. 4 —; Deckel mit Lüftung
W 373	1.68	Geprüfte Wasserarmaturen für Verbrauchsanlagen		6.63	Bl. 5 —; Einzelteile
W 375	2.60	Richtlinien für Bau und Prüfung von Wasserdruckminderern in Verbrauchsanlagen	2401	1.66	Bl. 1 Rohrleitungen; Druckstufen, Begriffe, Nenndrücke
W 376	10.63	Richtlinien für Bau und Prüfung von Rückflußverhinderern in Verbrauchsanlagen		1.66	Bl. 2 Vornorm —; Zulässige Betriebsdrücke für Rohrleitungsteile aus Eisenwerkstoffen
W 377	7.67	Richtlinien für Bau, Betrieb und Prüfung von Rohrbelüftern		9.68	Bl. 3 —; Zulässige Betriebsdrücke für Rohrleitungsteile aus Stahlbeton und Spannbeton
W 378	12.61	Vorläufige Richtlinien für Bau und Prüfung von Absperrarmaturen ND 10 (zunächst bis NW 50) für Wasserverbrauchsanlagen	2402	11.64	—; Nennweiten. Begriff, Stufungen
W 402	12.59	Planung einer Wasserversorgung	2410	1.68	Bl. 1 —; Übersicht über Normen für Stahlrohre
W 405	1.64	Merkblatt über den Löschwasserbedarf		3.69	Bl. 2 —; Übersicht über Normen für Gußeisenrohre
W 451 I	7.66	Unterlagen für Ausschreibungen zur Ausführung von Wasserversorgungsanlagen Teil I Erdverlegte Rohrleitungen		11.68	Bl. 3 —; Übersicht über Normen für Rohre aus Beton, Stahlbeton und Spannbeton
W 452	1.70	Unterlagen für Ausschreibungen zur Ausführung von Wasserversorgungsanlagen „Bohrbrunnen“		8.70	Bl. 4 —; Übersicht über Normen für Rohre aus Asbestzement
W 501	1.64	Richtlinien für Bau und Anschluß von Waschmaschinen und Geschirrspülmaschinen	2413	6.66	Stahlrohre; Berechnung der Wanddicke gegen Innendruck
W 502	12.66	Richtlinien für Anschluß, Bau und Betrieb von Steckbeckenspülapparaten, Fäkalienausgußbecken und ähnlichen Abgangbehältern	2448	6.66	Nahtlose Stahlrohre; Maße und Gewichte
W 503	6.66	Richtlinien für den Anschluß von das Trinkwasser gefährdenden Geräten und Anlagen	2458	6.66	Geschweißte Stahlrohre; Maße und Gewichte
W 801	11.61	Vorläufige Hinweise zur Notstandsplanung in der zentralen öffentlichen Trinkwasserversorgung	2460	5.66	Nahtlose Stahlrohre für Gas- und Wasserleitungen
			2461	5.66	Geschweißte Stahlrohre für Gas- und Wasserleitungen
			2500	8.66	Flansche; Allgemeine Angaben, Übersicht
			2501	11.70	Bl. 1 Flansche; Anschlußmaße

2505	10.64	Vornorm; Berechnung von Flanschverbindungen	4911	12.41	Nahtlose Bohrrohre für Gestängerrohre für Schlag- und Kernbohrverfahren; Technische Lieferbedingungen
	7.66	Bl. 2 Schrauben für Rohrleitungen; Richtlinien für die Werkstoffauswahl	4918	12.52	Bl. 1 Nahtlose Bohrrohre für Tiefbohrungen und Bohrungen nach Wasser
2511	6.49	Schraubenlochdurchmesser und Randabstände, Konstruktionsblatt		3.50	Bl. 2 —; Bohrrohrgewinde
2512	5.66	Flansche; Konstruktionsmaße, Nut und Feder, ND 10 — 100, Einlegeringe		9.54	Bl. 3 —; Verrohrungsplan
2513	5.66	Flansche; Vor- und Rücksprung ND 10 — 100, Konstruktionsmaße		8.54	Bl. 4 —; Einbautiefen, Höchstzugkräfte
2532	6.67	Gußeisenflansche; ND 10	4919	12.52	Nahtlose Bohrrohre für Aufschlußbohrungen und Bohrungen nach Wasser; Rohrschuhe, Rohrschuhrohre
2533	6.67	—; ND 16	4920	2.55	Stahlfilterrohre für Bohr- und Rammbrunnen mit Schlitzlochung und Whitworth-Rohrgewinde nach DIN 2999
2543	1.68	Stahlgußflansche; ND 16	4922	10.65	Stahlfilterrohre für Bohrbrunnen mit Schlitzbrückenlochung und Laschenverbindung
2632	8.66	Vorschweißflansche ND 10	4923	11.59	Filtergewebe für Brunnenfilter
2862	5.66	Fittings für Lötverbindungen; Winkel aus Kupfer	4924	6.55	Filtersande und Filterkiese für Brunnenfilter und Wasserreinigungsfiler
3201	10.43	Keil- und Plattenschieber aus Grauguß und Stahlguß; Verwendungsbereich, Nenndruck, Prüfdruck, Betriebsdruck, Betriebstemperatur	4928	5.51	Niet-Bohrrohre
3202	10.43	—; Nennweiten und Baulängen, ND 6 bis 400	4929	5.51	Niet-Rohrschuhe
3203	12.43	Schieber, Zuordnung der Einschnürung	4940	2.65	Nahtlose Gestängerrohre für Wasser- und Gesteinsbohrungen nach dem Schlag- und Kernbohrverfahren
3216	10.42	—; Keil-Flachschieber aus Grauguß mit Flanschanschluß nach ND 10 und 2,5	8061	12.68	Rohre aus PVC hart (Polyvinylchlorid hart); Allgemeine Güteanforderung, Prüfung
3221	6.43	Unterflurhydrant für Feuerlöschzwecke, 80 mm Anschlußnennweite, 70 mm Ventillnennweite	8062	9.66	—; Maße
3222	10.42	Überflurhydranten für Feuerlöschzwecke, 80 mm und 100 mm Anschluß- und Ventillnennweite	8063	12.68	Bl. 1 Rohrverbindungen und Rohrleitungsteile für Druckrohrleitungen aus PVC hart; Bogen aus PVC hart — Rohr, Maße
3225	10.42	Keil-Ovalschieber aus Grauguß, mit Flanschanschluß nach ND 10		7.67	Bl. 2 Vornorm —; Bogen aus Spritzguß für Klebung; Maße
3226	10.42	Keil-Rundschieber aus Grauguß für ND 16		12.69	Bl. 3 —; Rohrverschraubungen, Maße
3228	10.43	Keil-Flachschieber aus Stahlguß mit Flanschanschluß nach ND 10		12.69	Bl. 4 —; Flanschverbindungen, Maße
3229	10.42	Keil-Ovalschieber aus Stahlguß für ND 16		8.70	Bl. 5 —; Allgemeine Güteanforderungen und Prüfungen
3231	9.53	Verwendungsbereich für Rückschlagklappen aus Grauguß und Stahlguß, Nenndruck, Prüfdruck, Betriebsdruck, Betriebstemperatur		8.70	Bl. 6 Vornorm —; Winkel aus Spritzguß, Maße
3232	12.43	Nennweiten und Baulängen für Rückschlagklappen aus Grauguß und Stahlguß, ND 6 bis 320		7.67	Bl. 7 Vornorm —; T-Stücke aus Spritzguß für Klebung, Maße
3233	10.43	Spindelvierkante und Handradnaben von Armaturen		7.67	Bl. 8 Vornorm —; Muffen, Kappen und Nippel aus Spritzguß für Klebung, Maße
3234	12.43	Spindeldurchmesser von Armaturen		7.67	Bl. 9 Vornorm —; Reduzierstücke aus Spritzguß für Klebung, Maße
3260	12.54	Hauswasserzähler für kaltes Wasser	8072	10.68	Rohre aus PE weich (Polyäthylen weich); Maße
3266	9.40	Regeln für Bau und Betrieb von Rohrbelüftern für Wasserleitungen	8073	1.65	—; Technische Lieferbedingungen
3340	1.44	Dehnungsstopfbuchsen für ND 10, 16, 25, 40	8074	8.70	Rohre aus PE hart (Polyäthylen hart); Maße
3350	12.43	Anbohrschellen für Gußrohre und Stahlrohre; Herstellungsplan	8075	1.65	—; Technische Lieferbedingungen
3602	2.55	Brunnenbohrgeräte; Übersicht, Benennungen	14241	10.43	Unterflurbrunnenkopf; Einbau- und Anschlußmaße
3621	10.59	Brunnenausbau; Flanschkrümmer mit Peilrohrstützen	16928	6.59	PVC hart (Polyvinylchlorid hart)-Rohre; Verarbeitungsrichtlinien
3622	10.59	—; Schutzrohre für Peilrohre, Dichtringe	16929	9.65	Rohre und Tafeln aus PVC hart; Chemische Beständigkeit, Richtlinien
3623	10.59	—; Anschlußstücke für Filteraufsatzrohre bei Brunnen ohne Saugrohr	16930	5.64	Schweißen von PVC hart; Richtlinien
4035	12.68	Stahlbetonrohre; Bedingungen für die Lieferung und Prüfung	16931	6.59	Schweißen von PVC weich (Polyvinylchlorid weich); Richtlinien
4036	5.39	Stahlbetondruckrohre; Bedingungen für die Lieferung und Prüfung	16932	5.64	Schweißen von PE (Polyäthylen); Richtlinien
4037	5.39	—; Richtlinien für die Abnahme von Stahlbetondruckrohrleitungen	16933	7.64	Rohre aus PE (Polyäthylen); Verarbeitungsrichtlinien
4055	9.38	Straßenkappe für Hydranten in Gehwegen und Fahrbahnen	19532	5.66	Rohrleitungen aus PVC hart (Polyvinylchlorid hart) für Trinkwasserversorgung; Rohre, Rohrverbindungen, Rohrleitungsteile
4056	9.38	Straßenkappe für Wasserschieber in Gehwegen und Fahrbahnen	19533	5.66	—; aus PE hart und PE weich für Trinkwasserversorgung, Rohre, Rohrverbindungen, Rohrleitungsteile
4810	7.60	Druckbehälter (geschweißt) für Wasserversorgungsanlagen; Betriebsdruck 4 kg/cm ² und 6 kg/cm ²	19625	12.54	Großwasserzähler für kaltes Wasser
			19800	1.56	Bl. 1 Asbestzement-Druckrohre; Maße

19801	1.56	Bl. 2 —; technische Lieferbedingungen	12.63	Bl. 2 —; — mit Stopfbuchsenmuffe (1 12 Bogen)	
	12.56	Asbestzement-Druckrohrleitungen für Wasser außerhalb von Gebäuden; Richtlinien für Druckprüfung	12.63	Bl. 3 —; — mit Stemmuffe (1 12 Bogen)	
19802	11.63	Gußeiserne Formstücke für Asbestzement-Druckrohrleitungen; Schaftenden (GAZ-Stücke)	28528	12.63	Bl. 1 —; Doppelmuffenbogen (MMK-Stücke) 22 1/2° mit Schraubmuffe (1 16 Bogen)
19803	11.63	—; Einflanschstücke (GAZ-F-Stücke)	12.63	Bl. 2 —; — mit Stopfbuchsenmuffe (1 16 Bogen)	
19804	11.63	—; Übergangsstücke (GAZ-R-Stücke) (GAZ-FR-Stücke) (GAZ-FRW-Stücke)	12.63	Bl. 3 —; — mit Stemmuffe (1 16 Bogen)	
19805	11.63	—; Krümmer (GAZ-K-Stücke)	28529	12.63	Bl. 1 —; Doppelmuffenbogen (MMK-Stücke) 11 1/4° mit Schraubmuffe (1 32 Bogen)
19806	11.63	—; Abzweige (GAZ-A-Stücke), GAZ-B-Stücke, (GAZ-BB-Stücke)	12.63	Bl. 2 —; — mit Stopfbuchsenmuffe (1 32 Bogen)	
19807	11.63	—; Anschlußstücke an Gußrohre (GAZ-G-Stücke), Stopfen (GAZ-P-Stücke)	12.63	Bl. 3 —; — mit Stemmuffe (1 32 Bogen)	
28500	10.61	Gußeiserne Druckrohre und Formstücke; technische Lieferbedingungen	28530	12.63	Bl. 1 —; Doppelmuffen mit Flanschstützen (MMA-Stücke) mit Schraubmuffe
28501	5.62	—; Bl. 1 Schraubmuffen-Verbindung; Zusammenstellung. Muffen. Schraubringe	12.63	Bl. 2 —; — mit Stopfbuchsenmuffe	
	10.61	—; Bl. 2 Dichtringe für Schraubmuffen-Verbindung von gußeisernen Druckrohren und Formstücken	12.63	Bl. 3 —; — mit Stemmuffe	
28502	4.62	—; Bl. 1 Stopfbuchsenmuffen-Verbindung; Zusammenstellung. Muffen, Stopfbuchsenringe	28532	12.63	Bl. 1 —; Doppelmuffen mit Muffenstützen (MMB-Stücke) mit Schraubmuffe
	10.61	—; Bl. 2 Dichtringe für Stopfbuchsenmuffen-Verbindung von gußeisernen Druckrohren und Formstücken	12.63	Bl. 2 —; — mit Stopfbuchsenmuffe	
28502	4.62	—; Bl. 3 -- und Muttern, M 20 und M 24 für Stopfbuchsenmuffen-Verbindung von gußeisernen Druckrohren und Formstücken	12.63	Bl. 3 —; — mit Stemmuffe	
28503	4.62	—; Stemmuffen-Verbindung	28535	12.63	Bl. 1 —; Kappen (O-Stücke) mit Stopfbuchsenmuffe
28504	8.65	—; Flansche ND 10 Konstruktionsmaße	12.63	Bl. 2 —; — mit Stemmuffe	
28505	8.65	—; Flansche ND 16 Konstruktionsmaße	28536	12.63	—; Stopfen (P-Stücke) für Schraub-, Stopfbuchsen- und Stemmuffen
28506	11.70	—; Flansche ND 25. Konstruktionsmaße	28537	12.63	—; Flanschkrümmer (Q-Stücke 90° (1 4 Krümmer)
28507	11.70	—; Flansche ND 40. Konstruktionsmaße	28538	12.63	—; Flanschfußkrümmer (N-Stücke 90° (1 4 Krümmer)
28511	3.62	—; mit Schraubmuffen, Klasse LA, A und B	28539	12.63	—; Flanschbogen (FFK-Stücke) 45° (1 8 Bogen)
28512	3.62	—; mit Stopfbuchsenmuffen, Klasse LA, A und B	28540	12.63	—; Flanschbogen (FFK-Stücke) 30° (1 12 Bogen)
28513	3.62	—; mit Stemmuffen, Klasse LA, A und B	28541	12.63	—; Flanschbogen (FFK-Stücke 22 1/2° (1 16 Bogen)
28514	3.66	—; mit Flanschen (FF-Rohre)	28542	12.63	—; Flanschbogen (FFK-Stücke) 11 1/4° (1 32 Bogen)
28515	3.66	—; mit aufgeschraubten Flanschen (FF-Rohre)	28543	12.63	—; Flanschstücke mit Flanschstützen (T-Stücke)
28516	7.68	—; mit TYTON-R-Muffen; Klasse LA, A und B	28544	12.63	—; Flanschstücke mit zwei Flanschstützen (TT-Stücke)
28521	7.67	—; und Formstücke; Übersicht	28545	12.63	—; Flansch-Übergangsstücke (FFR-Stücke)
28522	12.63	Bl. 1 Gußeiserne Formstücke für Druckrohrleitungen; Flanschmuffenstücke (E-Stücke) mit Schraubmuffe	28546	12.63	—; Blindflansche (X-Stücke)
	12.63	Bl. 2 —; — mit Stopfbuchsenmuffe	28600	8.68	Druckrohre und Formstücke aus duktilem Gußeisen für Gas- und Wasserleitungen; Technische Lieferbedingungen
	12.63	Bl. 3 —; — mit Stemmuffe	28604	11.70	—; Flansche ND 10, Konstruktionsmaße
28523	12.63	—; Einflanschstücke (F-Stücke)	28605	11.70	—; Flansche ND 16, Konstruktionsmaße
28524	12.63	Bl. 1 —; Überschiebmuffen (U-Stücke) mit Schraubmuffe	28606	11.70	—; Flansche ND 25, Konstruktionsmaße
	12.63	Bl. 2 —; — mit Stopfbuchsenmuffe	28607	11.70	—; Flansche ND 40, Konstruktionsmaße
	12.63	Bl. 3 —; — mit Stemmuffe	28610	8.68	Druckrohre aus duktilem Gußeisen mit Schraubmuffen, Stopfbuchsen und TYTON-Muffen für Gas- und Wasserleitungen; Maße
28525	12.63	Bl. 1 —; Doppelmuffenkrümmer (MMQ-Stücke) 90° mit Schraubmuffe (1/4 Krümmer)	28614	11.70	Druckrohre aus duktilem Gußeisen mit angegossenen Flanschen für Gas- und Wasserleitungen; FFG-Rohre, Maße
	12.63	Bl. 2 —; — mit Stopfbuchsenmuffe (1/4 Krümmer)	28622	11.70	Druckrohre und Formstücke aus duktilem Gußeisen für Gas- und Wasserleitungen; EU-Stücke, Flanschmuffenstücke, überschiebbar
	12.63	Bl. 3 —; — mit Stemmuffe (1/4 Krümmer)	28623	11.70	—; F-Stücke, Einflanschstücke
28526	12.63	Bl. 1 —; Doppelmuffenbogen (MMK-Stücke) 45° mit Schraubmuffe (1/8 Bogen)	28624	11.70	—; U-Stücke, Überschiebmuffen
	12.63	Bl. 2 —; — mit Stopfbuchsenmuffe (1/8 Bogen)	28625	11.70	—; MMQ-Stücke, Doppelmuffenbogen 90°
	12.63	Bl. 3 —; — mit Stemmuffe (1/8 Bogen)			
28527	12.63	Bl. 1 —; Doppelmuffenbogen (MMK-Stücke) 30° mit Schraubmuffe (1/12 Bogen)			

28626	11.70	—; MMK-Stücke 45, Doppelmuffenbogen 45°	18421	2.61	—; Wärmedämmungsarbeiten
28627	11.70	—; MMK-Stücke 30, Doppelmuffenbogen 30°	19520	5.64	Abwasser aus Krankenanstalten, Richtlinien für die Behandlung
28628	11.70	—; MMK-Stücke 22, Doppelmuffenbogen 22 1/2°	19525	2.57	Abwasserwesen; Richtlinien für die Entwurfsbearbeitung
28629	11.70	—; MMK-Stücke 11, Doppelmuffenbogen 11 1/4°	19551	9.55	Kläranlagen; Rechteckbecken mit Räumbrücke, Hauptmaße
28630	11.70	—; MMA-Stücke, Doppelmuffenstücke mit Flanschstutzen	19552	9.55	—; Rundbecken mit Räumbrücke, Hauptmaße
28632	11.70	—; MMB-Stücke, Doppelmuffenstücke mit Muffenstutzen	19553	9.55	—; Tropfkörper mit Drehsprenger, Hauptmaße
28634	11.70	—; MMR-Stücke, Doppelmuffen, Übergangsstücke	19554	10.61	Kläranlagen; feststehende gerade Stabrechen; Hauptmaße
28637	11.70	—; Q-Stücke, Flanschbogen 90°	19555	2.63	—; Sicherheitstritt für Abwasserreinigungsanlagen
28638	11.70	—; N-Stücke, Flanschfußbogen 90°	19556	10.61	—; Rinnenquerschnitte für Abwasserreinigungsanlagen
28639	11.70	—; FFK-Stücke 45, Flanschbogen 45°	19557	7.65	Füllstoffe für Tropfkörper; Anforderungen, Prüfung, Einbringen
28643	11.70	—; T-Stücke, Flanschstücke mit Flanschstutzen	1970		Länderarbeitsgemeinschaft Wasser Sonderdruck — Normalwerte für Abwasserreinigungsverfahren (2. erweiterte und überarbeitete Auflage)
28645	11.70	—; FFR-Stücke, Flansch-Übergangsstücke			
28648	11.70	—; EN-Stücke, Hydranten-Fußbogen 90°			
4 Gewässerschutz, Abwasserwesen					
4.1 Leitsätze — Begriffsbestimmungen					
4045	12.64	Abwasserwesen; Fachausdrücke und Begriffserklärungen			
4.2 Allgemeine Bestimmungen für Planung — Ausschreibung — Bau — Abnahme — Betrieb					
1986	6.62	Bl. 1 Grundstücksentwässerungsanlagen; Technische Bestimmungen für den Bau			
	6.62	Bl. 2 —; Bestimmungen für die Ermittlung der lichten Weiten der Rohrleitungen			
	12.63	Bl. 3 —; Regeln für den Betrieb			
1997	9.58	Bl. 1 Absperrvorrichtungen in Grundstücksentwässerungsanlagen; Baugrundsätze			
	3.61	Bl. 2 —; Prüfgrundsätze			
1999	11.59	Bl. 1 Benzinabscheider; Baugrundsätze			
	9.58	Bl. 2 —; Richtlinien für Größe, Einbau und Betrieb			
	1.56	Bl. 3 —; Prüfung			
4035	12.68	Stahlbetonrohre; Bedingungen für die Lieferung und Prüfung			
4036	5.39	Stahlbetondruckrohre, Bedingungen für die Lieferung und Prüfung			
4037	5.39	—; Richtlinien für die Abnahme von Stahlbetondruckrohrleitungen			
4040	1.57	Fettabscheider; Baugrundsätze			
4041	1.57	—; Einbau, Größe und Schlammfänge, Richtlinien			
4042	2.59	—; Prüfung			
4043	7.61	Heizölsperren — Heizölabscheider; Baugrundsätze Einbau, Betrieb, Prüfung			
4050	3.60	Bestandspläne öffentlicher Abwasserkanäle			
4068	12.38	Hinweisschilder, Abwasser			
4261	10.70	Bl. 1 Kleinkläranlagen; Anwendung, Bemessung, Ausführung und Betrieb, Anlagen ohne Abwasserbelüftung			
18190	11.70	Bl. 3 Dichtungsbahnen für Bauwerksabdichtungen; Dichtungsbahnen mit Glasgewebeeinlage, Begriff, Bezeichnung, Anforderungen			
18381	12.58	VOB; Gas-, Wasser- und Abwasser-Installationsarbeiten			
18382	12.58	—; Starkstrom-Leitungsanlagen in Gebäuden			
18383	12.58	—; Schwachstrom-Leitungsanlagen in Gebäuden			
18384	12.58	—; Blitzschutzanlagen			
4.3 Abwasser- und Gewässeruntersuchungen					
19570	3.63	Bl. 1 Richtlinien für die Untersuchung von Salzabwasser; Probenahme			
	2.69	Bl. 2 —; Analyse			
	3.66	Bl. 3 —; Auswertung			
	3.66	Bl. 4 —; Meß- und Regelungstechnik			
4.4 Merk- und Arbeitsblätter technisch-wissenschaftlicher Vereine					
ATV Regelwerk Abwasser					
A 101	11.59	Planung einer Ortsentwässerung (Grundlagen und Hinweise)			
A 102	2.57	Industrie- und Gewerbebetriebe — Allgemeine Planung einer Abwasserableitung und Abwasserbehandlung (Grundlagen und Hinweise)			
A 103	2.57	Milchverarbeitende Betriebe — Planung einer Abwasserableitung und Abwasserbehandlung (Grundlagen und Hinweise)			
A 104	2.57	Lederbetriebe — Planung einer Abwasserableitung und Abwasserbehandlung (Grundlagen und Hinweise)			
A 105	2.67	Hinweise für die Abwasserableitung im Hinblick auf die Reinhaltung der Gewässer-Mischverfahren/Trennverfahren			
A 106	5.62	Merkblatt für die Planung eines Klärwerkes			
A 107	10.63	Hinweise für das Ableiten von Schlachthofabwasser in ein öffentliches Kanalnetz			
A 109	10.65	Richtlinien für die Bemessung von Kläranlagen der Autobahn-Rast- und -Tankanlagen			
A 110	10.65	Richtlinien für die hydraulische Berechnung von Abwasserkanälen			
A 111	12.65	Richtlinien einer Betriebsanweisung für Klärmeister			
A 112	12.66	Hinweise für das Ableiten von Abwasser aus fleisch- und fischverarbeitenden Betrieben in ein öffentliches Kanalnetz			
A 113	6.69	Unterlagen für Ausschreibung zur Ausführung von Abwasserkanälen			
A 115	12.70	Hinweise für das Einleiten von Abwasser aus gewerblichen und industriellen Betrieben in eine öffentliche Abwasseranlage			
A 116	11.70	Abwasser aus landwirtschaftlichen Betrieben (Merkblatt)			
A 117		Teil 1 Die Bemessung von Regenüberläufen in Mischwasserkanälen			

A 241— 261	11.69	Bauwerke der Ortsentwässerung (Hinweise und Arbeitsblätter) Inhalt (nicht einzeln beziehbar)	4037	5.39	—; Richtlinien für die Abnahme von Stahlbetondruckrohrleitungen
A 241		Einsteigschacht aus Betonformstücken, viereckiger Grundriß, Kreisprofil	4038	5.63	Bl. 1 Vergußmassen für Abwasserkanäle und -leitungen aus Steinzeug- und Betonmuffrohren; Anforderungen und Prüfung
A 242		Einsteigschacht aus Mauerwerk mit Schachthals, viereckiger Grundriß, Ei-profil	4038	9.58	Bl. 2 —; Richtlinien für die Verarbeitung
A 243		Einsteigschacht aus Betonformstücken, runder Grundriß, Kreisprofil	4039	9.58	Bl. 1 Dichtmittel für Abwasserleitungen aus Grauguß, Anforderungen und Kennzeichnung
A 244		Einsteigschacht aus Mauerwerk, runder Grundriß, Kreisprofil		9.58	Bl. 2 —; Richtlinien für die Verarbeitung
A 245		Einsteigschacht aus Beton, viereckiger Grundriß, große Profile	4051	11.55	Bl. 1 Kanalklinker; Maße, Gütebestimmungen
A 246		Beispiel für Rohranschlüsse an Schächte und Bauwerke		11.55	Bl. 2 —; Prüfung
A 247		Zwillingsschacht aus Mauerwerk, halb versetzt		7.65	Bbl. —; Anwendungsbeispiele
A 248		Spülschacht mit Stauvorrichtung	4052	11.52	Bl. 1 Straßenafläufe aus Beton; Bauart und Einbau
A 249		Kurvenbauwerk, schwache Krümmung		11.52	Bl. 2 —; Zusammenstellungen
A 250		Kurvenbauwerk, starke Krümmung		10.43	Bl. 3 —; Einzelteile
A 251		Verbindungsbauwerk für große Durchmesser		10.43	Bl. 4 —; Eimer mit festem Boden
A 252		Verbindungsbauwerk bei größeren Nennweiten und großen Tiefen	4062	6.70	Bl. 1 Kalt verarbeitbare Dichtstoffe für Entwässerungs- und Abwasserkanäle und -leitungen aus Betonrohren mit Falz und Nut; Anforderungen und Prüfung (Vornorm)
A 253		Untersturzbauwerk		6.70	Bl. 2 —; Richtlinien für die Verarbeitung (Vornorm)
A 254		Absturzbauwerk, Kreisprofil	4268	12.67	Schachtabdeckungen mit hochgelagertem Deckel für Gehwege; 5 Mp Prüfkraft, Zusammenstellung
A 255		Regenüberlauf, einseitiges Wehr	4269	12.67	—; Deckel
A 256		Regenüberlauf, doppelseitiges Wehr	4271	12.67	—; 15 Mp Prüfkraft, Zusammenstellung
A 257		Kanalausmündung	4272	12.67	—; Rahmen
A 258		Hochwasserverschluß	4273	2.66	Schachtabdeckung mit hochgelagertem Deckel für nicht öffentliche befahrene Verkehrswege; 15 t Prüfkraft; Deckel
A 259		Bachkreuzung	4281	2.66	Beton für Entwässerungsgegenstände; Anforderung, Herstellung und Prüfung
A 260		Bachkreuzung, Doppeldüker	4290	12.67	Schachtabdeckung mit hochgelagertem Deckel für Fahrbahnen; 25 Mp und 40 Mp Prüfkraft, Zusammenstellung
A 261		Einlaufwerk mit Geröllfang	4291	12.67	Bl. 1 —; —, Rahmen Form B 1, Gußeisen mit Beton
Länderarbeitsgemeinschaft Wasser					Bl. 2 —; —, Form G, Gußeisen
	1970	Sonderdruck — Normalwerte für Abwasserreinigungsverfahren (2. erweiterte und überarbeitete Auflage)			Bl. 3 —; —, Form B 2, Gußeisen mit Beton
4.5	Werkstoff- und Abmessungsnormen (Rohre — Formstücke — Dichtstoffe)		4293	12.67	Aufsätze für Straßenablauf; Pultform, 15 Mp und 25 Mp Prüfkraft, Zusammenstellung
1211	1.63	Steigeisen, kurz	4294	12.67	—; —, Rahmen
1212	1.63	—, lang	4295	12.67	—; —, Roste
1213	9.64	Aufsätze für Straßen- und Hofabläufe; Baugrundsätze, Tragfähigkeit und Prüfung	4296	12.67	—; Rinnenform 15 Mp und 25 Mp Prüfkraft, Zusammenstellung
1221	6.55	Schachtabdeckungen mit tief- und hochgelagertem Deckel für Fahrbahn, 25 t und 40 t Prüflast; Schmutzfänger	4297	12.67	—; —, Rahmen
1229	9.64	— für Entwässerungsanlagen; Baugrundsätze, Tragfähigkeit, Prüfung	4298	12.67	—; —, Roste
1230	11.70	Bbl. Steinzeug für die Kanalisation; Herstellerzeichen der Steinzeugwerke	4299	12.67	—; —, Trichter
	6.62	Bl. 1 Rohre, Formstücke, Sohlschalen und Platten aus Steinzeug; Abmessungen und Gütebestimmungen	19500	2.66	Gußeiserne Abflußrohre (GA); Muffenmaße, Rohrdurchmesser, Wanddicken
	7.62	Bl. 2 —; Prüfbestimmungen und Prüfverfahren	19501	2.66	—; Rohre
4032	4.59	Bl. 1 Rohre und Formstücke aus Beton; Abmessungen, Herstell- und Gütebestimmungen, Prüfung	19502	2.66	—; Bogen
	4.59	Bl. 2 —; technische Lieferbedingungen	19503	2.66	—; Abzweige 45°
	7.39	Bbl. —; Richtlinien für die Beförderung	19504	2.66	—; — 70°
4033	5.63	Entwässerungskanäle und -leitungen aus vorgefertigten Rohren; Richtlinien für die Ausföhrung	19505	2.66	—; — 87° Einlaufwinkel 70°
			19506	2.66	—; Sprungrohre
			19507	2.66	—; Übergangrohre
4034	9.54	Schachtringe, Schachthälsa, Auflagering aus Beton; Bedingungen für Lieferung und Prüfung	19508	2.66	—; Reinigungsrohre für Falleitungen mit runder Öffnung
4035	5.39	Stahlbetonrohre; Bedingungen für die Lieferung und Prüfung	19509	2.66	Bl. 1 —; — für Grund und Falleitungen mit rechteckiger Öffnung; Zusammenstellung
4036	5.39	Stahlbetondruckrohre; Bedingungen für die Lieferung und Prüfung			Bl. 2 —; — Einzelteile
			19510	2.66	—; Übergangsbogen 80°

- 19530 10.70 Stahl-Abflußrohre und -Formstücke mit Steckmuffenverbindung
- 19531 1.68 Grundstücksentwässerungsanlagen; Rohre und Formstücke aus PVC hart für Abwasserleitungen innerhalb von Gebäuden; techn. Lieferbedingungen
- 19540 12.52 Abwasserkanäle; Querschnittsformen und Abmessungen
- 19590 3.66 Aufsätze für Hofablauf rd. 1,5 t und 5 t Prüfkraft; Zusammenstellung
- 19591 3.66 —, —, —; Rahmen
- 19592 3.66 —, —, —; Roste
- 19593 12.67 Bl. 1 Aufsätze für Hofablauf, quadratisch; 5 Mp und 15 Mp Prüfkraft, Zusammenstellung
- 12.67 Bl. 2 —, —, —; Rahmen
- 12.67 Bl. 3 —, —, —; Roste
- 19596 12.67 Bl. 1 Grubenabdeckungen, rund; 1,5 Mp, 5 Mp und 15 Mp Prüfkraft, Zusammenstellung
- 12.67 Bl. 2 —, —, —; Rahmen
- 12.67 Bl. 3 —, —, —; Deckel
- 19597 12.67 Bl. 1 —, quadratisch; 1,5 Mp Prüfkraft, Zusammenstellung
- 12.67 Bl. 2 —, —, —; Rahmen
- 12.67 Bl. 3 —, —, —; Deckel
- 19830 3.61 Asbestzementabflußrohre und -formstücke; Herstellung, Gütebestimmung, Prüfverfahren
- 19831 3.61 Bl. 1—9 —; mit Muffe
- 19841 3.61 Bl. 1—6 —; ohne Muffe
- 19850 1.71 Bl. 1 Asbestzementrohre und -formstücke für Abwasserkanäle; Rohre, Abzweige, Bogen, Maße, Technische Lieferbedingungen

5 Beton-, Schweiß-, Dichtungsarbeiten

5.1 Zement — Beton — Betonzuschlagstoffe

- 1164 6.70 Bl. 1 Portland —, Eisenportland-, Hochofen- und Traßzement; Begriffe, Bestandteile, Anforderungen, Lieferung
- 6.70 Bl. 2 —; Güteüberwachung
- 6.70 Bl. 3 —; Bestimmung der Zusammensetzung
- 6.70 Bl. 4 —; — der Mahlfeinheit
- 6.70 Bl. 5 —; — der Erstarrungszeiten mit dem Nadelgerät
- 6.70 Bl. 6 —; — der Raumbeständigkeit mit dem Kochversuch
- 6.70 Bl. 7 —; — der Festigkeit
- 6.70 Bl. 8 —; — der Hydrationswärme mit dem Lösungskalorimeter
- 4030 11.69 Beurteilung betonangreifender Wässer, Böden und Gase
- 4226 1.71 Bl. 1 Zuschlag für Beton; Zuschlag mit dichtem Gefüge, Begriffe, Bezeichnung, Anforderungen und Güteüberwachung
- 1.71 Bl. 2 Zuschlag für Beton; Zuschlag mit porigem Gefüge (Leichtzuschlag), Begriffe, Bezeichnung, Anforderungen und Güteüberwachung
- 1.71 Bl. 3 Zuschlag für Beton; Prüfung von Zuschlag mit dichtem oder porigem Gefüge

5.2 Schweißarbeiten

- 2559 7.62 Schweißnahtvorbereitung; Richtlinien für Fugenformen, Schmelzschweißen von Stumpfstößen an Stahlrohren
- 8551 1.59 Bl. 1 Schweißnahtvorbereitung; Richtlinien für Fugenformen, offenes Lichtbogenschweißen von Hand an Stählen
- 1.59 Bl. 2 —; —, Gasschweißen an Stählen
- 3.61 Bl. 3 —; —, Schweißen mit Tiefeinbrandelektroden an Stählen

- 3.61 Bl. 4 —; —, Unterpulver — Schweißen an Stählen
- 9.67 Bl. 5 —; —, Wolfram- und Metall-Schutzgasschweißen an Stählen

5.3 Dichtungsarbeiten — Abdichtung von Bauwerken

- 4031 11.59 Wasserdruckhaltende bituminöse Abdichtungen für Bauwerke; Richtlinien für Bemessung und Ausführung
- 4122 7.68 Abdichtung von Bauwerken gegen nichtdrückendes Oberflächenwasser und Sickerwasser mit bituminösen Stoffen, Metallbändern und Kunststoff-Folien; Richtlinien
- 89280 9.54 Bl. 2 Kabeleinführungen, druckwasserdicht; Guß- oder Preßstutzen, Nietstutzen, Schraubstutzen
- 89283 9.54 Leitungseinführungen, druckwasserdicht; Zusammenstellung
- 1. 11. 1953 Anweisung für Abdichtung von Ingenieurbauwerken (AJB) Deutsche Bundesbahn D.V. 835

6 Bestimmungen für Schriftstücke, Pläne und Zeichnungen

- 406 10.70 Bl. 1 Maßeintragung in Zeichnungen; Arten (Vornorm Oktober 1970)
- 823 8.65 Zeichnungen; Blattgrößen, Maßstäbe
- 824 1.56 Zeichnungen; Faltung auf A 4 für Ordner
- 1080 11.61 Zeichen für stat. Berechnungen im Bauingenieurwesen
- 1304 3.68 Allgemeine Formelzeichen
- 1356 8.59 Vornorm Bauzeichnungen
- 1421 1.64 Abschnittsnumerierung in Schriftwerken
- 5492 11.65 Formelzeichen der Strömungsmechanik
- 6774 8.67 Technische Zeichnungen; Ausführungsrichtlinien
- 18002 9.68 Zeichen für Flächennutzungspläne
- 18003 9.68 Zeichen für Bebauungspläne

7 Hydrologie und wasserwirtschaftliche Rahmenplanung

7.1 Hydrologie

- 1950 Pegelvorschrift IVB5 — 79c 06.01 — 2418/70 — 23. 4. 70 (StAnz. S. 1045)
- 1953 Richtlinien für Abflußmessungen IVB5 — 79c 08.01 — 2419/70 — 23. 4. 70 (StAnz. S. 1045)
- 1961 Grundwasser, Richtlinien für Beobachtung und Auswertung Vf 62.8 — 4067/62 — 13. 11. 62 (StAnz. S. 1583)
- 4049 3.54 Bl. 1 Gewässerkunde, Fachausdrücke und Begriffsbestimmungen, Teil I: Quantitativ
- 4.60 Bl. 2 Gewässerkunde; Fachausdrücke und Begriffserklärungen, Teil II: Qualitativ
- 19710 9.65 Gewässerkundliche Zeichen
- 1958 Richtlinien für den Bau von Pegeln 31. 10. 58 — Vf — 62.7 — 4379/58 (n. v.)
- 1965 Durchführungsanweisung des Landes Hessen zu den Richtlinien Grundwasser, Richtlinien für Beobachtung und Auswertung 1961 (DA-GR 1965) 30. 9. 65 — IVB5 — 79c 10.01 — 4145/65 (StAnz. S. 1250)
- 1965 Hess. Durchführungsanweisung zur Pegelvorschrift (DA-PV 1965) 20. 9. 65 — IVB5 — 79c 06.01 — 4081/65 (StAnz. S. 1190)
- 1965 Hess. Durchführungsanweisung zu den Richtlinien für Abflußmessungen (DA-RA 1965) 28. 9. 65 — IVB5 — 79c 08.01 — 4128/65 — (StAnz. S. 1190)

7.2 Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung

1966 Richtlinien für die Aufstellung von wasserwirtschaftlichen Rahmenplänen IVB5 - 79d 02.01 - 2252/67 - 15. 3. 67 (n. v.)

8 Verdingungswesen Ingenieurverträge

1960 11.52 VOB; Teil A: Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen
 1961 11.52 VOB; Teil B: Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen
 18300 12.58 VOB; Teil C: Allgemeine Technische Vorschriften, Erdarbeiten
 18301 12.58 —; —; —, Bohrarbeiten
 18302 12.58 —; —; —, Brunnenbauarbeiten
 18303 12.58 —; —; —, Baugrubenverkleidungsarbeiten
 18304 12.58 —; —; —, Rammarbeiten
 18305 12.58 —; —; —, Wasserhaltungsarbeiten
 18306 12.58 —; —; —, Abwasserkanalarbeiten
 18307 2.61 —; —; —, Gas- und Wasserleitungsarbeiten im Erdreich
 18308 2.61 —; —; —, Dränarbeiten
 18309 10.65 —; —; —, Einpreßarbeiten
 18320 12.58 —; —; —, Landschaftsgärtnerische Arbeiten
 18330 12.58 —; —; —, Maurerarbeiten
 18331 12.58 —; —; —, Beton- und Stahlbetonarbeiten
 18332 12.58 —; —; —, Naturwerksteinarbeiten
 18333 12.58 —; —; —, Betonwerksteinarbeiten
 18334 12.58 —; —; —, Zimmerarbeiten
 18335 12.58 —; —; —, Stahlbauarbeiten
 18336 10.65 —; —; —, Stahlbauarbeiten, Abdichtung gegen drückendes Wasser
 18337 2.61 —; —; —, Abdichtung gegen nichtdrückendes Wasser
 18338 12.58 —; —; —, Dachdeckerarbeiten
 18339 12.58 —; —; —, Klempnerarbeiten
 18350 12.58 —; —; —, Putz- und Stuckarbeiten
 18352 12.58 —; —; —, Fliesen- und Plattenarbeiten
 18353 2.61 —; —; —, Estricharbeiten
 18354 2.61 —; —; —, Asphaltbelegarbeiten
 18355 12.58 —; —; —, Tischlerarbeiten
 18357 10.65 —; —; —, Beschlagarbeiten
 18360 10.65 —; —; —, Metallbauarbeiten
 18361 12.58 —; —; —, Verglasungsarbeiten
 18363 12.58 —; —; —, Anstricharbeiten
 18364 2.61 —; —; —, Oberflächenschutzarbeiten an Stahl und Oberflächenschutzarbeiten (Anstrich an Aluminiumlegierungen)
 18381 12.58 —; —; —, Gas-, Wasser- und Abwasserinstallationsarbeiten
 18382 12.58 —; —; —, Starkstrom-Leitungsanlagen in Gebäuden
 18383 12.58 —; —; —, Schwachstrom-Leitungsanlagen in Gebäuden
 18384 12.58 —; —; —, Blitzschutzanlagen
 18421 2.61 —; —; —, Wärmedämmungsarbeiten
 1971 Ingenieurvertragsmuster, Fassung Mai 1970, Länderearbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA)

9 Lagern und Befördern wassergefährdender Stoffe

9.1 Werkstoffnormen Lagerbehälter

6608 7.68 Bl. 1 Liegende Behälter aus Stahl für unterirdische Lagerung flüssiger Mineralölprodukte
 3.65 Bl. 2 —; doppelwandig —
 3.63 Bl. 3 —; Transport und Einbau

6609 5.66 Lager für flüss. Kraft- und Brennstoffe; Bau und Einrichtung
 6616 7.68 Liegende Behälter aus Stahl für oberirdische Lagerung flüssiger Mineralölprodukte
 6617 7.68 Liegende Behälter aus Stahl für teilweise oberirdische Lagerung flüssiger Mineralölprodukte
 6618 7.68 Stehende Behälter aus Stahl für oberirdische Lagerung flüssiger Mineralölprodukte
 6619 7.68 Stehende Behälter aus Stahl für teilweise oberirdische Lagerung flüssiger Mineralölprodukte
 6620 7.68 Bl. 1 Batteriebehälter aus Stahl für oberirdische Lagerung von Heizöl; Behälter
 7.68 Bl. 2 Batteriebehälter aus Stahl für oberirdische Lagerung von Heizöl; Verbindungsrohrleitungen
 6622 7.68 Bl. 1 Haushaltsbehälter aus Stahl 620 l Inhalt für oberirdische Lagerung von Heizöl
 7.68 Bl. 2 —; 1000 l Inhalt für oberirdische Lagerung von Heizöl
 2.70 Bl. 3 Haushaltsbehälter aus Stahl für oberirdische Lagerung von Heizöl; Auffangwannen
 6623 7.68 Stehende Behälter aus Stahl bis 1000 Liter Inhalt für oberirdische Lagerung flüssiger Mineralölprodukte
 6624 7.68 Liegende Behälter aus Stahl bis 3500 Liter Inhalt für oberirdische Lagerung flüssiger Mineralölprodukte
 6625 9.67 Bl. 1 Standortgefertigte Behälter aus Stahl für oberirdische Lagerung von Heizöl; Bau- und Prüfgrundsätze

9.2 Hinweise Verwaltungsvorschriften

HBR 10.67 Richtlinien über Bau und Betrieb von Behälteranlagen zur Lagerung von Heizöl (Heizölbehälter-Richtlinien-HBR) 12. 10. 67 (StAnz. S. 1437)
 VRLwF 4.68 Verwaltungsvorschriften und Richtlinien über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten (VRLwF) 10. 4. 68 (StAnz. S. 753)
 VLwF 9.67 Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten (VLwF) (GVBl. I 1967 S. 155)
 VLwF 1.70 —; Katalog wassergefährdender Flüssigkeiten 29. 1. 70 (StAnz. S. 463)
 RFF 1969 Richtlinien für Fernleitungen, zum Befördern gefährdender Flüssigkeiten (RFF) 10. 10. 69 (StAnz. S. 1839)

10 Abfallbeseitigung und -verwertung

Mrk.Bl. 1 8.68 Einführung in die Abfallbeseitigung (StAnz. 1968 S. 1402)
 Mrk.Bl. 2 8.68 Vorarbeiten bei der Planung der Abfallbeseitigung (StAnz. 1968 S. 1402)
 Mrk.Bl. 3 11.70 Die geordnete Ablagerung (Deponie) fester und schlammiger Abfälle aus Siedlung und Industrie (StAnz. 1970 S. 2402)
 Mrk.Bl. 4 11.70 Planungsgrundlagen für die Abfallbeseitigung (StAnz. 1970 S. 2402)

11 Grundwasserschutz

Arb.Bl. W 101 1961 Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete I. Teil, Schutzgebiete für Grundwasser
 DVGW
 Mk.Bl. 1966 Richtlinien für die landschaftliche Eingliederung von Baggergruben, Steinbrüchen und sonstigen Entnahmestellen von Steinen und Erden (Hessische Landesstelle für Naturschutz, Darmstadt)

Anlage

hier: Zusammenstellung der im Verzeichnis enthaltenen DIN-Normen nach Nummern geordnet

Nummernverzeichnis

DIN-Nr.	Ausgabe- datum	in Ziffer	DIN-Nr.	Ausgabe- datum	in Ziffer	DIN-Nr.	Ausgabe- datum	in Ziffer	DIN-Nr.	Ausgabe- datum	in Ziffer
406/1	10.70	6	2559	7.62	5.2	4041	1.57	4.2	6609	5.66	9.1
823	8.65	6		(* 8.65)		4042	(** 5.63)		6616	7.68	9.1
824	1.56	6	2632	8.66	3.6	4043	2.59	4.2	6617	7.68	9.1
1072 Bbl.	11.67	1.3	2862	5.66	3.6	4044	7.61	4.2	6618	7.68	9.1
1080	11.61	6	3201	10.43	3.6	4045	1.63	1.1	6619	7.68	9.1
1164/1-8	6.70	5.1	3202	10.43	3.6	4046	12.64	4.1	6620/1-2	7.68	9.1
1180	6.62	2.3		(* 7.54)		4047	4.60	3.1	6622/1-2	7.68	9.1
1180/2	3.66	2.3	3203	12.43	3.6	4048	9.55	2.1	6622/3	2.70	9.1
1184	1.63	1.2	3216	10.42	3.6		5.57	1.1/	6623	7.68	9.1
1185	3.59	2.3		(* 9.53)		4049/1		2.1	6624	7.68	9.1
1187	1.71	2.3	3221	6.43	3.6	4049/2	3.54	7.1	6625/1	9.67	9.1
1211	1.63	4.5	3222	10.42	3.6	4050	4.60	7.1	6774	8.67	6
1212	1.63	4.5		(* 6.43)		4051/1	3.60	4.2	8061	12.68	3.6
1213	9.64	4.5	3225	10.42	3.6	4051/2	11.55	4.5	8062	9.66	3.6
1221	6.55	4.5		(** 1.54)			11.55	4.5	8063/1	12.68	3.6
1229	9.64	4.5	3226	10.42	3.6	4051 Bbl.	(** 1.66)		8063/2	7.67	3.6
1230 Bbl.	11.70	4.5		(* 11.52)		4052/1	7.65	4.5	8063/3	12.69	3.6
1230/1	6.62	4.5	3228	10.43	3.6	4052/2	11.52	4.5	8063/4	12.69	3.6
1230/2	7.62	4.5		(* 12.49)		4052/3	11.52	4.5	8063/5	8.70	3.6
1239 1-5	6.63	3.6	3229	10.42	3.6	4052/4	10.43	4.5	8063/6	8.70	3.6
1304	3.68	6		(* 9.50)			10.43	4.5	8063/7	7.67	3.6
1356	8.59	6	3231	9.53	3.6	4054/1-2	(* 11.52)		8063/8	7.67	3.6
1421	1.64	6	3232	12.43	3.6	4055	10.47	1.1	8063/9	7.67	3.6
1952	5.69	3.2	3233	10.43	3.6	4056	9.38	3.6	8072	10.68	3.6
1960	11.52	8	3234	12.43	3.6		(* 9.50)		8073	1.65	3.6
	(* 12.58)		3260	12.54	3.6	4062/1	9.38	3.6	8074	8.70	3.6
1961	11.52	8	3266	9.40	3.6	4062/2	(* 9.50)		8075	1.65	3.6
	(* 12.58)		3340	1.44	3.6	4067	(* 9.50)		8551/1-2	1.59	5.2
1986/1-2	6.62	4.2	3350	12.43	3.6		(* 9.50)		8551/3-4	3.61	5.2
1986/3	12.63	4.2				4068	9.38	3.6	8551/5	9.67	5.2
1988	1.62	3.2	3400	7.28	3.2		(* 9.50)		14210	9.41	3.4
1997/1	9.58	4.1	3602	2.55	3.6	4068	(* 9.50)		14211	1.41	3.4
1997/2	3.61	4.1	3621	10.59	3.6	4084/1	12.38	4.2	14212	8.41	3.4
1998	5.41	3.2	3622	10.59	3.6	4094/1	11.70	1.3	14220	2.59	3.4
1999/1	11.59	4.1	3623	10.59	3.6	4094/2	-5.64	1.3	14224	8.41	3.4
1999 2	9.58	4.1	4017/1	3.65	1.3	4107	6.65	1.3		(* 11.56)	
	(* 2.63)		4017/2	9.70	1.3	4122	7.69	1.3	14241	10.43	3.6
1999 3	1.56	4.1	4021	5.55	1.3	4220/1-4	7.68	5.3		(* 4.63)	
	(* 5.64)		4022/1	11.69	1.3	4226/1-3	3.63	2.2	14244	1.54	3.4
2000	5.59	3.1	4023	2.55	1.3	4261/1	1.71	5.1	16928	6.59	3.6
2001	5.59	3.1	4030	11.69	5.1	4263	10.70	4.2	16929	9.65	3.6
2401/1	1.66	3.6	4031	11.59	5.3	4268	6.47	2.2		(* 8.69)	
2401/2	1.66	3.6		(* 12.64)		4269	12.67	4.5	16930	5.64	3.6
	(* 8.66)		4032/1	4.59	4.5	4271	12.67	4.5	16931	6.59	3.6
2401/3	9.68	3.6		(* 9.60)		4272	12.67	4.5		(* 8.63)	
2402	11.64	3.6	4032/2	4.59	4.5	4273	12.67	4.5	16932	5.64	3.6
2403	3.65	3.2		(* 9.60)		4279	2.66	4.5	16933	7.64	3.6
2406	4.68	3.2	Bbl.	7.39	4.5	4279	11.54	3.2	18002	9.68	6
2410/1	1.68	3.6	4033	5.63	4.5	4281	2.66	4.5	18003	9.68	6
2410/2	3.69	3.6	4034	9.54	4.5	4290	12.67	4.5	18123	3.70	1.3
2410/3	11.68	3.6		(* 6.62)		4291/1-3	12.67	4.5	18196	6.70	1.3
2410/4	8.70	3.6	4035	12.68	3.6/	4293	12.67	4.5	18190/3	11.70	4.2
2413	6.66	3.6			4.2/	4294	12.67	4.5	18300	12.58	8
2425	2.40	3.2			4.5	4295	12.67	4.5	18301	12.58	8
Bbl.	10.59	3.2/	4036	5.39	3.6/	4296	12.67	4.5	18302	12.58	8
		3.4			4.2/	4297	12.67	4.5	18303	12.58	8
2429	7.62	3.2			4.5	4298	12.67	4.5	18304	12.58	8
2448	6.66	3.6			4.5	4299	12.67	4.5	18305	12.58	8
2458	6.66	3.6	4037	5.39	3.6/	4323	12.57	1.2	18306	12.58	8
2460	5.66	3.6			4.2/	4324	12.57	1.2	18307	2.61	8
2461	5.66	3.6			4.5	4810	7.60	3.6	18308	2.61	8
2500	8.66	3.6	4038 1	5.63	4.5	4911	12.41	3.6	18309	10.65	8
2501/1	11.70	3.6		(* 9.64)		4918/1	12.52	3.6	18320	12.58	8
2505	10.64	3.6	4038/2	9.58	4.5	4918/2	3.50	3.6	18330	12.58	8
2505/2	7.66	3.6		(* 3.61)			(* 4.54)		18331	12.58	8
2511	6.49	3.6	4039/1	9.58	4.5	4918/3	9.54	3.6	18332	12.58	8
2512	5.66	3.6		(* 1.64)		4918/4	8.54	3.6	18333	12.58	8
2513	5.66	3.6	4039/2	9.58	4.5	4919	12.52	3.6	18334	12.58	8
2532	6.87	3.6		(* 7.63)		4920	2.55	3.6	18335	12.58	8
2533	6.87	3.6	4040	1.57	4.2	4922	10.65	3.6		(* 10.65)	
2543	1.68	3.6		(* 3.59)		4923	11.59	3.6	18336	10.65	8
						4924	6.55	3.6	18337	2.61	8
						4928	5.51	3.6	18338	12.58	8
						4929	5.51	3.6	18339	12.58	8
						4940	2.65	3.6	18350	12.58	8
						5381	7.41	3.2	18352	12.58	8
							(* 4.67)		18353	2.61	8
						5492	11.65	6	18354	2.61	8
						6608/1	7.68	9.1	18355	12.58	8
						6608/2	3.65	9.1	18357	10.65	8
						6608/3	3.63	9.1	18360	10.65	8

(* 12.58) = Norm wurde mit angegebenem Datum geringfügig geändert.

DIN-Nr.	Ausgabe- datum	in Ziffer	DIN-Nr.	Ausgabe- datum	in Ziffer	DIN-Nr.	Ausgabe- datum	in Ziffer	DIN-Nr.	Ausgabe- datum	in Ziffer
18361	12.58	8	19570/3-4	3.66	4.3	19704	12.63	1.3	28527/1-3	12.63	3.6
18363	12.58	8	19590	3.66	4.5	19705	12.63	1.3	28528/1-3	12.63	3.6
18364	2.61	8	19591	3.66	4.5	19710	9.65	7.1	28529/1-3	12.63	3.6
18381	12.58	3.2/ 4.2/ 8	19592	3.66	4.5	19752	3.56	1.2	28530/1-3	12.63	3.6
			19593/1-3	12.67	4.5	19753	3.56	1.2	28532/1-3	12.63	3.6
			19596/1-3	12.67	4.5	19754	3.56	1.2	28534/1-3	12.63	3.6
18382	12.58	4.2/ 8	19597/1-3	12.67	4.5	19800/1-2	1.56	3.6	28535/1-2	12.63	3.6
			19600	5.69	3.3	19801	12.56	3.6	28536	12.63	3.6
			19601	5.69	3.3	19802	11.63	3.6	28537	12.63	3.6
18383	12.58	4.2/ 8	19602	5.69	3.3	19803	11.63	3.6	28538	12.63	3.6
			19603	5.69	3.3	19804	11.63	3.6	28539	12.63	3.6
18384	12.58	4.2/ 8	19604	2.70	3.3	19805	11.63	3.6	28540	12.63	3.6
			19605	4.56	3.3	19806	11.63	3.6	28541	12.63	3.6
18421	2.61	4.2/ 8	19606	12.70	3.3	19807	11.63	3.6	28542	12.63	3.6
			19607	5.69	3.3	19830	3.61	4.5	28543	12.63	3.6
19260	3.61	3.3	19608	5.69	3.3	19831/1	3.61	4.5	28544	12.63	3.6
19500	2.66	4.5	19609	5.69	3.3	19831/2-9	3.61	4.5	28545	12.63	3.6
19501	2.66	4.5	19611	2.70	3.3	19841/1	3.61	4.5	28546	12.63	3.6
19502	2.66	4.5	19612	5.69	3.3	19841/2-6	3.61	4.5	28600	8.68	3.6
19503	2.66	4.5	19613	2.70	3.3	19850/1	1.71	4.5	28604	11.70	3.6
19504	2.66	4.5	19614	2.70	3.3	25401 Bbl.	8.70		28605	11.70	3.6
19505	2.66	4.5	19618	5.69	3.3	28500	10.61	3.6	28606	11.70	3.6
19506	2.66	4.5	19625	12.54	3.6	28501/1	5.62	3.6	28607	11.70	3.6
19507	2.66	4.5	19630	8.70	3.2	28501/2	10.61	3.6	28610	8.68	3.6
19508	2.66	4.5	19640	9.61	3.3	28502/1	4.62	3.6	28614	11.70	3.6
19509 ¹⁻²	2.66	4.5	19641	9.61	3.3	28502/2	10.61	3.6	28622	11.70	3.6
19510	2.66	4.5	19650	11.56	2.4	28502/3	4.62	3.6	28623	11.70	3.6
19520	5.64	4.2	19651	11.68	2.4	28503	4.62	3.6	28624	11.70	3.6
19525	2.57	4.2	19652	6.58	2.4	28504	8.65	3.6	28625	11.70	3.6
19530	10.70	4.5	19653	9.60	2.4	28505	8.65	3.6	28626	11.70	3.6
19531	1.68	4.5	19654	12.68	2.4	28506	11.70	3.6	28627	11.70	3.6
19532	5.66	3.6	19655	11.66	2.4	28507	11.70	3.6	28628	11.70	3.6
19533	5.66	3.6	19656	11.69	2.4	28511	3.62	3.6	28629	11.70	3.6
19540	12.52	4.5	19657	6.65	1.2/ 2.2	28512	3.62	3.6	28630	11.70	3.6
	(* 9.64)					28513	3.62	3.6	28632	11.70	3.6
19551	9.55	4.2	19660	1.59	2.2	28514	3.66	3.6	28634	11.70	3.6
19552	9.55	4.2	19671/1	5.64	2.2	28515	3.66	3.6	28637	11.70	3.6
19553	9.55	4.2	19671/2	11.64	2.2	28516	7.68	3.6	28638	11.70	3.6
19554	10.61	4.2	19672/1-2	4.68	2.2	28521	7.67	3.6	28639	11.70	3.6
19555	2.63	4.2	19680	5.70	2.2	28522 1-3	12.63	3.6	28643	11.70	3.6
19556	10.61	4.2	19681	5.70	2.2	28523	12.63	3.6	28645	11.70	3.6
19557	7.65	4.2	19700/1	12.65	1.2	28524/1-3	12.63	3.6	28648	11.70	3.6
19570 ¹	3.63	4.3	19700/2	6.69	1.2	28525/1-3	12.63	3.6	89280 ²	9.54	5.3
19570 ²	2.69	4.3	19702	10.66	1.3	28526/1-3	12.63	3.6	89283	9.54	5.3

1590**Richtlinien zur Durchführung des Weinwirtschaftsgesetzes vom 25. 6. 1969 (StAnz. S. 1286);**

hier: Änderung

1. Ziff. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Allgemeines

Nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes ist die weinbergsmäßige Neuanpflanzung sowie die Wiederanpflanzung in gerodeten Weinbergen genehmigungspflichtig. Genehmigungsbehörde ist nach Artikel 1 der Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft vom 5. April 1971 (GVBl. I S. 90) das Weinbauamt in Eltville am Rhein.“

2. Ziff. 3 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„3. Anträge

Die Gemeindeverwaltung leitet die Anträge mit ihrer Stellungnahme dem Oberleiter für die Reblausbekämpfung im Lande Hessen beim Weinbauamt Eltville innerhalb von 10 Tagen zu.“

3. Ziff. 4 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„4. Begutachtung

Der Oberleiter für die Reblausbekämpfung im Lande Hessen beim Weinbauamt Eltville beruft den Sachverständigenausschuß nach dem Erlaß des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten vom 20. März

1969 — II A 2 — 83 d — 08 — 2093/69 — (StAnz. S. 749) ein, der über jeden einzelnen Antrag zu beraten hat.“

4. Ziff. 6 erhält folgende Fassung:

„6. Genehmigung

Der Sachverständigenausschuß leitet die Anträge mit seiner Stellungnahme dem Weinbauamt in Eltville zur Entscheidung zu. Erfolgt die Genehmigung unter Auflagen oder wird der Antrag abgelehnt, so ist dieses in dem Bescheid zu begründen. Der Bescheid ist mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.“

5. Ziff. 8 erhält folgende Fassung:

„8. Überwachung

Der Oberleiter für die Reblausbekämpfung im Lande Hessen beim Weinbauamt Eltville überwacht die Einhaltung dieser Richtlinien im Rahmen seiner jährlichen Kontrollbegehungen, die er auf Grund der Reblausgesetzgebung durchzuführen hat.“

Wiesbaden, 26. 10. 1971

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt**
II A 2 — 83 d — 08 — 2453/71
StAnz. 48/1971 S. 1936

1591**Haushaltsplan der Hessischen Tierseuchenkasse — Nachtrags-
haushalt für das Rechnungsjahr 1972**

Der nachstehende Vorstandsbeschuß der Hessischen Tierseuchenkasse vom 8. 9. 1971 wird gemäß § 5 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Viehseuchengesetz in der Fassung vom

10. 1. 1968, zuletzt geändert am 18. 3. 1970 (BGBl. I S. 256), genehmigt.

Wiesbaden, 23. 9. 1971

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt**
VI A 1 - 19 a 28/09

StAnz. 48/1971 S. 1936

*

Auf Grund des § 4 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Viehseuchengesetz in der Fassung vom 10. 1. 1968, zuletzt geändert am 18. 3. 1970 (BGBl. I S. 256), wird zu dem am 4. 11. 1970 beschlossenen Haushaltsplan für das Jahr 1972 (StAnz. S. 2415) der anliegende Nachtragshaushaltsplan*) festgelegt, der die Gesamteinnahmen und die Gesamtausgaben

von	6 960 100 DM
um +	314 400 DM
auf	7 274 500 DM

ändert.

Wiesbaden, 8. 9. 1971

**Der Vorstand
der Hessischen Tiersuchenkasse**

*) hier nicht abgedruckt.

1592

Übernahme der forsttechnischen Leitung und Ausübung des forsttechnischen Betriebes im Stadtwald Biedenkopf durch die Staatsforstverwaltung

Mit Erlaß vom 4. 11. 1971 - III B 2 - 903 032/041 - wurde rückwirkend ab 1. 9. 1971 dem Antrag der Stadt Biedenkopf stattgegeben, die forsttechnische Leitung und die Durchführung des forsttechnischen Betriebes im Stadtwald Biedenkopf dem Hess. Forstamt Biedenkopf zu übertragen. Gleichzeitig wurden die bisher städtischen Revierförstereien Biedenkopf, Ludwigshütte und Schwarzenberg als Hessische Revierförstereien neu eingerichtet.

Wiesbaden, 8. 11. 1971

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt**
III B 2 - 903 O 06

StAnz. 48/1971 S. 1937

1593

Umwandlung von Forstwardteilen in Revierförstereien

Mit Erlaß vom 29. 10. 1971 - III B 2 - 1577 - O 34 - wurden die nachstehend aufgeführten Forstwardteile rückwirkend ab 1. 10. 1971 in Revierförstereien umgewandelt:

- | | |
|----------------------------------|-------------------------------|
| 1. Forstwardteil Hüttenthal | Hess. Forstamt Beerfelden |
| 2. Forstwardteil Eibelshausen | Hess. Forstamt Ewersbach |
| 3. Forstwardteil Langen-Brombach | Hess. Forstamt Michelstadt |
| 4. Forstwardteil Rimhorn | Hess. Forstamt Höchst |
| 5. Forstwardteil Winterkasten | Hess. Forstamt Groß-Bieberau. |

Wiesbaden, 4. 11. 1971

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt**
III B 2 - 1577 - O 06

StAnz. 48/1971 S. 1937

1594

Flurbereinigung Gräfenhausen, Kreis Darmstadt

Flurbereinigungsbeschuß

Auf Grund des § 87 in Verbindung mit § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschuß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Gräfenhausen sowie eines Teiles der Gemarkung Weiterstadt, beide Kreis Darmstadt, wird hiermit angeordnet, um den durch die Verbreiterung der Bundesautobahn A 10 entstehenden Landverlust auf einen größeren Kreis von Eigentümern zu verteilen und um Nachteile für die allgemeine Landeskultur, die durch den Ausbau der Bundesautobahn entstehen, zu vermeiden.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die Grundstücke der Gemarkungen Gräfenhausen und Weiterstadt, soweit sie in der Anlage 1 zu diesem Beschuß aufgeführt sind, festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 1112 ha, worin eine Waldfläche von rd. 272 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht. Anlage 1 und Gebietskarte bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Gräfenhausen“

mit dem Sitz in Gräfenhausen.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Träger der Baumaßnahme ist die Bundesrepublik Deutschland - Bundesstraßenverwaltung -, vertreten durch das Hessische Landesamt für Straßenbau in Wiesbaden.

5. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in Darmstadt, Rheinstraße 29-33, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

6. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

7. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in den Gemeinden Gräfenhausen und Weiterstadt und den Nachbargemeinden Braunshardt, Darmstadt, Erzhausen, Mörfelden, Schneppenhausen und Wixhausen öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschuß mit Begründung, der Gebietskarte und der Anlage 1 zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Gräfenhausen und Weiterstadt und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

8. Gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 21. 1. 1960 - BGBl. I S. 17 - wird im öffentlichen Interesse die sofortige Vollziehung angeordnet.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären. Eingelegte Widersprüche haben gemäß § 80 Abs. 2 der Verwaltungsgerichtsordnung keine aufschiebende Wirkung.

Wiesbaden, 22. 10. 1971

Landeskulturamt Hessen
DF 507 — Gräfenhausen —
Gesch.-Nr.: 21 984/71
StAnz. 48/1971 S. 1937

*

Anlage 1

Zum Flurbereinigerungsverfahren werden folgende Grundstücke zugezogen:

Gemarkung Gräfenhausen

Flur 2, Nrn. 108/1, 110/3, 111, 536—540, 541/1, 542/1, 543—549, 563—568, 569/1, 570/2, 570/3, 571/1—573/1, 574—585, 599—604, 605/1, 606—629, 630/2—630/4, 631, 632/1, 634/2—634/4, 635—645, 646/1—650/1, 651, 652/1—654/1, 655/2, 656—670, 671/1—673/1, 674/2, 675/1, 675/2, 676/1—681/1, 682/2, 683/2, 684/2, 685/1—689/1, 701, 705/2, 707/1, 710/3, 710/4, 711, 712, 714/1, 715, 741/3, 742/5, 743/4, 744/4, 745/5, 746/1, 747/1, 748/1—748/16, 749/1—749/11, 750/1, 751/1, 751/2, 752/2, 752/3, 753, 754/1, 755, 756/2, 757/1, 760, 761/1, 768/3, 769—772, 774, 775/1, 776, 777, 778/1, 779/2, 780/1;

Flur 3, Nrn. 29—42, 47—86, 87/1, 87/2, 88—99, 100/1, 100/2, 101 bis 120, 121/1, 121/2, 122—136, 137/1, 139/1—153/1, 154—226, 227/1, 227/2, 228—235, 236/1, 236/2, 237—248, 249/1, 250/1, 251/1, 252—254, 256, 262—273, 274/1, 275—278, 279/1—279/3, 280/1 bis 280/23, 281—289, 292—296, 297/1, 298, 299;

Flur 4 alle Grundstücke;

Flur 5 alle Grundstücke;

Flur 6 alle Grundstücke;

Flur 7, Nrn. 1—9, 10/1—30/1, 31—37, 38/1—44/1, 46/1, 47/1, 48—58, 59/1, 60/1, 60/2, 61/1, 61/2, 62/3, 62/4, 63/1, 63/2, 64/1, 65/1, 65/2, 66/1, 66/2, 67/1, 67/2, 68/1, 68/2, 69/1, 69/3, 70/1, 71/1, 73/1, 74/1, 76/1—91/1, 92—97, 98/1, 98/2, 99—106, 109/1—109/10, 110—112, 114/1—116/1, 117/1—117/32, 118/1—118/3, 119, 120, 121/1, 122/1—122/23, 123/1, 124, 125/1, 126/1;

Flur 8, Nrn. 1—32, 33/1, 33/2, 34—56, 62—71, 72/1, 72/2, 73—142, 143/1, 143/2, 144—171, 172/1, 172/2, 173—182, 183/1, 184—198, 199/1, 199/2, 200—225, 227/1, 228/1, 229, 230, 231/1, 231/2, 232, 233, 235/1, 235/2, 236, 237/1, 238, 239;

Flur 9 alle Grundstücke;

Flur 10, Nrn. 3/1, 4—44, 46, 47/1, 47/2, 48—70, 80, 81, 82/1, 82/2, 83, 84, 86/2, 86/3, 88, 91—135, 136/1, 136/2, 137—153, 154/1, 155/1, 155/2, 156/1, 157—204, 205/1, 205/2, 206—217, 218/1, 218/2, 219 bis 233, 234/1, 236/3, 237/1, 238—262, 263/1, 264, 265/2, 266—268, 270—276, 277/1, 278—286;

Flur 11 alle Grundstücke;

Flur 12 alle Grundstücke;

Flur 13 alle Grundstücke;

Flur 14 alle Grundstücke;

Flur 15 alle Grundstücke;

Flur 16 alle Grundstücke;

Gemarkung Weiterstadt

Flur 18, Nrn. 1/1, 1/2, 2—12, 13/1, 14/1, 16—18, 19/1, 20—35, 36/1, 37/1, 38, 39, 40/1, 40/2, 41—76, 77/1, 77/2, 78—83, 84/1—98/1, 99—107, 108/1, 108/2, 109—147, 148/2—148/7, 149/1, 150—153, 154/1, 154/2, 155/1, 155/2, 156/1, 156/2, 157/1—157/3, 158/1—158/3, 159/1—159/3, 160/1, 161/1—161/13, 162/1, 162/2, 163/1—163/14, 164—174, 176/1, 177, 178.

1595

Flurbereinigung Oberaula, Kreis Ziegenhain

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Oberaula, Kreis Ziegenhain, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Oberaula mit Ausnahme der in der Anlage 1 — die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet — genannten Grundstücke festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 919 ha, worin eine Waldfläche von rd. 293 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen Farbstreifen (= Gemarkungsgrenze) kenntlich gemacht; das ausgeschlossene Gebiet durch einen orange Farbstreifen.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigerungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Oberaula“
mit dem Sitz in Oberaula.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigerungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in 642 Lauterbach, Adolf-Spieß-Str. 34, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigerungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Oberaula und den Nachbargemeinden Friedigerode, Willingshain, Wahlshausen, Hausen, Olberode, Schwarzenborn öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Oberaula und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstr. 44, als oberer Flurbereiniger

gungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 15. 9. 1971

Landeskulturamt Hessen
KF 307 — Oberaula — 19 706/71
StAnz. 48/1971 S. 1938

*

Anlage 1

Verzeichnis
der Grundstücke, die vom Verfahren Oberaula
ausgeschlossen werden

Flur 8, Nrn. 25, 27/1, 28/1, 28/3, 29/3, 31/1, 32/1, 33, 34/1, 34/2, 35/1, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 56, 57, 58, 59, 60, 61/1, 61/3, 61/4, 62, 63, 64, 65, 66/1, 68, 69, 70, 71/1, 76/1, 77, 78/1, 78/2, 78/3, 78/4, 78/5, 78/6, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113/4, 113/5, 113/6, 113/7, 114/5, 116/1, 116/2, 116/4, 116/5, 116/6, 138/1, 139, 140 tlw., 144, 145, 146 tlw., 147, 148, 149, 150, 151, 152/1, 152/2, 152/3, 154, 178/156, 180/156 tlw., 162, 164 tlw.;

Flur 9, Nrn. 7, 8, 12 tlw.;

Flur 10, Nrn. 1/1, 1/2, 2, 3, 9/2, 47/1, 47/2, 47/3, 47/4, 47/5, 47/6, 47/7, 47/8, 47/9, 48/1, 48/3, 48/4, 48/5, 48/6, 49/2, 49/4, 49/6, 49/7, 88/49, 117/49, 118/49, 90/50, 51, 52/1, 52/3, 52/5, 52/6, 53/1, 53/2, 54, 55, 56, 57, 58, 86/59, 87/60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 80/1, 80/2 tlw., 107/80, 108/80, 110/81, 83, 84.

Flur 15, Nrn. 22/1, 22/2, 22/3, 22/4, 22/5, 22/6, 28/1, 28/2, 28/3, 28/4, 28/5, 28/6, 28/7, 28/8, 28/9, 28/10, 28/11, 28/12, 28/13, 29/1, 29/2, 29/3, 29/4, 29/5, 29/6, 29/7, 29/8, 29/9, 29/10, 29/11, 29/12, 29/13, 30/1, 30/2, 30/3, 31/1, 32/1, 32/2, 32/3, 33, 136/34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47/1, 48/1, 49, 50/1, 50/2, 50/3, 50/4, 51/2, 51/3, 51/4, 110/51, 128/54, 129/54, 55/1, 55/2, 55/3, 55/4, 55/5, 119/55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 123/64, 65/1, 65/2, 67/1, 69, 70, 130/71, 72/4, 72/8, 72/9, 87 tlw., 90 tlw., 93, 94, 95, 96, 97, 98/1, 115/98, 99, 101, 102;

Flur 19, Nrn. 12/2, 184/38, 39, 186/40, 41, 42, 43, 44/1, 45/1, 45/2, 46, 47/1, 47/2, 47/3, 47/5, 47/6, 47/9, 47/10, 259/47, 48/4, 48/5, 48/6, 48/7, 48/9, 48/10, 48/11, 48/12, 48/13, 48/14, 48/17, 48/18, 48/19, 48/20, 48/21, 232/48, 241/48, 242/48, 243/48, 244/48, 248/48, 253/48, 256/48, 262/48, 49/1, 50/1, 170/52, 200/53, 54/1, 54/2, 201/54, 238/54, 55—57, 58/1, 58/2, 59/1, 59/3, 59/4, 60, 61/1, 205/61—208/61, 268/61, 270/271/61, 281/61, 282/61, 62/1, 63/1, 64/1, 65/1, 66, 67, 158/69, 159/69, 275/70, 72, 73, 276/74, 277/74, 278/74, 279/74, 280/74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81/1, 220/81, 83/3, 83/4, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 155/98, 156/98, 157/98, 99, 100, 101, 102, 103, 166/104, 167/104, 105, 106/3, 177/106, 245/106, 246/106, 107/3, 108/3, 108/4, 108/5, 108/6, 109/1, 109/2, 110/1, 112/1, 113/1, 113/2, 114/1, 114/2, 114/3, 114/4, 114/5, 114/6, 114/7, 114/8, 115/1, 115/2, 115/3, 115/5, 115/6, 115/8, 115/9, 115/10, 115/11, 115/13, 115/14, 115/15, 115/16, 115/17, 115/18, 115/19, 115/20, 115/21, 115/22, 115/23, 115/26, 115/27, 115/28, 132, 138, 140, 141, 142, 143, 144, 188/145 tlw., 146/4, 147/1, 148/3 tlw.;

Flur 20, Nrn. 12/1, 41/1, 41/5, 41/6, 41/7, 41/8, 41/9, 42/1, 42/3, 42/4, 42/5, 42/6, 42/7, 42/8, 42/9, 42/10, 42/11, 42/12, 42/13, 42/14, 60/1, 61, 80 tlw., 81, 88/3, 89/15, 89/16, 89/17, 89/23, 102/11, 103/11;

Flur 21, Nrn. 24/1, 24/2, 25, 26, 27, 28/1, 28/3, 28/4, 29, 30, 140/32, 128/33, 129/33, 34, 35, 36, 37/1, 37/2, 37/3, 37/4, 37/5, 37/6, 38/1, 38/2, 39, 40, 42/1, 43, 44, 45, 47/1, 57/1, 57/2, 58, 59/1, 59/2, 60, 61/4, 61/6, 90 tlw., 133/93, 134/93, 94/1, 94/2, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 110 tlw., 122 tlw.

1596

Personalmeldungen

Es sind

**B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten
— Staatskanzlei —**

Staatskanzlei

ausgeschieden nach § 39 Abs. 1 Nr. 4 HBG

Baudirektor Adolf Damm (31. 10. 1971).

Wiesbaden, 12. 11. 1971

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei
I B 2 — 8 a

StAnz. 48/1971 S. 1939

Hessische Bereitschaftspolizei

ernannt:

zum **Polizeioberkommissar** Polizeikommissar (BaL) Heinz-Helmut Horst Lück (27. 8. 1971),

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
die **Polizeikommissare** (BaP) Werner Otto (9. 8. 1971), Karl-Heinz Jeziorek (31. 8. 1971),

Hessische Polizeischule

ernannt:

zum **Oberregierungsrat** Regierungsrat (BaL) Kurt Scher-
nus (19. 8. 1971),

zum **Obergewerberat** Gewerberat (BaL) Werner Pohl (19. 8. 1971),

Hessisches Landeskriminalamt

ernannt:

zum **Kriminaloberkommissar** Polizeikommissar (BaL)
Hans-Hermann Werz (26. 8. 1971),

Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei

ernannt:

zu **Inspektoren** Obersekretär (BaL) Walter Lenz (16. 8. 1971),
Obersekretär (BaP) Peter Hug (17. 8. 1971),

Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Polizeimeister (BaP) Johannes Rotter (19. 8. 1971).

Berichtigung

In StAnz. 1971 S. 1771 unter Regierungspräsident Darmstadt
muß es richtig heißen:

zum **Polizeihauptkommissar** Polizeioberkommissar (BaL)
Wolfgang Wilhelm Rüffer (26. 7. 1971).

Wiesbaden, 8. 11. 1971

Der Hessische Minister des Innern
III B 42 — 8 b 04

StAnz. 48/1971 S. 1939

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Polizeiobererrat** Polizeirat (BaL) Walter Gramatte 31. 8. 1971),

zu **Kriminalbezirkskommissaren** die Kriminalhauptkom-
missare (BaL) Friedrich List, Werner Wolschina (beide
27. 8. 1971),

zu **Kriminalhauptkommissaren** die Kriminaloberkommiss-
sare (BaL) Günter Buhlmann, Günter Drexel (beide 27. 8. 1971),

zu **Polizeioberkommissaren** die Polizeikommissare (BaL)
Heinrich Martin Dierkes, Klaus Friedrich, Wulf Grund-
mann, Dieter Krischka, Gerhard Lange, Peter Lippert,
Klaus Hans Peter Meyer, Hermann Karl Pein (sämtlich
27. 8. 1971),

entlassen:

Polizeihauptkommissar Eberhard Glänzer (11. 8. 1971), ge-
mäß § 39 Abs. 4 HBG,

Regierungspräsident Kassel

ernannt:

zu **Polizeioberkommissaren** die Polizeikommissare (BaL)
Axel Franke, Claus-Dieter Höltermann, Volker Krieger,
Karl-Heinz Thielemann (sämtlich 27. 8. 1971), Rainer
Schaub (31. 8. 1971),

Staatliche Polizei des Regierungsbezirks Darmstadt

ernannt:

zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Karl Aschenbrenner, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (3. 9. 1971), Ludwig Muntermann, Landrat PK Dieburg (23. 9. 1971), Paul Pätzold, Landrat des Kreises Bergstraße PK (15. 9. 1971), Heinrich Heß, PVB Darmstadt (16. 9. 1971), Franz Maul, Landrat PK Alsfeld (14. 9. 1971), Ernst Huhn, Landrat PK Biedenkopf (14. 9. 1971), Rudolf Oeser, Landrat des Untertaunuskreises PK (14. 9. 1971), Karl Schneider, Landrat PK Gelnhausen (14. 9. 1971), Erich Späth, Landrat des Dillkreises PK (14. 9. 1971), Rudolf Wengel, Landrat PK Gießen (14. 9. 1971), Johann Colloseus, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (25. 10. 1971), Georg Bartl, Landrat PK Wetzlar (15. 10. 1971), Karl Heinz Gebauer, Landrat PK Friedberg (19. 10. 1971), Albert Bancner, Landrat PK Friedberg (19. 10. 1971), Erwin Winter, Landrat PK Offenbach (20. 10. 1971), Friedrich Scheuermann, Landrat PK Erbach (15. 10. 1971), Rudi Georg Meder, Landrat PK Erbach (15. 10. 1971), Ernst Karl Grutzek, Landrat PK Offenbach (15. 10. 1971), Leonhard Friedrich, Landrat des Kreises Bergstraße PK (15. 10. 1971), Karl Bartling, PVB Darmstadt (14. 10. 1971), Egon Hammel, PVB Darmstadt (14. 10. 1971), Michael Hartmann, PVB Darmstadt (14. 10. 1971), Konrad Köhler, PVB Darmstadt (13. 10. 1971), Herbert Richter, Landrat PK Friedberg (19. 10. 1971), August Seip, Landrat PK Gießen (14. 10. 1971), Josef Heinz, Landrat des Dillkreises PK (18. 10. 1971), Joseph Himioben, Landrat des Rheingaukreises PK (15. 10. 1971), Werner Friedrich, Landrat PK Friedberg (19. 10. 1971), Hans Engels, Landrat des Untertaunuskreises PK (13. 10. 1971);

zu **Kriminalhauptmeistern** die Kriminalobermeister (BaL) Karl Heinz Braun, StKK Gießen (22. 9. 1971), Manfred Klein, KPB II Wiesbaden (15. 9. 1971), Willibald Langer, StKK Offenbach (22. 9. 1971), Klaus Millmann, StKK Hanau (22. 9. 1971), Willi Pfeifer, StKK Darmstadt (21. 9. 1971), Armin Katzmann, StKK Offenbach (14. 10. 1971);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Ernst Lohert, StKK Hofheim (21. 10. 1971), Hans Joachim Rieger, Landrat PK Friedberg (21. 9. 1971), Richard Schrader, Landrat PK Alsfeld (21. 9. 1971), Dieter Seip, Landrat des Kreises Bergstraße PK (30. 9. 1971), Hans Dieter Stratmann, PVB Butzbach (29. 9. 1971), Heinrich Haß, Landrat PK Hanau (22. 10. 1971), Diethard Sabock, Landrat PK Friedberg (21. 9. 1971), Jürgen Betz, Landrat des Rheingaukreises PK (22. 9. 1971), Hans Jürgen Weibert, Landrat PK Alsfeld (22. 9. 1971), Günter Schlosser, Landrat PK Limburg (21. 9. 1971), Klaus Lähmar, PVB Idstein (30. 9. 1971), Herbert Jacobi, Landrat PK Lauterbach (21. 9. 1971), Harald Halsinger, PVB Darmstadt (24. 9. 1971), Karl-Heinz Hesse, Landrat PK Groß-Gerau (23. 9. 1971), Klaus-Dieter Keil, Landrat PK Groß-Gerau (23. 9. 1971), Karl Peter Siefert, Landrat des Kreises Bergstraße PK (23. 9. 1971), Alfred Buchhold, Landrat PK Hanau (22. 9. 1971), Reiner Imhof, Landrat PK Darmstadt (21. 9. 1971), Helmut Kolbe, Landrat PK Biedenkopf (21. 9. 1971), Herbert Jäkel, PVB Wiesbaden (23. 9. 1971), Klaus Schultheis, PVB Wiesbaden (22. 9. 1971), Karl Ludwig Rupp, Landrat PK Wetzlar (21. 9. 1971), Hans-Jürgen Briegel, Landrat PK Wetzlar (21. 9. 1971), Klaus Poschenrieder, Landrat PK Offenbach (22. 9. 1971), Frank Bormuth, Landrat PK Dieburg (23. 9. 1971), Klaus Dieter Gräf, EdS Darmstadt (15. 10. 1971), Klemens Schmidt, EdS Darmstadt (15. 10. 1971), Ernst Zach, EdS Darmstadt (15. 10. 1971), Gottfried Ludwig Huber, Landrat PK Offenbach (20. 10. 1971), Wolfgang Weiß, PVB Butzbach (16. 10. 1971), Wolfgang Carl, PVB Darmstadt (15. 10. 1971), Friedhelm Becker, Landrat PK Friedberg (18. 10. 1971), Hans Joachim Teschke, Landrat PK Friedberg (18. 10. 1971), Bernd Günster, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (19. 10. 1971), Gerhard Wanka, Landrat PK Offenbach (19. 10. 1971), Gerhard Schretz, Landrat PK Offenbach (21. 10. 1971), Friedhelm Ketrukat, Landrat PK Offenbach (19. 10. 1971), Horst Guthardt, Landrat PK Offenbach (19. 10. 1971), Horst-Detlev Schulz, Landrat PK Offenbach (19. 10. 1971), Günther Müller, Landrat PK Offenbach (20. 10. 1971), Willi Ingolf Ruppert, Landrat des Untertaunuskreises PK (18. 10. 1971), Peter Junker, Landrat des Untertaunuskreises PK (18. 10. 1971), Eduard Zuckrigl, PVB Idstein (25. 10. 1971); die Polizeimeister (BaP) Norbert Bork, StKK Darmstadt (21. 9. 1971), Gerhard Nicklas, Landrat PK Darmstadt (20. 9. 1971), Klaus-Peter Holl, Landrat PK Groß-Gerau (23. 9. 1971), Heinrich Weidenfeller, Landrat des Untertaunuskreises PK (21. 9. 1971), Bernd Rindermann, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (18. 10. 1971),

Norbert Thimm, StKK Groß-Gerau (22. 9. 1971), Wolfgang Kasten, StKK Darmstadt (30. 9. 1971);

zu **Kriminalobermeistern** die Kriminalmeister (BaP) Henning Apcl, StKK Friedberg (25. 9. 1971), Norbert Bork, StKK Darmstadt (21. 9. 1971), Horst Hingott, StKK Wiesbaden (22. 9. 1971), Hans Philipp Jung, StKK Hofheim (23. 9. 1971);

zum **Kriminalobermeister (BaL)** Kriminalmeister (BaP) Rudolf Auchtner, StKK Dillenburg (22. 9. 1971);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachmeister (BaL) Karl-Heinz Schröder, Landrat PK Limburg (12. 10. 1971), Reinhard Reuße, PVB Wiesbaden (12. 10. 1971), Anton Helfrich, Landrat des Kreises Bergstraße (19. 10. 1971);

die Polizeihauptwachmeister (BaP) Norbert Schäfer, EdS Darmstadt (3. 9. 1971), Norbert Büttner, Landrat PK Groß-Gerau (12. 10. 1971), Wolfgang Herrmann, Landrat PK Hanau (28. 10. 1971), Karl Dieter Georg, PVB Wiesbaden (13. 10. 1971), Lutz Weber, Landrat des Main-Taunus-Kreises (13. 10. 1971), Jürgen Sörgel, PVB Wiesbaden (7. 10. 1971), Horst Kroh, Landrat des Untertaunuskreises PK (12. 10. 1971), Ulrich Albert, PVB Darmstadt (27. 10. 1971), Joachim Klingelhöfer, PVB Darmstadt (13. 10. 1971), Horst Ludwig Gräser, Landrat PK Groß-Gerau (12. 10. 1971), Manfred Obst, Landrat PK Groß-Gerau (12. 10. 1971), Manfred Neff, Landrat PK Offenbach (15. 10. 1971), Kurt Wölfelschneider, PVB Darmstadt (8. 10. 1971), Burkard Stoll, PVB Butzbach (13. 10. 1971), Horst Seitel, Landrat PK Offenbach (13. 10. 1971), Rudolf Schäfer, Landrat PK Hanau (14. 10. 1971), Arnold Jockel, Landrat PK Friedberg (12. 10. 1971), Manfred Senkel, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (12. 10. 1971), Hans Hippe, Landrat des Obertaunuskreises PK (9. 10. 1971), Willi Schomber, Landrat PK Friedberg (12. 10. 1971), Manfred Becker, Landrat PK Hanau (13. 10. 1971), Hans Dietrich Sandrock, Landrat PK Groß-Gerau (12. 10. 1971), Harald Thiel, Landrat PK Offenbach (14. 10. 1971), Jürgen Nöckel, StKK Heppenheim (21. 9. 1971);

zu **Polizeimeistern (BaL)** die Polizeihauptwachmeister (BaP) Franz Stadtherr, Landrat PK Friedberg (14. 8. 1971), Hans Jürgen Altmeyer, Landrat PK Dieburg (14. 10. 1971), Gerhard Josef Brehl, Landrat PK Hanau (13. 10. 1971), Heinz Fritsch, Landrat PK Büdingen (13. 10. 1971), Klaus-Dieter Faßbender, PVB Butzbach (11. 10. 1971), Manfred Cron, PVB Idstein (25. 10. 1971), Norbert Trost, Landrat des Dillkreises PK (14. 10. 1971), Kurt Molter, Landrat des Obertaunuskreises PK (7. 10. 1971), Hans Jürgen Kießner, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (14. 10. 1971), Manfred Becker, Landrat PK Friedberg (12. 10. 1971), Ferdinand Blahusch, Landrat PK Friedberg (12. 10. 1971), Wilfried Baier, Landrat PK Dieburg (14. 10. 1971), Gerhard Timm, Landrat des Kreises Bergstraße PK (11. 10. 1971), Karl Schwarz, Landrat PK Darmstadt (7. 10. 1971), Achim Stähler, Landrat PK Erbach (13. 10. 1971), Dieter Klaus Riemann, PVB Wiesbaden (7. 10. 1971), Wolfgang Metz, Landrat PK Friedberg (13. 10. 1971), Gert Burschel, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (14. 10. 1971), Wolfgang Wagner, Landrat PK Wetzlar (14. 10. 1971), Gunter Grüling, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (13. 10. 1971), Peter Rohde, PVB Butzbach (11. 10. 1971), Karl-Heinz Jung, PVB Butzbach (13. 10. 1971), Wolfram Lorenz, PVB Butzbach (13. 10. 1971);

zu **Polizeihauptwachmeistern** die Polizeioberwachmeister (BaP) Bruno Krebs, EdS Darmstadt (1. 10. 1971), Winfried Ries, PVB Butzbach (1. 10. 1971), Willi Werner Bopp, PVB Wiesbaden (1. 10. 1971), Wolfgang Muth, PVB Wiesbaden (1. 10. 1971), Franz Deppert, Landrat PK Darmstadt (1. 10. 1971), Josef Metz, Landrat PK Dieburg (1. 10. 1971), Horst Gruner, Landrat PK Friedberg (1. 10. 1971), Hans-Jürgen Hardt, Landrat PK Friedberg (1. 10. 1971), Rudolf Höll, Landrat PK Friedberg (1. 10. 1971), Heinzjürgen Bücking, Landrat PK Groß-Gerau (1. 10. 1971), Hartmut Fickinger, Landrat PK Groß-Gerau (1. 10. 1971), Reinhardt Denk, Landrat PK Groß-Gerau (1. 10. 1971), Hans-Dieter Waldmann, Landrat PK Hanau (1. 10. 1971), Wolfgang Koch, Landrat PK Hanau (1. 10. 1971), Rolf Burkhardt, Landrat des Kreises Bergstraße PK (1. 10. 1971), Vinzenz Spaniel, Landrat des Kreises Bergstraße PK (1. 10. 1971), Rainer Claas, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (1. 10. 1971), Peter Deppe, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (1. 10. 1971), Walter Veith, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (1. 10. 1971), Ekkehard Karl Bauer, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (1. 10. 1971), Edgar Gerald Kersting, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (1. 10. 1971), Alfred Ernst Fitz, Landrat des Obertaunuskreises PK (1. 10. 1971), Josef

Albrecht Schneider, Landrat des Obertaunuskreises PK (1. 10. 1971), Gerd Blume, Landrat PK Offenbach (1. 10. 1971), Bernhard Klippstein, Landrat PK Offenbach (1. 10. 1971), Karl Michael Rustler, Landrat PK Offenbach (1. 10. 1971), Norbert Knapp, Landrat PK Offenbach (1. 10. 1971), Hartmut Hüttenrauch, Landrat PK Offenbach (1. 10. 1971), Peter Ossig, Landrat PK Offenbach (1. 10. 1971), Hans-Werner Tuchbreiter, Landrat PK Offenbach (1. 10. 1971), Frank Franke, Landrat PK Offenbach (1. 10. 1971), Norbert Lorenz, Landrat des Rheingaukreises PK (1. 10. 1971), Werner Wagner, Landrat des Untertaunuskreises PK (1. 10. 1971), Helmut Brühl, Landrat des Untertaunuskreises PK (1. 10. 1971); die Polizeiwachtmeister (BaP) Hans-Jürgen Gillmann, Landrat PK Biedenkopf (1. 10. 1971), Heinrich Wetzel, Landrat PK Darmstadt (1. 10. 1971), Hans-Peter Walden, Landrat PK Darmstadt (1. 10. 1971), Reinhard Nutsch, Landrat PK Friedberg (1. 10. 1971), Klaus Wacker, Landrat PK Groß-Gerau (1. 10. 1971), Siegfried Grundler, Landrat PK Hanau (1. 10. 1971), Günter Lenz, Landrat des Kreises Bergstraße PK (1. 10. 1971), Gerhard Jockel, Landrat PK Offenbach (1. 10. 1971);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Kriminalobermeister (BaP) Werner Lerch, StKK Gelnhausen (30. 9. 1971),

die Polizeiobermeister (BaP) Wolfram Schulz, StKK Hofheim (21. 10. 1971), Holger Henkel, Landrat PK Limburg (29. 7. 1971), Gerhard Löhr, Landrat PK Usingen (15. 9. 1971), Wilfried Bergholz, Landrat PK Hanau (7. 10. 1971), Bodo von Scheven, Landrat PK Gelnhausen (25. 10. 1971), Norbert Schäfer, EdS Darmstadt (3. 11. 1971),

die Polizeimeister (BaP) Herbert Rossel, PVB Wiesbaden (28. 7. 1971), Ingolf Ruppert, Landrat des Obertaunuskreises PK (3. 8. 1971), Frank Bormuth, Landrat PK Dieburg (5. 8. 1971), Norbert Lauer, Landrat PK Darmstadt (6. 8. 1971), Bernd Quarz, Landrat PK Offenbach (11. 8. 1971), Erich Vater, Landrat PK Darmstadt (9. 8. 1971), Gerhard Deibel, Landrat PK Gießen (18. 8. 1971), Joachim Schäfer, Landrat des Kreises Bergstraße PK (26. 8. 1971), Peter Stangner, Landrat PK Bergstraße (30. 8. 1971), Klaus Börner, Landrat des Rheingaukreises PK (17. 9. 1971), Hermann Bammel, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (9. 9. 1971), Wolfgang Zelder, Landrat PK Offenbach (14. 9. 1971), Peter Rudolf, Landrat PK Alsfeld (14. 9. 1971), Günter Leicher, PVB Wiesbaden (9. 9. 1971), Hans-Werner Hofmann, Landrat PK Hanau (14. 9. 1971), Günther Schott, Landrat PK Dieburg (28. 9. 1971), Robert Fehr, Landrat des Kreises Bergstraße PK (7. 10. 1971), Wilfried Honecker, PVB Wiesbaden (11. 10. 1971), Franz Leichter, Landrat PK Offenbach (15. 10. 1971), Ronald Preibisch, PVB Darmstadt (16. 10. 1971), Hubert Delp, PVB Darmstadt (17. 10. 1971), Norbert Weinbach, PVB Darmstadt (13. 10. 1971), Wilhelm Baumann, Landrat PK Wetzlar (26. 10. 1971), Hans-Jürgen Weber, Landrat PK Wetzlar (22. 10. 1971), Herwig Schön, PVB Idstein (18. 10. 1971), Gerhard Heid, Landrat PK Gelnhausen (25. 10. 1971), Dieter Krauß, Landrat des Obertaunuskreises PK (2. 11. 1971);

in den Ruhestand versetzt:

Polizeimeister Rolf-Dieter Schmidt, Landrat des Dillkreises PK (1. 9. 1971),

Kriminalhauptmeister Josef Weber, StKK Heppenheim (1. 10. 1971),

die Polizeihauptmeister Wilhelm Guckes, Landrat des Untertaunuskreises PK, Johann Röschinger, PVB Darmstadt, Georg Spyth, Landrat PK Friedberg, Willy Flick, PVB Darmstadt, Alfred Manowski, PVB Darmstadt, Heinz Knappe, Landrat PK Friedberg, Wilhelm Hauer, Landrat PK Friedberg, Georg Ewald, Landrat PK Friedberg, Albert Groß, Landrat PK Dieburg, Johann Nanzig, Landrat PK Friedberg, Egon Heimberger, Landrat PK Offenbach, Gottfried Schweda, Landrat PK Offenbach, Alois Schwarz, Landrat des Rheingaukreises PK, Ernst Stuhl, Landrat PK Wetzlar, Otto Grams, Landrat des Kreises Bergstraße PK, Friedrich Ladage, Landrat PK Erbach, Georg Dingeldein, Landrat PK Erbach, Theodor Schmitt, Landrat PK Gießen, Willy Meier, Landrat des Dillkreises PK,

Polizeiobermeister Willibald Päßler, Landrat PK Wetzlar (sämtlich 1. 10. 1971),

Polizeihauptmeister Wilhelm Schmitz, Landrat PK Erbach (1. 11. 1971);

ernannt:

zu Kriminalmeistern Werner Arndt, StKK Offenbach, Kurt Berning, StKK Groß-Gerau, Ewald Gillner, StKK Offen-

bach, Thomas Greuel, StKK Gießen, Norbert Hahner, StKK Groß-Gerau, Reinhard Helm, StKK Heppenheim, Jürgen Hess, StKK Offenbach, Gerhard Heß, StKK Limburg, Helmut Höpfner, StKK Groß-Gerau, Norbert Hunold, StKK Alsfeld, Lothar Klein, StKK Heppenheim, Günter Krattner, StKK Hanau, Hans Kraushaar, StKK Gelnhausen, Ronald Morew, StKK Heppenheim, Norbert Müller, StKK Hanau, Hans-Jürgen Panz, StKK Friedberg, Lothar Pipert, StKK Gießen, Joachim Ratazzi, StKK Hofheim, Peter Rauwolf, StKK Gießen, Detlef Reitz, StKK Alsfeld, Alexander Richter, StKK Groß-Gerau, Ute Schmehl, StKK Dillenburg, Karl-Ulrich Schunk, StKK Hanau, Hans-Josef Schulze, StKK Offenbach, Michael Stark, StKK Darmstadt, Heinz-Dieter Trefflich, StKK Friedberg, Olaf Trzeciak, StKK Limburg, Peter Walter, StKK Offenbach, Manfred Winter, StKK Wiesbaden, Albert Klein, StKK Darmstadt, Heinrich Müller, StKK Gießen, Dietrich Romanski, StKK Wiesbaden (sämtlich 1. 10. 1971);

entlassen:

Polizeiobermeister Karl Mörlner, Landrat PK Friedberg (31. 8. 1971) gemäß § 41 Abs. 1 HBG,

die Polizeimeister Gernot Adolph, Landrat PK Hanau (30. 9. 1971), gemäß § 41 Abs. 1 HBG, Joachim Aufleger, Landrat PK Groß-Gerau (31. 10. 1971), gemäß § 41 Abs. 1 HBG.

Darmstadt, 5. 11. 1971

Der Regierungspräsident
III 26 — 7 | 02

StAnz. 48/1971 S. 1939

Regierungspräsident Kassel

Staatliche Schutzpolizei

ernannt:

zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Erhard Michel, PSt. Homberg (6. 10. 1971), Erich Brink, PK Fulda (6. 10. 1971), Johann Buchta, PK Fulda (6. 10. 1971), Ludwig Gram, PK Fulda (6. 10. 1971), Karl Nöding, PK Hersfeld (4. 10. 1971), Gerhard Hein, KP Kassel (1. 10. 1971), Gottfried Koch, PSt. Baunatal (1. 10. 1971), Friedrich Reitz, PK Marburg (6. 10. 1971), Karl Weigel, PK Marburg (6. 10. 1971), Willy Jäckel, PK Melsungen (7. 10. 1971), Karl Aschenbrenner, PSt. Bebra (7. 10. 1971), Adam Köberich, PSt. Sontra (7. 10. 1971), Heinz Gundlach, PSt. Hess. Lichtenau (6. 10. 1971), Karl Korbi, PSt. Hess. Lichtenau (6. 10. 1971), Werner Wetzestein, PVB Bad Hersfeld (4. 10. 1971), Georg Rüppel, PVB Kassel (1. 10. 1971);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Günter Mühl, PK Eschwege (11. 10. 1971), Rolf Mosebach, PK Eschwege (11. 10. 1971), Dieter Salewski, PK Eschwege (11. 10. 1971), Günter Langendorf, PK Frankenberg (4. 10. 1971), Hartmut Pfeiffer, PSt. Hilders (6. 10. 1971), Erwin Lorey, PSt. Bad Hersfeld (4. 10. 1971), Horst Bösel, PK Hofgeismar (7. 10. 1971), Christoph Leibold, PK Hünfeld (5. 10. 1971), Karl Worbs, PK Hünfeld (5. 10. 1971), Erwin Becker, PSt. Baunatal (1. 10. 1971), Dieter Hermenau, PK Kassel (1. 10. 1971), Hans Koch, PSt. Baunatal (1. 10. 1971), Reinhard Wunder, PK Kassel (1. 10. 1971), Falko Schröder, PK Marburg (6. 10. 1971), Rolf Lambertz, PSt. Bad Wildungen (4. 10. 1971), Heinz Günther Müßig, PSt. Bad Sooden-Allendorf (6. 10. 1971), Günter Gläsel, PK Ziegenhain (5. 10. 1971), Hermann Reinhardt, PVB Kassel (1. 10. 1971);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Hans Kassubek, PK Frankenberg (4. 10. 1971), Wolfgang Rudolph, PSt. Homberg (6. 10. 1971), Horst Witthuhn, PK Kassel (1. 10. 1971), Jürgen Kaschuba, PSt. Kirchhain (6. 10. 1971), Otto Müller, PK Marburg (6. 10. 1971), Manfred Ochs, PSt. Stadt Allendorf (6. 10. 1971), Manfred Schmidt, PK Marburg (6. 10. 1971), Heinz Schnitzmeier, PSt. Kirchhain (6. 10. 1971);

zum **Polizeimeister (BaL)** PHW (BaP) Günther Emde, PK Waldeck (4. 10. 1971);

zu **Polizeimeistern (BaP)** Jürgen Broschek, EdS Kassel, Manfred Burger, EdS Kassel, Lothar Peter Dilk, EdS Kassel, Kurt Adam George, EdS Kassel, Heinz-Jürgen Kannberg, EdS Kassel, Adelbert Kwiatkowski, EdS Kassel, Wilfried Moritz, EdS Kassel, Herbert Gregor Müller, EdS Kassel, Horst Werner Müller, EdS Kassel, Karl Walter Ortman, EdS Kassel, Udo Peter, EdS Kassel, Harald Rauteustrauch, EdS Kassel (sämtlich 1. 10. 1971), Manfred Tilger, EdS Kassel (4. 10. 1971), Heinz Dieter Vaupel, EdS Kassel (15. 10. 1971);

zum **Polizeihauptwachmeister** PW (BaP) Reinhold Brandau, PK Fritzlär (1. 10. 1971);
zum **Polizeihauptwachmeister** (BaP) Johannes Schäfer, PK Ziegenhain (1. 10. 1971);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
PM (BaP) Hardy Pippert, PK Rotenburg (16. 10. 1971);

versetzt:

von der kommunalen Schutzpolizei Frankfurt/M. zum PK Frankenberg PM (BaP) Karl-Heinz Maresch, zum PK Hersfeld PM (BaL) Hans Keller, zum PK Hünfeld PM (BaL) Leopold Sauer, zum PK Melsungen PM (BaL) Rolf Jacob, zum PK Rotenburg PM (BaL) Manfred Schlothane, zum PK Waldeck PM (BaP) Helmut Isenberg, zum PK Ziegenhain PM (BaP) Hans Werner Becker, zur PVB Bad Hersfeld PM (BaP) Harald Becker, zur PVB Bad Hersfeld PM (BaP) Horst Roppel (sämtlich 1. 10. 1971).

Kassel, 9. 11. 1971

Der Regierungspräsident
P/1 — 7 o 16/03 B

StAnz. 48/1971 S. 1941

Hessische Bereitschaftspolizei

ernannt:

zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Gerhard Helmer, Werner Petrasch (beide 20. 8. 1971), Gerhard Dittmann, Hubert Gippert, Roman Goldschald, Ludwig Grabowski, Helmut Kleim, Horst Moos, Peter Siebold, Manfred Weinert (sämtlich 30. 9. 1971), Manfred Becker, Horst Rudi Harras, Hans-Joachim Kemnade, Klaus Eberhard Liewig, Günter Meise, Dieter Schmidt, Walther Sturm, Gerhard Warnecke (sämtlich 28. 10. 1971), Wilfried Bangert, Peter Hedrich, August Hohmeyer, Willi Holl, Kurt Köhler (sämtlich 29. 10. 1971),

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Siegfried Dambon, Karlheinz Dziony, Hans Alfred Hofmann, Peter Simsch, Heinz Spöhr, Dieter August Stennei (sämtlich 30. 9. 1971), Horst Höhl, Wolfgang Rosenkranz (beide 28. 10. 1971), Klaus Anschütz, Siegfried Bayer, Norbert Bohle (sämtlich 29. 10. 1971), die Polizeimeister (BaP) Knut Holl, Heinz Köhne (beide 24. 8. 1971), Bernd Rainer Deis, Joachim Großmann, Karl Wolfgang Jäger, Dieter Neusüß, Karl-Heinz Päser, Stefanus Rehm, Harald Saurbier, Ulrich Speich, Heinrich Waldeck (sämtlich 30. 9. 1971), Michael Gyalosch, Gerd Ernst Hedrich (beide 28. 10. 1971), Joachim Hans Baumgart, Michael Burlon, Rainer Schölzel (sämtlich 29. 10. 1971);

zu **Polizeimeistern** (BaL) Polizeihauptwachmeister (BaP) Frank Steuer (28. 10. 1971);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachmeister (BaL) Heinz Höhl (6. 10. 1971), Horst Müller (7. 10. 1971), die Polizeihauptwachmeister (BaP) Manfred Baus, Reinhard Glotzbach, Erland Kalbhenn, Hans Joachim Knauff, Gerhard Müller, Hans Ostheimer, Dieter Stenzel (sämtlich 6. 10. 1971), Alfons Hoff (8. 10. 1971), Heinrich Josef Salm (14. 10. 1971), Klaus Kolitsch, Norbert Schlüter (beide 28. 10. 1971), Helmut Wabnitz (29. 10. 1971);

zu **Polizeihauptwachmeistern** die Polizeioberwachmeister (BaP) Karl-Heinz Arndt, Helmut Colli, Fritz Rainer Dornsiepen, Hans-Ulrich Engelhardt, Jürgen Herwig, Günter Krug, Theodor Leimbach, Jörg Menzel, Karl Heinz Michel, Axel Rommel, Reinhard Zappe (sämtlich 1. 10. 1971), Wolfgang Zimmermann (4. 10. 1971);

zum **Polizeihauptwachmeister** (BaP) Wolfgang Götz (7. 10. 1971);

zu **Polizeiwachmeistern** (BaP) Rudi Dieter Ackermann, Ottmar Alberding, Walter Albert, Hans Walter Alt, Helgo Altenburg, Hans Georg Alter, Norbert Anders, Günter Erich Andreas, Udo von Angern, Bernd Günter Arnemann, Klaus Arnold, Manfred Aßmann, Axel Ax, Rolf-Dieter Barblan, Lothar Battenfeld, Harald Bauer, Martin Baumgartner, Wilfried Bebandorf, Hermann Martin Becht, Heinrich Philipp Beck, Reinhard Wilhelm Beck, Claus Peter Becker, Jürgen Becker, Michael Becker, Norbert Becker, Friedhelm Bender, Hans-Jürgen Bender, Ottmar Horst Bender, Helmut Benkner, Hartmut Bentler, Roland Josef Biel, Elmar Walter Biesel, Jürgen Biller, Reiner Birkel, Holger Bliedung, Friedrich Block, Gunnar Blonk, Arno Bolz, Joachim Ludwig Bonn, Horst Bonke, Martin Adam Brähler, Ernst-Jürgen Brehm, Klaus Briel, Norbert Brier, Wilfried Bröscher, Erhard Budesheim, Rolf-Günther Horst

Büttner, Heinz Burk, Herbert Cebulla, Jürgen Dachrodt, Franz Kristof Dambietz, Werner Degenhardt, Ewald Delp, Walter Dernbach, Hartmut Ernst Desch, Dieter Herrmann Dewenter, Paul Gerhard Didier, Harald Wilhelm Diels, Rolf Diller, Karl Dillmann, Peter Uwe Dirksen, Rudolf Walter Discher, Werner Döll, Friedrich Doll, Thomas Duchardt, Wolfgang Duda, Peter Dudek, Karl-Heinz Eberhardt, Hans-Dieter Ebert, Olaf Ebert, Manfred Eckweiler, Hans-Helmut Eibel, Dieter Werner Emde, Hans Enders, Heinz-Jürgen Erb, Jürgen Euler, Klaus-Werner Fellersmann, Heinrich Fey, Rolf Peter Filipp, Klaus Wilfried Fink, Klaus Fischer, Harald August Frank, Peter Frank, Hartmut Franz, Rainer Frodermann, Ulrich Frommer, Bernd Fuchs, Werner Gaber, Walter Heinz Gabriel, Michael Galaskiewicz, Joachim Gawlina, Volker Geldsetzer, Karl-Heinz Geiger, Erwin Georg, Christian Wolfgang Gerbig, Volker Gerhold, Gerhard Ernst von Germeten, Helmut Geyer, Volker Jürgen Gierens, Martin Gille, Helmut Göbl, Jürgen Görtel, Hans-Jürgen Goldbach, Peter Gomolez, Hartmut Gottmann, Reinhold Robert Gottstein, Thomas Otmär Gottstein, Gerhard Gröpl, Jürgen Groß, Wilfried Groß, Karlheinz Grün, Volker Grunst, Hans Gerhard Gunnesch, Andreas van Haaren, Bernhard Manfred Hahn, Hansheinrich Hahn, Karl Hahn, Hans-Jürgen Händler, Uwe Hamjediers, Wilfried Hannig, Fritz Karl Happel, Olaf Hartmann, Hans Hartung, Dieter Hassenpflug (geb. am 25. 10. 1953), Dieter Hassenpflug (geb. am 15. 1. 1955), Joachim Erich Heck, Wolfgang Heidenreich, Volker Hellmuth, Joachim Helsen, Heinz Hubert Hellwig, Horst-Dieter Henning, Franz Heinrich Hering, Willi Hertel, Lothar Oswald Heumüller, Volker Helmut Heyser, Gerko Hildmann, Hartmut Hinkel, Walter Hans Hnizdo, Claus Höhmann, Albrecht Heinz Höhn, Hans Hölscher, Klaus Günter Hof, Michael Hoff, Ludwig Johann Hohler, Lothar Willibald Hohmann, Franz Peter Homann, Horst Hoos, Dieter Horch, Helmut Hoyer, Lothar Huber, Horst Humburg, Norbert Hummel, Rainer Ide, Wolfgang Jansen, Manfred Jersch, Hans-Albert Jesse, Thomas Jeworrek, Wilfried John, Reinhold Kantus, Manfred Ludwig Kassimir, Reinhold Katzer, Ernst-Jürgen Kaufmann, Werner Paul Kaweck, Thomas Kegler, Burkhard Keller, Manfred Kemler, Michael Josef Kempf, Werner Kepert, Michael Keppeler, Günter Otto Kessler, Ludwig Albert Kiesel, Stephan Josef Kircher, Karl Josef Kirchgäßner, Peter Kirchsclager, Walter Klanitz, Bernhard Kleemann, Karl-Heinz Klein, Klaus-Günther Klein, Peter Klettke, Johann Martin Klitsch, Dittmar Heinrich Knittel, Burkhard Koch, Norbert Koch, Detlev Köhler, Helmut Köhler, Hubert Köhler, Reinhard Peter Köhler, Bernhard König, Andreas Kötzsche, Hubert Kohl, Hans Helmut Kohlmann, Heinz Henryk Konhäuser, Holger Kotzam, Friedhelm Krämer, Dieter Kraft, Horst Kramer, Heinz Krause, Jürgen Kreißl, Helmut Krenz, Andreas Kretschmer, Karl-Heinz Krieb, Herbert Krostewitz, Erich Kühn, Jürgen Lang, Klaus Lange, Norbert Laux, Werner Lehner, Hubertus Leidner, Reinhardt Leimbach, Günter Leistner, Willi Lentke, Günther Leukel, Peter Ley, Peter Liese, Heinz Michael Lindenau, Horst Lohfink, Rainer Loskand, Siegfried Manoch, Hans-Gerd Matzat, Lothar Meckel, Wolfgang Edmund Meder, Klaus-Peter Meese, Hans-Heinrich Menche, Eberhard Menge, Rudolf Merkel, Claus Meyer, Harald Michel, Wolfgang Michel, Joachim Middecke, Norbert Reinhard Maria Mink, Harald Möller, Peter Möller, Walter Albert Möller, Peter Josef Mörsdorf, Robert Mörsdorf, Harry Mondrach, Klaus Mosebacht, Bernhard Most, Axel Müller, Erich Müller, Hans-Michael Müller, Martin Robert Müller, Michael Karl Munser, Holger Neuenfeld, Peter Neugebauer, Klaus Neumann, Axel Neuroth, Hartmut Nickel, Hans Josef Niebler, Dieter Nikutta, Klaus Nitschke, Norbert Nitzsche, Wilhelm Jakob Nückel, Horst Ommert, Ernst Ulrich Orth, Wilhelm Ortwein, Hubert Ott, Norbert Otto, Dieter Paul, Knut-Olaf Herrmann Petersen, Bernd Klaus Petrich, Hans-Dieter Peusch, Fridolin Pfeiffer, Jürgen Pfeiffer, Klaus-Jürgen Pfeil, Joachim Pohl, Ralf Pohl, Roland Pschierer, Lothar Georg Quehl, Gerold Josef Rauck, Wolfgang Rausch, Harald Friedrich Rechau, Harald Siegfried Rehm, Klaus Reimann, Peter Reinheimer, Wolfgang Reitz, Roland Resatsch, Gebhard Reyer, Heiko Ridder, Dieter Röhrich, Terrence Roß, Michael Roßbach, Johannes Roth, Rolf Roth, Ottmar Rudolph, Eckehard Albert Rücker, Karl Hermann Rühl, Manfred Saltenberger, Ralf Salzmann, Walter Sandmüller, Friedrich Herrmann Schade, Wolfgang Schade, Bernhard Schäfer, Karlheinz Schäfer, Rolf Georg Schaper, Reiner Scharlach, Ludwig Schaumburg, Werner Schauf, Thomas

Scheftschik, Peter Schellhase, Reinhold Scheuer, Peter Friedrich Schlicht, Reinhold Schmerer, Gerd-Hugo Peter Schmidt, Horst Hermann Schmidt, Karl Harald Schmidt, Manfred Schmidt, Reiner Schmidt, Wolfgang Schmidt, Erwin Schmitt, Peter Georg Schmitz, Heiko Schmolt, Hans Schneider, Rüdiger Schneider, Paul Schöppner, Karl-Martin Schröder, Manfred Schrön, Wilfried Schüttler, Klaus Schuler, Matthias Schuller, Dieter Schulz, Mathias Maria Schwab, Frank Schwarz, Karl-Heinz Schwenk, Manfred Sender, Herbert Seyfarth, Eckhard Siebert, Hans Peter Siemund, Peter Silberhorn, Heinz Jürgen Sittig, Ekkehard Sponsel, Aribert Spristersbach, Hans-Jürgen Städtler, Ronald Stein, Georg Heinrich Steinbrecher, Michael Steiner, Hans-Rainer Strätz, Dieter Streuer, Dietrich Stucke, Rüdiger Stuckenschmidt, Gerd Thielmann, Horst Tiede, Christian Karl Tkotz, Roland Träger, Helmut Traub, Jürgen Trautmann, Georg Hartmut Treibert, Norbert Treppe, Detlef Trillken, Franz Trittner, Jörg Uloth, Michael Usener, Karl-Heinz Uthof, Armin Visovsky, Michael Vogt, Bernd Wagner, Heinrich Wagner, Wolfgang Wagner, Peter Waldschmidt, Gerhard Wallat, Bernd Waltenberger, Klaus-Jürgen Wartha, Helmut Weber, Udo Weber, Georg Weide, Reiner Joachim Weiffenbach, Peter Fritz Weiß, Peter Gerhard Weiß, Bertram Weitzel, Gerd Karl Wellpott, Joachim Wenz, Norbert Werner, Robert Werther, Reinhold Weiß, Rolf Widtmann, Wolfgang Wiegand, Hans Wien, Willi Wilke, Hans-Peter Willhardt, Jürgen Winter, Hartmut Lothar Wittke, Gerhard Wittig, Berndt Wolf, Wolfgang Wolf, Reinhardt Wuszt, Michael Zahn, Heinrich Zilch, Reinhard Dieter Zimmermann, Edgar Zschau (sämtlich 1. 10. 1971);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Polizeiobermeister (BaP) Wilfried Eckl (20. 8. 1971), Udo Mertner (4. 9. 1971), Norbert Herrmann (9. 9. 1971), Heinz Jochen Gerstemeier (15. 9. 1971), Dieter Mönninger (18. 9. 1971), Manfred Ollik (23. 9. 1971), Gerhard Lang (4. 10. 1971), Rainer Deis, Otto Schmidt (beide 15. 10. 1971),

die Polizeimeister (BaP) Karl Ulrich Schlaudraff (9. 8. 1971), Hans Udo Carle (24. 8. 1971), Jörg Hartebrodt (15. 9. 1971), Horst Dieter Weissenborn (15. 10. 1971),

Polizeihauptwachmeister (BaP) Karl Heinz Michel (29. 10. 1971);

in den Ruhestand versetzt:

die Polizeihauptmeister (BaL) Johannes Baranek, Robert Lug (beide 30. 9. 1971);

entlassen von Amts wegen:

die Polizeiwachmeister (BaP) Richard Norbert Kalko (30. 6. 1971), Karlheinz Schmude, Franz-Friedrich Schubert (beide 31. 8. 1971);

entlassen gemäß § 41 Abs. 1 HBG:

Polizeiobermeister (BaL) Ewald Scheich (31. 8. 1971),

die Polizeioberwachmeister (BaP) Gerhard Strobl, Richard Vietze (beide 30. 9. 1971), Johann Franz Dittrich (1. 10. 1971),

die Polizeiwachmeister (BaP) Frank Müller (28. 2. 1971), Joachim Becker (15. 3. 1971), Jochen Engel (1. 4. 1971),

Jürgen Engel (16. 4. 1971), Hartmut Glombek, Dieter Trauband (beide 30. 6. 1971), Dieter Rolf Potocnik (31. 7. 1971),

Peter Johann Kolusch, Uwe Günter Meyer (beide 15. 8. 1971), Peter Wagner (24. 8. 1971), Burkhard Joachim Gebauer, Rudolf Rainer Gotthardt, Albrecht Graefen, Lothar Josef Hirsch, Edwin Immel, Heinrich Wilhelm Kniese,

Hans-Jürgen Kunz, Wolfgang Müller, Peter Schlinkert, Walter Seibel (sämtlich 31. 8. 1971), Bernd Hahn, Achim Landau, Volker Mihr (sämtlich 15. 9. 1971), Josef Büttner,

Wolfgang Georg Dutline, Axel Krauß, Michael Georg Lischka, Helmut Oventrop, Hans Jürgen Petri, Manfred Friedrich Rehm, Reiner Christel Rode, Karl-Heinz Schmidt,

Paul Josef Schuh, Dietmar Stamm (sämtlich 30. 9. 1971), Heinz Burk (11. 10. 1971), Harald Helmut Fischer, Helmut Göbl, Manfred Hock, Hans-Joachim Kernicke (sämtlich 15. 10. 1971), Günther Werner Dittrich, Heinz Hubert Hellwig, Uwe Senne (sämtlich 31. 10. 1971).

Wiesbaden, 5. 11. 1971

Direktion der
Hessischen Bereitschaftspolizei
P — 7 1

StAnz. 48/1971 S. 1942

D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen

b) Steuerverwaltung

ernannt:

zu **Oberregierungsräten** die Regierungsräte (BaL) Peter Kleinsteuber, FA Frankfurt/M., Taunustor (18. 10. 1971), Peter Schaad, FA Eschwege (29. 10. 1971);

zu **Regierungsräten (BaL)** die Regierungsassessoren (BaP) Werner Knöß, FA Darmstadt (20. 9. 1971), Dr. Heinrich Saure, FA Offenbach-Stadt (18. 10. 1971);

zum **Regierungsrat Obersteuerrat (BaL)** Norbert Herrmann, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (13. 10. 1971);

zu **Regierungsassessoren (BaP)** die Assessoren Klaus Rodemer, FA Kassel, Goethestraße (25. 10. 1971), Joachim Zimmer, FA Kassel, Spohrstraße (1. 10. 1971);

zu **Steuerräten** die Steueramtswärter (BaL) Erwin Fuhlroth, FA Groß-Gerau (29. 10. 1971), Heinz Geider, FA Frankfurt/M.-Höchst (25. 10. 1971), Martin Oehmichen, FA Darmstadt (21. 9. 1971);

zu **Steueramtswärtern** die Steueroberinspektoren (BaL) Hans-Günther Altenkirch, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (22. 10. 1971), Ewald Berger, FA Marburg (30. 9. 1971), Horst Braun, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (22. 10. 1971), Walter Gehbauer, FA Bensheim (29. 10. 1971), Wolfgang Günzel, FA Hanau (14. 10. 1971), Franz Honemann, FA Frankfurt/M., Börse (29. 10. 1971), Heinrich Kabey, FA Darmstadt (14. 9. 1971), Helmut Köhler, FA Melsungen (22. 10. 1971), Wolfgang Krüger, FA Offenbach-Stadt (15. 10. 1971), Hans-Joachim Müller, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (22. 10. 1971), Wolfram Otto, FA Frankfurt/M., Börse (29. 9. 1971), Erich Ploch, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (30. 9. 1971), Helmut Seidel, FA Gießen (29. 9. 1971), Gerhard Simon, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (30. 9. 1971);

zu **Steueroberinspektoren** die Steuerinspektoren (BaL) Eiko Bilgmann, FA Frankfurt/M., Börse (23. 9. 1971), Jürgen Grebe, FA Bad Homburg (24. 9. 1971), Frank Holz, FA Frankfurt/M., Börse (23. 9. 1971), Reinhard Klose, FA Frankfurt/M., Börse (23. 9. 1971), Bernd Mangold, FA Homberg (30. 9. 1971), Heinz-Walter Otto, FA Gießen (24. 9. 1971), Alfred Ruppel, FA Offenbach-Stadt (24. 9. 1971), Karla Schrader, FA Gießen (24. 9. 1971), Margret Thomas, FA Bad Homburg (24. 9. 1971);

zu **Steueroberinspektoren** die Steuerinspektoren (BaL) Peter Albert, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (23. 9. 1971), Erich Döring, FA Frankfurt/M.-Höchst (26. 9. 1971), Birge Langer, FA Bensheim (24. 9. 1971), Volker Langer, FA Bensheim (24. 9. 1971), André Leonhardt, FA Frankfurt/M.-Höchst (23. 9. 1971), Hans Schmidt, FA Fulda (24. 9. 1971), Ingrid Venth, FA Groß-Gerau (27. 9. 1971);

zur **Steuerinspektorin z. A. (BaP)** Verwaltungsgangestellte Liesel Binzer, FA Offenbach-Stadt (23. 8. 1971);

zum **Amtsinspektor** Steuerhauptsekretär (BaL) Heinrich Kessler, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (23. 9. 1971);

zu **Steuerhauptsekretären** die Steuerobersekretäre (BaL) Helmut Haenicke, FA Korbach (1. 10. 1971), Berthold König, FA Weilburg (24. 9. 1971), Heinz Lachnit, FA Offenbach-Land (24. 9. 1971), Edwin Morgenstern, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (23. 9. 1971);

zur **Steuerhauptsekretärin (BaL)** Steuerobersekretärin (BaP) Gerda von der Osten, FA Darmstadt (30. 9. 1971);

zu **Steuerobersekretären** die Steuersekretäre (BaL) Willi Bernhardt, FA Biedenkopf (26. 8. 1971), Berthold Dörr, FA Bad Homburg (25. 9. 1971), Friedrich Hanrath, FA Wetzlar (26. 8. 1971), Erhard Henrich, FA Wetzlar (26. 8. 1971), Martin Kroh, FA Weilburg (26. 8. 1971), Reinhold Wöll, FA Homberg (26. 8. 1971), Horst Zenser, FA Frankfurt/Main, Stiftstraße (25. 8. 1971);

zu **Steuerobersekretären** die Steuersekretäre (BaP) Ursula Alles, FA Bad Hersfeld (24. 9. 1971), Herbert Bangert, FA Bad Homburg (27. 8. 1971), Arnd Bechthold, FA Friedberg (26. 8. 1971), Irmgard Braun, FA Hanau (24. 9. 1971), Regina Brechtel, FA Darmstadt (24. 9. 1971), Jörg Eisenstecken, FA Groß-Gerau (26. 8. 1971), Heinz-Günther Führer, FA Frankfurt/M., Taunustor (25. 8. 1971), Karl-Ernst Greb, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (25. 8. 1971), Eleonore Groos, FA Dillenburg (5. 10. 1971), Paul Hahn, FA Frankfurt/M.-Höchst (25. 8. 1971), Peter Keller, FA Offenbach-Land (30. 8. 1971), Eberhard Niebch, FA Wetzlar (24. 9. 1971), Gerlinde Post, FA Fulda (24. 9. 1971), Renate Rauschenberg, FA Bad Homburg (27. 8. 1971), Dieter Reis, FA Dieburg (26. 8. 1971), Werner Skriwan, FA Frankfurt/M.-

Höchst (25. 8. 1971), Horst Staufenberg, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (25. 8. 1971), Egon Vonhof, FA Nidda (26. 8. 1971), Helga Zech, FA Darmstadt (24. 9. 1971);

zu **Steuersekretären zur Anstellung (BaP)** die Finanzanwärter (BaW) Friedel Bender, FA Gießen (6. 10. 1971), Siegfried Haase, FA Kassel, Goethestraße (27. 7. 1971), Gerd Hinner, FA Frankfurt/M., Taunustor (26. 7. 1971), Werner Koch, FA Frankfurt/M., Taunustor (28. 9. 1971), Hans-Siebert Ohnesorge, FA Darmstadt (28. 9. 1971), Peter Ondracek, FA Kassel, Goethestraße (26. 7. 1971), Erwin Pachel, FA Gießen (28. 9. 1971), Editha Rymarzik, FA Kassel, Goethestraße (15. 10. 1971), Rüdiger Tietz, FA Kassel, Goethestraße (28. 7. 1971);

zu **Oberamtsmeistern** die Amtsmeister (BaL) Walter Achilles, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (27. 7. 1971), Edith Beckert, FA Frankfurt/M., Börse (17. 9. 1971), Ludwig Frank, FA Darmstadt (20. 9. 1971), Hans Litzebauer, FA Bad Hersfeld (20. 9. 1971), Jakob Schwarm, FA Kassel, Goethestraße (20. 9. 1971);

zum **Hauptamtsgehilfen z. A. (BaP)** Verwaltungsarbeiter Franz Lorenz, FA Dieburg (13. 10. 1971),

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: die Steueroberinspektoren Holger Günther, FA Marburg (26. 10. 1971), Hans-Werner Knauf, FA Bensheim (1. 11. 1971), André Leonhardt, FA Frankfurt/M.-Höchst (4. 10. 1971), Evamaria Müller, FA Hanau (29. 9. 1971), Ute Wiemer, FA Marburg (26. 10. 1971).

die Steuerinspektoren Berthold Krick, FA Fulda (15. 9. 1971), Horst Reichel, FA Bad Schwalbach (6. 10. 1971), Manfred Zeidler, FA Eschwege (7. 10. 1971),

die Steuerobersekretäre Heinz-Günther Führer, FA Frankfurt/M., Taunustor (1. 9. 1971), Gerhard Ploch, FA Melsungen (6. 9. 1971).

Steuersekretär Guido Geyer, FA Gelnhausen (14. 10. 1971);

versetzt

vom FA Firmasens Steuerinspektorin z. A. Angelika Hartmann, FA Darmstadt (1. 11. 1971), vom FA Flensburg Steuersekretärin Margot Jokeit, FA Wetzlar (20. 10. 1971), vom FA Koblenz Steuerinspektorin z. A. Gisela Ulrich, FA Langen (1. 11. 1971).

an die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung Steuerinspektor Hartmut Scheide, FA Frankfurt/M., Börse (1. 10. 1971), die Steuerinspektoren z. A. Gerhard Diring, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (20. 9. 1971), Reinhold Eckhardt, FA Frankfurt/M., Taunustor (1. 11. 1971), Alfred Günther, FA Frankfurt/M., Taunustor (20. 9. 1971), Rainer Jung, FA Frankfurt/M., Börse (1. 10. 1971), Werner Odrosek, FA Frankfurt/Main-Höchst (20. 9. 1971), Ewald Riemann, FA Frankfurt/M., Taunustor (20. 9. 1971), Wolfram Rotter, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (20. 9. 1971), Steuerhauptsekretär Ralf Kießling, FA Offenbach-Stadt (20. 9. 1971),

an den Bundesrechnungshof Frankfurt/Main Steueroberinspektor Günther Gerlach, FA Gelnhausen (1. 10. 1971), an das Finanzamt Oldesloe Steuerinspektor z. A. Winfried Otto, FA Groß-Gerau (1. 10. 1971),

an das Finanzamt Siegen Steuerhauptsekretär Gerhard Werner, FA Offenbach-Stadt (15. 8. 1971), an das Finanzamt Überlingen Finanzanwältin Doris Wöber, FA Frankfurt/M., Taunustor (1. 10. 1971);

in den **Ruhestand** getreten:

Steueroberinspektor Dr. Karl Bartsch, FA Dieburg (1. 11. 1971), die Steuerobersekretäre Adam Braunroth, FA Bad Hersfeld (1. 11. 1971), Erich Lucas, FA Offenbach-Stadt (30. 9. 1971);

in den **Ruhestand** versetzt:

Obersteuerrat Friedrich Viering, FA Kassel, Goethestraße (1. 10. 1971), gemäß § 51 Absatz 3 HBG;

entlassen:

die Steuerinspektoren z. A. Rudolf Gehbauer, FA Frankfurt/M., Taunustor (15. 10. 1971), gemäß § 41 HBG, Ursula Jäger, FA Frankfurt/M., Taunustor (30. 9. 1971), gemäß § 41 HBG, die Finanzanwärter Alfred Feußner, FA Gießen (20. 9. 1971), gemäß § 41 HBG, Dieter Heitmann, FA Kassel, Goethestraße (21. 9. 1971), gemäß § 41 HBG, Hans-Dieter Heuser, FA Kassel, Goethestraße (27. 9. 1971), gemäß § 41 HBG, Dieter Jung, FA Gießen (15. 9. 1971), gemäß § 41 HBG, Hermann Krauß, FA Fulda (30. 9. 1971), gemäß § 41 HBG, Finanzanwältin Renate Mühlke, FA Fulda (7. 9. 1971), gemäß § 41 HBG, Finanzanwärter Manfred Pape, FA Kassel, Goethestraße (29. 9. 1971), gemäß § 41 HBG, Finanzanwärter Oswald Pilz, FA Darmstadt (16. 10. 1971), gemäß § 41 HBG, Finanzanwältin Cornelia Rebscher, FA Kassel, Goethestraße (30. 9. 1971), gemäß § 41 HBG, Finanzanwältin Karola Umbach, FA Kassel, Goethestraße (14. 10. 1971), gemäß § 41 HBG, Finanzanwärter Heinz Zirkel, FA Fulda (17. 10. 1971), gemäß § 41 HBG, Steueranwältin Marion Ellmayer, FA Frankfurt/Main, Taunustor (30. 9. 1971), gemäß § 42 Abs. 1 Ziff. 2 HBG.

verstorben:

die Steueroberinspektoren Josef Kleibl, FA Frankfurt M., Börse (25. 10. 1971), Heinz Köhler, FA Gießen (27. 9. 1971), Steuerhauptsekretär Sepp Skala, FA Bad Hersfeld (30. 9. 1971).

Frankfurt M., 9. 11. 1971

Oberfinanzdirektion
P 1400 A — 50 — St I 72

StAnz. 48/1971 S. 1943

E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz

in den **Ruhestand** versetzt (auf eigenen Antrag gemäß § 51 Abs. 3 HBG)

Richter als Präsident eines Verwaltungsgerichts Dr. Franz Schulenburg in Wiesbaden (1. 11. 1971).

Wiesbaden, 8. 11. 1971

Der Hessische Minister der Justiz
Ip Sch 952

StAnz. 48/1971 S. 1944

1597 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Auflösung des Krankenversicherungsvereins der Betriebsangehörigen der Ernst Leitz GmbH, Wetzlar

Der Krankenversicherungsverein der Betriebsangehörigen der Ernst Leitz GmbH, Wetzlar, hat durch seine Mitgliederversammlung am 30. 6. 1971 die Auflösung und Übertragung des gesamten Versicherungsbestandes auf die Pensionskasse der Ernst Leitz GmbH, Wetzlar, mit Wirkung vom 31. 12. 1971 beschlossen.

Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 10. 11. 1971

Der Regierungspräsident
III 6 — 39 f — 16/01

StAnz. 48/1971 S. 1944

1598

Wohnplatzverzeichnis

Auf Antrag der Stadt Bürstadt, Landkreis Bergstraße, wird der in der Gemarkung Bürstadt gelegene Wohnplatz „Gärtner-siedlung“ gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

Darmstadt, 12. 11. 1971

Der Regierungspräsident
II 1 a — 3 k 02 05 (2) — 2

StAnz. 48/1971 S. 1944

1599

Bekanntmachung über ein Vorhaben der Firma Degussa in Wolfgang

Die Firma Degussa in Wolfgang b. Hanau hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtl. Genehmigung zur Herstellung von Ramey-Nickel auf ihrem Grundstück in Wolfgang, Flur 1, Flurstück 95/3, Grundbuch Gemarkung Wolfgang, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 25 Abs. 1 der Gewerbeordnung (GewO) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der VO über die Zuständigkeit nach den §§ 16, 25 GewO vom 20. 9. 1960 (GVBl. S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Gemäß § 17 Abs. (2) GewO wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von vierzehn Tagen nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen. Nach Ablauf der Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310a, zur Einsicht offen.

Darmstadt, 12. 11. 1971

Der Regierungspräsident

IV/5 53 e 201 — DGW — (25)

StAnz. 48/1971 S. 1945

Buchbesprechungen

Vorbeugender Brandschutz — VFDB — Herausgeber: Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (VFDB) e. V., Bonn. Bearbeiter: Dipl.-Chem. Kurt Möbius, Wiesbaden, Humboldtstr. 12. Loseblatt-Sammlung, Grundwerk: 3 Bände, 1.—5. Lieferung, 1700 S., 196,— DM. Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen, Wiesbaden.

Die VFDB hat durch die Herausgabe der Loseblatt-Sammlung „Vorbeugender Brandschutz“ eine schmerzlich empfundene Lücke geschlossen, da bisher eine zusammenfassende Darstellung der auf diesem Gebiet geltenden Verordnungen, Richtlinien und Normen fehlte. Der mit dieser Materie Befasste war bisher gezwungen, zahlreiche Fundstellen heranzuziehen, um die gesetzlichen Grundlagen, z. B. zur Beurteilung eines Bauvorhabens, nachlesen zu können.

Die drei vorliegenden Bände geben einen umfassenden Überblick über die Vorschriften des vorbeugenden Brandschutzes. Sie enthalten u. a. Verordnungen zur Verhütung von Bränden, Gesetze und Verordnungen des Schornsteinfegerwesens, sicherheitstechnische Bestimmungen für landwirtschaftliche Betriebe (Lagerung von Ernteezeugnissen, Trocknungsanlagen), elektrische Anlagen, Vorschriften bzw. Richtlinien über Feuerlöschanlagen und Normen für die Lagerung von Mineralölprodukten und über feuerhemmende und feuerbeständige Stahltüren.

Der mit dem Baugeschehen Verbundene wird besonders die bautechnischen Bestimmungen begrüßen, welche nicht nur das Bundesbaugesetz, die Baunutzungsverordnung und Musterbauordnung, sondern auch die Güteüberwachung, das Zulassungs- und Prüfzeichenwesen und die DIN 4102 umfassen. Die im Rahmen der DIN 4102 ergangenen Zulassungen und Prüfbescheide bzw. eine Übersicht über die Erzeugnisse mit einem Prüfbescheid sind aufgeführt, so daß in jedem Einzelfall die Zulässigkeit des vorgesehenen Baustoffes nachgeprüft werden kann. Die gesetzlichen Vorschriften für Bauten besonderer Art, z. B. die Geschäftshausverordnung, für Feuerungsanlagen und Feuerstätten vervollständigen diesen Abschnitt.

Einen sehr breiten Raum nehmen die sicherheitstechnischen Bestimmungen ein — sie umfassen Band II und einen Teil von Band III —, auf die jeder mit dem vorbeugenden Brandschutz Befasste immer wieder zurückgreifen muß. So sind die Vorschriften bzw. Richtlinien über pyrotechnische Gegenstände, Zellhorn, Filme, über die Lagerung und Herstellung von PVC, Polystyrol, Polyurethan, die Verordnung über brennbare Flüssigkeiten, die Heizölbehälterrichtlinien, die Druckgasverordnung und die Azetylenverordnung enthalten.

Diese Übersicht zeigt die Bedeutung des vorliegenden Werkes für alle mit dem vorbeugenden Brandschutz befaßten Personen, seien sie nun in Baugenehmigungsbehörden, bei mit dem Brandschutz beauftragten Architekten, Bauingenieure, Brandverhütungsgenieure in Betrieben tätig. Es ist zu wünschen, daß dieses Nachschlagewerk rege Verbreitung findet und vom Verfasser immer auf dem neuesten Stand gehalten wird.

Bundes-Angestelltentarifvertrag. Sammlung des Tarifrechts der Angestellten im öffentlichen Dienst, Textausgabe mit Anmerkungen und Sachverzeichnis, herausgegeben von Robert Dittmeier, Oberregierungsrat bei der Bayer. Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen, und Dr. Siegfried Zängl, Oberrechtsrat bei der Stadt Ingolstadt. 5. Ergänzungslieferung zur 1. Auflage, Stand 1. Januar 1971, 468 S., 18,50 DM. Verlag C. H. Beck, München.

Die 5. Ergänzungslieferung bringt die bekannte und bewährte Sammlung auf den Stand vom 1. Januar 1971. Umfangreiche Änderungen und Ergänzungen wurden durch die Änderungstarifverträge vom 21. 4., 11. 8. und 24. 9. 1970, insbesondere den Änderungstarifvertrag vom 27. 7. 1970 eingeführt, in dem das bisherige Vergütungssystem für den Bereich des Bundes und den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder wesentlich geändert wurde. Abgedruckt sind ferner die Vergütungstarifverträge vom 17. 12. 1970 und die im Zusammenhang mit ihnen durchgeführten Änderungen sowie die Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte und Auszubildende vom 17. 12. 1970.

Die umfangreichsten Änderungen und Ergänzungen betreffen die Anlage 1a zum BAT. Hier sind die Tätigkeitsmerkmale für folgende Angestellengruppen zu nennen: Angestellte im Fremdsprachendienst, Angestellte des militärischen Flugsicherungsdienstes, Angestellte im Wachdienst im Bereich des Bundesministers der Verteidigung und an der Hundeschule der Bundeswehr, Angestellte im nachrichtentechnischen Dienst der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, Angestellte an speicherprogrammierten Informationsverarbeitungsanlagen, Errechner von Vergütungen und Löhnen, Angestellte im Sozial- und Erziehungsdienst und verschiedene andere Angestellte in Tätigkeiten des Bundes.

Wieder sind zwischenzeitlich neue Tarifverträge in Kraft getreten, die keine Berücksichtigung finden konnten. Bis zum Abdruck in der Sammlung müssen die neuen Tätigkeitsmerkmale für medizinische Hilfsberufe und medizinisch-technische Berufe der Veröffentlichung des entsprechenden Tarifvertrages in StAnz. 1971 S. 1576 ff. entnommen werden.

Richter Dr. Sario

Grundzüge des Parlamentsrechts. Von Dr. Norbert Achterberg, Privatdozent an der Universität Marburg. 1971. 87 S. 8°. Kart. 12,80 DM. Verlag C. H. Beck, München.

Die Broschüre von Achterberg gibt in kurzgefaßter Darstellung einen Überblick über Organisation und Aufgaben der Parlamente in der Bundesrepublik. Wie der Verfasser im Vorwort betont, will er mit seiner Arbeit nicht jede einzelne Rechtsfrage des Parlamentsrechts behandeln und durchdringen, sondern lediglich Grundzüge darstellen. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß die Schrift von Achterberg in erster Linie im Rahmen des Universitätsunterrichts Verwendung finden kann. Aber auch derjenige, der sich in Kürze einen Überblick über das Parlamentsrecht verschaffen will, wird die Schrift mit Nutzen zur Hand nehmen. Dabei leistet ihm ein im Verhältnis zur Kürze der Schrift verhältnismäßig breites Sachverzeichnis hilfreiche Dienste. Nach einer kurzen Einführung, in der Geschichte, Rechtsquellen und Schrifttum gestreift werden, werden die Organe des Parlaments dargestellt. In diesem Zusammenhang werden Präsident, Präsidium, Ältestenrat, Schriftführer, Sitzungsvorstand, Ausschüsse und anderes behandelt. Hieran schließen sich Ausführungen über die Rechtsstellung der Abgeordneten und der Fraktionen an. Kritische Fragen wie die der Altersversorgung der Abgeordneten werden allerdings nur am Rande erwähnt. Unter der Überschrift „Funktionsrecht des Parlaments“ behandelt der Verfasser die Rechtssetzungs-, Kontroll- und Kreativfunktion der Parlamente. Bei der letzteren wird auch auf die Mitwirkung bei der Bildung supranationaler und internationaler Organe eingegangen. Ein Anhang mit einer Darstellung über den Gemeinsamen Ausschuß beschließt die Schrift von Achterberg.

Regierungsdirektor Dr. Rolf Groß

Bundessozialhilfegesetz. Textausgabe mit einer erläuternden Einführung, den Durchführungsverordnungen und der Fürsorgerechtsvereinbarung. Von Mergler. 9. Auflage 1971, 152 S. 7,— DM. Deutscher Gemeindeverlag/Verlag W. Kohlhammer, Köln.

Das Tempo der Gesetzgebung im Bereich der Sozialhilfe macht die Textausgaben, die auch die Durchführungsverordnungen enthalten, zu rechten Eintagsfliegen. Aber auch, wenn dem so ist, sollte dies kein Grund für den Verlag sein, von den bewährten Glanzkartonumschlägen zu einem saugfähigen Einbandmaterial überzugehen. Textausgaben, die den neuesten Stand widerspiegeln, sind ein unerlässliches Handwerkszeug. Mit der 9. Auflage des Bundessozialhilfegesetzes wird diesem Bedürfnis Rechnung getragen. Die Einführung gibt außer der Darstellung der allgemeinen Grundsätze der Sozialhilfe im wesentlichen Erklärungen zu den Änderungen des Gesetzes auf Grund der 2. Novelle zum BSHG. Wie schnell die Entwicklung voranschreitet, erhellt am besten aus einem Blick auf die Blindenhilfe: Die hierzu in der Einleitung angegebenen Beträge von 240 DM zu 275 DM geben die Änderung von 1968 zu 1969 wieder; die Blindenhilfe beträgt zur Zeit 337 DM.

Den Beweis dafür, daß eine Wahrnehmung der Aufgaben des Bundessozialhilfegesetzes ohne eine Umgestaltung unserer Verwaltungsapparatur nicht möglich sein soll, bleibt der Verfasser schuldig.

Ministerialrat Dr. Rendschmidt

Bundesbesoldungsrecht für Beamte, Richter und Soldaten. Mit Vorschriften für den Bereich der Länder. Kommentar von Wurster-Gohla. Band II, 6. Ergänzungslieferung Juli 1971, 222 S., 39,20 DM. R. v. Decker's Verlag, G. Schenck, Hamburg.

Die 6. Ergänzungslieferung zum 2. Band des Kommentars zum Bundesbesoldungsrecht berücksichtigt in der Gruppe I die Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes bis zu dessen Neufassung am 5. August 1971 und in der Gruppe II (Ergänzung der Ortsklassenverzeichnisse) die mit Rundschreiben des Bundesministers des Innern vom 22. April 1970 und vom 12. Mai 1971 bekanntgegebenen gemeindlichen Gebietsänderungen. Es sei an dieser Stelle erneut auf den großen praktischen Wert des Werkes von Wurster-Gohla als einer aktuellen, erschöpfenden und zuverlässigen Informationsquelle für jeden mit Besoldungsfragen befaßten Bediensteten — auch im Bereich der Länder — hingewiesen.

Regierungsdirektor Neill

Gesetz über Ordnungswidrigkeiten mit Einführungsgesetz, Loseblatt-Kommentar von Dr. jur. Hans Meier, Obermagistratsdirektor bei dem Polizeipräsidenten der Stadt Frankfurt am Main, 484 S., in Plastikordner 38,50 DM (WK-Reihe, Band 81). Verlag Kommentar GmbH, Frankfurt am Main, Zeppelinallee 43.

Die Kenntnis des Rechtes der Ordnungswidrigkeiten ist in erster Linie wegen der weiten Streuung materieller Gebots- und Verbotsnormen von großer Bedeutung. Denn die diesem Rechtsbereich zurechnenden Tatbestände enthalten, obwohl sie von dem Odium strafwürdigen Unrechts befreit sind, teilweise empfindliche Sanktionen. Aber auch an dem OWiG selbst besteht erhebliches rechtspolitisches und dogmatisches Interesse; denn es verlagert die aus dem Strafverfolgungsrecht geläufige Aufgabenverteilung zwischen den Verwaltungs(Polizei)behörden, Staatsanwaltschaften und Gerichten.

Das geltende OWiG muß, da es die für Eingriffe des Staates in die Rechtssphäre des Bürgers entscheidenden Verfahrensgrundsätze enthält, Ausgangspunkt einer Darstellung des Rechts der Ordnungswidrigkeiten sein.

Dem trägt das vorliegende Erläuterungswerk Rechnung. Es umfaßt neben dem Gesetzestext und einer Kommentierung des OWiG, den Text des Einführungsgesetzes zum OWiG (EGOWiG) in fast vollem Wortlaut sowie eine detaillierte Zusammenstellung der wichtigsten für die Anwendung dieser Gesetze maßgeblichen Verwaltungsvorschriften der Länder.

Die Kommentierung des OWiG vermittelt den Eindruck gründlicher Bearbeitung. In einer fast 25 Seiten umfassenden Einführung werden die grundsätzlichen Fragen zusammenhängend und mit der gebotenen Ausführlichkeit dargestellt. In der Kommentierung selbst wird — im Gegensatz zu der Einführung — offenbar aus Gründen der Praktikabilität weitgehend auf Literaturhinweise verzichtet. Dafür wurden jedoch rechtsvergleichende Hinweise in größerem Umfang aufgenommen.

Die für die Anwendung des EGOWiG bedeutsamen Fragen erläutert der Verfasser in einer sehr umfangreichen Einführung. Ebenso werden die zahlreichen abgedruckten Verwaltungsvorschriften der Länder durch ins einzelne gehende Gesamt- und Teilübersichten, Einführungen sowie durch die Wiedergabe von Vordrucken so übersichtlich als möglich dargestellt und erläutert.

Besonderer Wert wird auf die Wiedergabe der für Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehrsrecht zu verhängenden Sanktionen gelegt. Neben dem Verwarnungsgeldkatalog und dem Bußgeldkatalog für Straßenverkehrsordnungswidrigkeiten der Länder (ausgen. Bayern) ist auch der an deren Stelle tretende Buß- und Verwarnungsgeldkatalog des Landes Bayern, der wegen seiner Ausführllichkeit auch in anderen Ländern ergänzend angewendet wird, auszugswise aufgenommen. Durch ein beiden Vorschriften angefügtes, 14seitiges alphabetisches Tatbestandsverzeichnis wird deren Handhabung wesentlich vereinfacht. Die Sammlung wird durch die Vorschriften über die sachliche Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden der Länder abgeschlossen.

Insgesamt gibt der Kommentar in Darstellung und Erläuterung zuverlässig den z. Z. neuesten Stand der Rechtsentwicklung wieder. Er ist in der für Erläuterungswerke zu modernen Gesetzen beinahe unumgänglich notwendigen und bewährten Loseblattform herausgegeben.

In der Handhabung könnte er jedoch z. B. bei Verwendung farbiger Trennblätter übersichtlicher werden. Auch der im Gegensatz zu dem üblichen Heftverfahren verwandte sog. „Stiftordner“ vermag trotz beigefügter Gebrauchsanweisung nicht zu überzeugen. Inhaltlich bleibt bei diesem gelungenen und in seiner Anlage auch ausbau-

fähigen Kommentar zu wünschen, daß er durch möglichst vollständige Wiedergabe der materiellen Gebots- und Verbotsnormen erweitert wird. Sonst fehlte nicht nur im Bereich des Straßenverkehrsrechts die Darstellung der notwendigen Verbindungen zwischen Verfahrensrecht und konkreten Sanktionsnormen.

Regierungsassessor Ballmaier

Bundesimmissionsschutzrecht, Loseblatt-Kommentar von Dr. Gerhard Feldhaus, Ministerialrat im Bundesministerium des Innern, unter Mitarbeit von Reg.-Amtmann Horst D. Hansel, 2 Bände, 1971, ca. 1600 S., DIN A 5, in Plastikordner, 138,— DM, Deutscher Fachschriftenverlag, Wiesbaden, Mainz, Düsseldorf, München.

Unter dem Titel „Feldhaus, Bundesimmissionsschutzrecht, Kommentar“ liegt nunmehr auch der zweite Band vor. Die Bände können nicht einzeln bezogen werden. In gleicher Ausstattung ist auch eine Entscheidungssammlung erschienen mit 340 Seiten zum Preise von 49,— DM. Sie kann einzeln bezogen werden. Der Gesamtpreis für alle drei Bände beträgt 167,— DM.

Der hier zu besprechende Band II enthält die Vorschriften des speziellen Luftreinhalte- und Lärmschutzrechts, des Verkehrsrechts, Baurechts, Raumordnungsrechts, des Bürgerlichen Rechts, des Strafrechts; ferner die eng mit dem Immissionsschutz in Berührung stehenden Vorschriften, wie das Gaststättengesetz, das Altölgesetz, das Atomgesetz, das Schornsteinfegergesetz, Vorschriften des Meßwesens und des Steuerrechts.

Eingehend kommentiert ist das Baulärmgesetz. In Vorbereitung sind die Erläuterungen zum Fluglärmgesetz und zum Gaststättengesetz. Während der Drucklegung konnte noch das am 7. 8. 1971 verkündete Benzin-Blei-Gesetz, das in der Öffentlichkeit lebhaft diskutiert wurde, aufgenommen werden. Vorbemerkung, Auszüge aus der amtlichen Begründung und zahlreiche Anmerkungen führen hier schon in die Ziele des Gesetzes ein und geben eine erste Kommentierung. Die angekündigte Ergänzungslieferung wird auch hier die gerade im Bundesrat eingebrachte Erste Verordnung zur Durchführung des Benzin-Blei-Gesetzes zu berücksichtigen haben.

Es würde den Rahmen einer Buchbesprechung sprengen, wollte ich alle zum Abdruck gekommenen Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, Richtlinien, Durchführungs- und Ausführungsbestimmungen sowie DIN-Normen aufzählen.

Es ist das Verdienst des Verfassers, der zuständiger Referent im nunmehr federführenden Bundesministerium des Innern ist, das Immissionsschutzrecht, das in zahlreichen Gesetzen, Verordnungen und technischen Bestimmungen verstreut ist, zusammenfassend dargestellt zu haben. Teile des Immissionsschutzrechtes werden im Rahmen des Bundesimmissionsschutzgesetzes neu geregelt. Unter Immissionen sind die auf Menschen, Tiere, Pflanzen oder andere Sachen einwirkende Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen u. ä. Umwelteinwirkungen zu verstehen.

Die Zusammenfassung dieses Sachgebietes in einem einzigen Werk erübrigt die Beschaffung einer ganzen Anzahl von Einzelgesetzen bzw. Kommentaren. Die Erläuterungen des Verfassers verraten große Sachkenntnis. Alle wichtigen Entscheidungen sind berücksichtigt. Hinweise auf die Literatur sind in Fußnoten vorhanden; der Kommentar gewinnt dadurch an Übersichtlichkeit, daß am Rand die Stichworte zur Kommentierung abgedruckt sind. Ein umfangreiches Sachverzeichnis erleichtert das Auffinden des Gesuchten. Wohlthuend für den Leser ist die knappe, sachliche und, wie mir scheint, auch erschöpfende Darstellung der Materie. Ich halte das Werk für ein ausgezeichnetes Rüstzeug für alle diejenigen, die mit dem Immissionsschutz zu tun haben.

Regierungsdirektor Friedrich Karl Schneider

Preußischer Adler und Hessischer Löwe

Dokumentarischer Rückblick auf die hundertjährige wechselvolle Vergangenheit des Regierungsbezirks Wiesbaden
Von Regierungsvizepräsident Dr. Müller †

Als Weihnachtsgeschenk empfohlen!

Umfang 440 Seiten und 48 Seiten Abbildungen auf Kunstdruckpapier im Format 17 × 23,7 cm, 1/1-Leinendecke mit Gold- und Farbprägung. Mehrfarbiger Schutzumschlag, zweiseitig cellophanisiert
Preis 25,85 DM



1866

1966

Bestellungen durch Ihre Buchhandlung oder beim Verlag
Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG.
62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon: Sammelnummer 3 96 71

Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER
FÜR DAS LAND HESSEN“

1971

Montag, den 29. November 1971

Nr. 48

Gerichtsangelegenheiten

3830

Erlaubnisurkunde

371 a E — 1.1217: Fräulein Ute Kra h, 6 Frankfurt (Main), Häusergasse 2, wird auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung vom 13. 12. 1935 (RGBl. I S. 1478) die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten auf dem Gebiet der gesetzlichen Sozialversicherung (Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten) für den Amtsgerichtsbezirk Frankfurt (Main) erteilt.

Diese Erlaubnis berechtigt nicht zum mündlichen Verhandeln vor Gericht.

Geschäftssitz ist Frankfurt (Main).

6 Frankfurt (Main), 9. 11. 1971

Der Präsident des Amtsgerichts

Veröffentlichungen

3831

Verlust eines Dienstausses

Dem Kriminalobermeister Hans-Werner Ho oß, geboren am 18. Januar 1943 in Wasenberg, Kreis Ziegenhain, wohnhaft in 6101 Tralsa, Weingartenstraße 56, ist am 26. Oktober 1971 sein Dienstauss Nr. K 38, ausgestellt am 11. März 1970 von dem Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt — Der Polizeipräsident —, durch Diebstahl abhanden gekommen.

Der Dienstauss wird für ungültig erklärt.

61 Darmstadt, 2. 11. 1971

Der Oberbürgermeister
der Stadt Darmstadt

— Der Polizeipräsident —
310 — P/1 — 30.74

3832 Handelsregister

HRB 7437: Die Gesellschafterversammlung der Fa. Deutsche LAVACOLORA Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Frankfurt (Main) hat am 15. November 1971 beschlossen, das Stammkapital der Gesellschaft um 250 000,— DM herabzusetzen.

Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei der Gesellschaft in Frankfurt (Main), Cassellastr. 31—35, zu melden.

6 Frankfurt (Main), 19. 11. 1971

Deutsche LAVACOLORA GmbH
ppa. ppa.
gez. Ehlers Behringer

3833 Vergleiche — Konkurse

N 14 und 35/71 — Konkursverfahren: Über das Vermögen

a) der Kauffrau Erna Kuske — N 14/71,

b) des Herrn Wolfgang Kuske — N 35/71.

MitInhaber der Firma E. und W. Kuske, Dekoration und Innenausbau, 6381 Ober-Erlenbach, Ringstraße 19, ist heute, am 18. November 1971, um 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Diplomvolkswirt und Steuerberater Alois Brauburger, 6 Frankfurt (Main), Moselstraße 25, Tel.: 23 67 92.

Konkursforderungen sind bis zum

16. Dezember 1971 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben Vollmacht mit einzureichen, oder diese im Termin vorzulegen. Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in den §§ 132, 134 und 137 KO bezeichneten Gegenstände ist der 16. Dezember 1971, um 9.00 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen der 27. Januar 1972, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Bad Vilbel, Frankfurter Straße 132, Zimmer 1.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache gesonderte Befriedigung verlangt, bis zum 16. Dezember 1971 dem Konkursverwalter anzeigen.

6368 Bad Vilbel, 18. 11. 1971 Amtsgericht

3834

VN 1/71 — Vergleichsverfahren: Die „Eisen- und Metallgießerei Dautphe Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Dautphe, Krs. Biedenkopf, hat durch ihre beiden gemeinschaftlich handelnden Geschäftsführer Dipl.-Kaufmann Dr. Peter von Wriehen in Düsseldorf, Weißdornstraße 3, und Frau Klara Bernhardt geb. Dittmann in Dautphe, Kreis Biedenkopf, durch einen am 19. November 1971 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens beantragt.

Vorläufiger Verwalter ist der Rechtsanwalt Horst L. Schmidt, 356 Biedenkopf (Lahn), Schulstraße.

Gegen die Schuldnerin ist ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

356 Biedenkopf, 22. 11. 1971 Amtsgericht

3835

N 1/71 — 19. November 1971: Im Konkurs der Firma Zahnfabrik Wilde GmbH & Co. KG, Niederwalluf, ist Termin zur Prüfung nachgemeldeter Forderung auf 10. 12. 1971, um 8.30 Uhr, Zimmer 17, des Amtsgerichts Eltville anberaumt.

6228 Eltville, 19. 11. 1971

Amtsgericht

3836

81 VN 3/71 — Vergleichsverfahren: Die Ernst Schönau Kommanditgesellschaft, 6 Frankfurt (Main), Weißfrauenstr. 12, mit Zweigniederlassung unter der Firma Ernst Schönau, Kommanditgesellschaft Frankfurt (Main), Günthersburgallee 19, hat durch einen am 5. November 1971 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Helmut Engelmann, 6 Frankfurt (Main), Weberstr. 8, Tel. 55 40 54, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Folgende Verfügungsbeschränkungen werden dem Schuldner auferlegt: Es wird heute, am 8. November 1971, um 10.15 Uhr, ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen, §§ 12, 58, 59 Vgl.-O.

6 Frankfurt (Main), 8. 11. 1971

Amtsgericht, Abt. 81

3837

81 N 121/71 — Konkursverfahren — Über das Vermögen des Kaufmanns Willi Schütz, 65 Mainz, Am Kronberger Hof 1, und, 6 Frankfurt (Main), Liebigstraße 46, wird heute, am 11. November 1971, um 12.15 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Helmut Engelmann, 6 Frankfurt (Main), Weberstraße 8, Tel. 55 40 54.

Konkursforderungen sind bis zum 20. Januar 1972 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 25. Januar 1972, um 10.00 Uhr, Prüfungstermin am 22. Februar 1972, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer 137. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. Januar 1972 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 11. 11. 1971

Amtsgericht, Abt. 81

3838

81 N 327/71 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Firma TABEVA Textilgroßhandel Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main, Sandweg 6c, wird heute, am 12. November 1971, um 16.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Herr Rechtsbeistand Helmut Burghardt, Frankfurt am Main, Leerbachstr. 107, Tel. 59 67 77.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Dezember 1971 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 14. Januar 1972, um 9.00 Uhr, Prüfungstermin am 28. Januar 1972, um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer 137. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 31. Dezember 1971 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 12. 11. 1971

Amtsgericht, Abt. 81

3839

81 N 298/70: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 7. Mai 1970 in Pirmasens verstorbenen, zuletzt in Hattersheim, Brunnenstraße 22, wohnhaft gewesenen Kaufmanns Richard Burkardt, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Zu berücksichtigen sind 3419,34 DM für Forderungen mit dem Vorrecht nach § 61 Ziff. 2 KO, 75,— DM für Forderungen mit dem Vorrecht nach § 61 Ziff. 3 KO, und 84 350,47 DM für Forderungen ohne Vorrecht. Zur Verfügung stehen 6346,50 DM, von denen jedoch vorweg die Gerichtskosten und das Honorar mit den Auslagen des Verwalters zu berücksichtigen sind.

Das Schlußverzeichnis wurde zur Einsicht für die Beteiligten am 8. November 1971 auf der Geschäftsstelle 81 des Amtsgerichts Frankfurt niedergelegt.

6 Frankfurt (Main), 19. 11. 1971

Weberstraße 8

Der Konkursverwalter:
Engelmann,
Rechtsanwalt und Notar

3840

81 N 298/70 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 7. 5. 1970 verstorbenen und zuletzt in Hattersheim (Main), Brunnenstr. 22, wohnhaft gewesenen Kaufmanns Richard Burkardt wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis anberaumt auf den 17. Dezember 1971, um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (M.), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: a) Vergütung auf 4200,— DM einschließlich Mehrwertsteuer, b) Auslagen auf 185,13 DM.

6 Frankfurt (Main), 15. 11. 1971

Amtsgericht, Abt. 81

3841

81 N 272/71 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Drogistin Heidrun Gerlinde Jordan geb. Otto, 6079 Sprendlingen, Frankfurter Str. 56—58, alleinige Inhaberin der Schwalbenschwanz-Drogerie Heidrun Gerlinde Jordan, Frankfurt (Main), Am Schwalbenschwanz Nr. 75, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt, § 204 KO.

6 Frankfurt (Main), 15. 11. 1971

Amtsgericht, Abt. 81

3842

5 N 25 und 26 69: Das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Schlossermeister Wilhelm und Richard Helmke, 64 Fulda, Frankfurter Straße 1, ist nach abgehaltenem Schlußtermin aufgehoben.

Die Vergütung der Ausschußmitglieder ist auf 400,— DM festgesetzt.

64 Fulda, 16. 11. 1971

Amtsgericht, Abt. 5

3843

2 N 14 71: Konkursöffnungsverfahren gegen den Kaufmann Walter Leonhard in Arnoldshain und Flörsheim:

Am 12. November 1971 ist ein allgemeines Veräußerungsverbot einschließlich der Einziehung von Forderungen durch den Schuldner erlassen. Ausgenommen ist die Veräußerung von Waren im laufenden Geschäftsbetrieb.

6203 Hochheim (Main), 12. 11. 1971

Amtsgericht

3844

N 6 69: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Erwin Seidel, Walsdorf, Hintergasse 10a, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

627 Idstein, 9. 11. 1971

Amtsgericht

3845

50 N 61/70: Im Konkursverfahren Bau-Data-Rechenzentrum GmbH, Kassel, ist besonderer Prüfungstermin auf 8. Dezember 1971, um 8.30 Uhr, Amtsgericht Kassel, Saal 106, bestimmt.

35 Kassel, 12. 11. 1971

Amtsgericht

3846

7 N 34 71 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen der Kauffrau Monika Dupp, Inhaberin der Firma Schuhmarkt Monika Dupp in 3551 Hachborn, Sandberg, wird heute, am 19. November 1971, um 10 Uhr, der Anschlußkonkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Gert Siebert, 355 Marburg, Krummbogen 1.

Konkursforderungen sind bis zum 30. 1. 1972 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubiger-

versammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 29. 12. 1971, um 10 Uhr, Prüfungstermin am 23. 3. 1972, um 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Marburg (Lahn), Universitätsstr. 48, I. Stock, Zimmer 157. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 24. 12. 1971 ist angeordnet.

355 Marburg (Lahn), 19. 11. 1971

Amtsgericht, Abt. 7

3847

62 N 49/71 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Ute Oppermann, Inhaberin eines Baugegeschäftes in Wiesbaden, Schiersteiner Str. Nr. 18, wird mangels Masse gem. § 204 KO eingestellt.

62 Wiesbaden, 11. 11. 1971

Amtsgericht

3848

62 VN 3/71: Vergleichsantrag des Bauunternehmers Hans-Friedrich Rühl, Wiesbaden, Paul-Gerhard-Straße 28 a, vom 9. November 1971.

Vorläufiger Vergleichsverwalter: Rechtsanwalt Mengert, Wiesbaden, Moritzstraße Nr. 16.

62 Wiesbaden, 11. 11. 1971

Amtsgericht

3849

62 N 74 68 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Heinrich Zerbe & Söhne OHG in Mainz-Kastel, Ogelweg 11, wird die Gläubigerversammlung auf Mittwoch, den 22. Dezember 1971, um 14.00 Uhr, auf Saal 243, des Amtsgerichts einberufen.

Tagesordnung: 1. Bericht des Konkursverwalters und Anhörung der Gläubigerversammlung, 2. Prüfung nachgemeldeter Forderungen, 3. Verschiedenes.

6200 Wiesbaden, 12. 11. 1971

Amtsgericht

3850

62 VN 2 71 — **Vergleichsverfahren:** Über das Vermögen der Firma Edixa GmbH, Wiesbaden, Dotzheimer Straße 172, Postfach Wiesbaden-Dotzheim 13 085, gesetzlich vertreten durch ihren Geschäftsführer Rudolf Röslein, wird heute, 8. November 1971, um 8.00 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet.

Vergleichsverwalter: Rechtsanwalt Freiherr Grote, Wiesbaden, Moritzstr. 16.

Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag: 15. Dezember 1971, um 9.00 Uhr, Saal 243.

62 Wiesbaden, 16. 11. 1971

Amtsgericht

3851

1 N 1 71 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Bock & Heine, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Betrieb einer Weberei, insbesondere zur Fertigung von Möbelstoffen, Hess.-Lichtenau-Hirschhagen Nr. 70, Krs. Witzenhausen, vertreten durch den Geschäftsführer Textilingenieur Lothar Heine in Hess.-Lichtenau, Hanröder Straße 32, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

343 Witzenhausen, 29. 10. 1971

Amtsgericht

3852

Schluß des Konkursverfahrens. Der Konkursrichter des Bezirksgerichtes Zürich hat mit Verfügung vom 11. November 1971 das Konkursverfahren über Otto Wailer, Bläsistr. 11, 8049 Zürich, als geschlossen erklärt.

8019 Zürich, 15. 11. 1971

Konkursamt Höngg-Zürich:
Isler, Notar

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß

der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3853

2 K 14/70: Das im Grundbuch von Helmighausen, Band 9, Blatt 251, eingetragene Grundstück

Nr. 1 Gemarkung Helmighausen, Flur 1, Flurstück 226 1, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorfe, Haus Nr. 33, Größe 0,99 Ar, soll am Mittwoch, 2. Februar 1972, um 9.30 Uhr im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstr. Nr. 7, Zimmer Nr. 23 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. August 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Glasarbeiter Ludwig Neuberger
b) dessen Ehefrau Erika Neuberger geb. Hoerold, beide in Diemelstadt-Helmighausen, je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 27. 10. 1971

Amtsgericht

3854

2 K 24 71 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Wehen, Band 49, Blatt 1465, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Wehen, Flur 10, Flurstück 64 2, Hof- und Gebäudefläche, Platter Straße 69, Größe 24,84 Ar, soll am 17. Januar 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, Neustraße 12, Saal 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 7. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Speditionskaufmann Willi Daut jr., Wiesbaden.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 204 200,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 10. 11. 1971

Amtsgericht

3855

K 31/71: Das im Grundbuch von Klein Karben, Band 32, Blatt 1539, eingetragene Grundstück

Nr. 1 Gemarkung Klein Karben, Flur 1, Flurstück 273, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 38, Größe 3,18 Ar,

soll am 18. Januar 1972 um 10.00 Uhr im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. Oktober 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Firma Rolf König & Co., Bauausführungen, GmbH., Klein Karben

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 30 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 10. 11. 1971 Amtsgericht 3856

4 K 24/71: Die im Grundbuch von Bensheim, Band 176, Blatt 7263, eingetragenen Grundstücke

Nr. 1, Gemarkung Bensheim, Flur 1, Flurstück 388, Hof- und Gebäudefläche, Neckarstraße 29, Größe 1,52 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bensheim, Flur 1, Flurstück 389, Hof- und Gebäudefläche, Neckarstraße 29, Größe 0,91 Ar,

sollen am 3. Februar 1972, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. Juli 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Architekt Helmut Kunz in Heppenheim,

b) dessen Ehefrau Wilhelmine Kunz geb. Herweck, daselbst, in Gütergemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 18. 11. 1971 Amtsgericht 3857

3 K 26/71: Das im Grundbuch von Hitzelrode, Band 8, Blatt 288, eingetragene Grundstück,

Nr. 10, Gemarkung Hitzelrode, Flur 5, Flurstück 84/8, Hof- und Gebäudefläche und Gartenland, Vorn im Dorfe, Haus Nr. 10, Größe 15,80 Ar,

soll am 27. Januar 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. Juli 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Meta Weske, geborene Wiegand, Hitzelrode, Haus Nr. 10.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 4. 11. 1971 Amtsgericht 3858

42 K 47/70: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Ravalzhausen, Band 46, Blatt 1315, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ravalzhausen, Flur 17, Flurstück 107/2, Hof- und Gebäudefläche, Schubertstraße 3, Größe 2,60 Ar,

am 25. 1. 1972, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 16. 6. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Lina Frauenholz, verwitwete Wagner, geb. Seitz in Dörnigheim.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 64 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

645 Hanau, 15. 11. 1971 Amtsgericht, Abt. 42 3859

42 K 4/71: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Ostheim (AG Hanau), Band 44, Blatt 1661, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ostheim, Flur 24, Flurstück 73/7, Hof- und Gebäudefläche, Feldstraße 15, Größe 5,91 Ar,

am 27. 1. 1972, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 2. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Gundolf Glock in Ostheim, geb. am 24. 9. 1954, b) Romy Glock in Ostheim, geb. am 5. 6. 1956, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 150 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

645 Hanau, 16. 11. 1971 Amtsgericht, Abt. 42 3860

42 K 1/70: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Neuwiedermus, Band 11, Blatt 271, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Neuwiedermus, Flur 5, Flurstück 64/24, Hof- und Gebäudefläche, Odenwaldstraße, Größe 6,05 Ar,

am 2. 2. 1972, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 9. 2. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Lina Otto geb. Dries in Lißberg.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 106 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

645 Hanau, 18. 11. 1971 Amtsgericht, Abt. 42 3861

K 5/71: Das im Grundbuch von Hirschhorn, Band 50, Blatt 2276, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Hirschhorn, Flur 1, Flurstück 736, Hof- und Gebäudefläche, Weidgasse 13, Größe 0,55 Ar,

soll am 19. Januar 1972 um 9.00 Uhr im Gerichtsgebäude Hirschhorn, Untere Gasse Nr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 9. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bauunternehmer Günther Orth und dessen Ehefrau Marga Orth geb. Schumacher, beide in Brühl bei Schwetzingen, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6932 Hirschhorn, 9. 11. 1971 Amtsgericht Fürth/Odw. Zweigstelle Hirschhorn 3862

2 K 14/71 — Beschluß: Die im Grundbuch von Panrod, Band 20, Blatt 478, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Panrod, Flur 21, Flurstück 89, Bauplatz Rödern, Größe 9,19 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Panrod, Flur 21, Flurstück 91, Bauplatz Rödern, Größe 7,31 Ar,

sollen am 28. Januar 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Idstein/Ts., Gerichtsstraße 1, Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. April 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kraftfahrer Winfried Strauss, Wiesbaden.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

für lfd. Nr. 1 auf 11 000,— DM,

für lfd. Nr. 2 auf 8700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

627 Idstein (Ts.), 13. 11. 1971 Amtsgericht 3863

51 K 78/71: Das im Grundbuch von Wah-

lershausen, Band 30, Blatt 743, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis,

Nr. 2, Gemarkung Wahlershausen, Flur 26, Flurstück 144/31, Lieg.-B. 585, Hof- und Gebäudefläche, Kunoldstraße 47, Größe 6,16 Ar,

soll am 15. Februar 1972, um 8.30 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 143 (Saalbau), zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. September 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) die verstorbene Witwe Luise Heilmann, geb. Lesch, Kassel,

b) die Ehefrau Eva Jütte, geb. Lesch, Simmershausen,

— je zur Hälfte —

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 16. 11. 1971 Amtsgericht, Abt. 51 3864

1 K 26/71: Das im Grundbuch von Alraft, Band 5, Blatt 104, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Alraft, Flur 3, Flurstück 13/13, Bauplatz, Auf dem Lindenberg, Größe 6,06 Ar,

soll am 6. März 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstraße 2, Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 9. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Maurer Manfred Heese,

b) dessen Ehefrau Gerda Heese geb. Neugebauer, beide in Alraft, — je zu 1/2 —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 36 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

354 Korbach, 12. 11. 1971 Amtsgericht 3865

7 K 45/71 — Beschluß: Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Bürstadt, Band 96, Blatt 4642, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bürstadt, Flur 6, Flurstück 22, Hof- und Gebäudefläche, Mainstraße 91, Größe 4,15 Ar,

soll am Mittwoch, dem 26. Januar 1972, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer 10, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. August 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Anton Josef Gärtner in Bürstadt,

2. Else Elma Bayer geb. Gärtner in Hofheim,

3. Barbara Gärtner geb. Heiser, Bürstadt,

zu 1—3 in Erbengemeinschaft zu 1/2,

4. Barbara Gärtner geb. Heiser in Bürstadt zu 1/2.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von 1/10 des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 5. 11. 1971 Amtsgericht 3866

K 40/71: Das im Grundbuch von Langenbrombach, Band 8, Blatt 359, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 37, Flur 1, Flurstück 100, Hof- und Gebäudefläche und Grünland, Dammweg 30, Größe 45,62 Ar,

soll am 22. Februar 1972, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. Sept. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- 1 a) Wilhelm Julius Stephan
- b) Gerlinde Margarete Klara Stephan, geb. Eidenmüller, beide in Langen-Brombach, zu je 1/2.

Grundstückswert nach § 74a Abs. 5 ZVG 300 000,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin 1/10 ihres Gebots in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

612 Michelstadt, 18. 11. 1971 **Amtsgericht**

3867

5 K 27/71: Das im Grundbuch von Glas- hütten, AG-Bezirk Nidda, Band 19 Blatt 1049, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Glashütten, Flur 1, Flurstück 4/12, Hof- u. Gebäudefläche Auf der Eich 10, Größe 11,29 Ar,

soll am 24. Februar 1972 um 9.30 Uhr im Gerichtsgebäude Nidda zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. August 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- 1 a) Steinrichter Manfred Böck, Eschen- rod,
- b) dessen Ehefrau Elfriede Böck geb. Kling, daselbst, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74 Abs. 5 ZVG durch rechtskräftigen Beschluß des Gerichts vom 22. Okt. 1971 auf 72 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 16. 11. 1971 **Amtsgericht**

3868

2 K 1/71: Das im Grundbuch von Run- kel, Band 29, Blatt 997, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Runkel, Flur 1, Flur- stück 26, Hof- und Gebäudefläche Heer- straße 15, Größe 19,39 Ar,

soll am 12. Januar 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Mauerstraße 25, Zimmer 24, durch Zwangsvollstreckung ver- steigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 22. 1. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehe- frau des Kaufmanns Hans Berndt, Anita, geb. Schulte, in Runkel-Kerkerbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

629 Weilburg, 15. 11. 1971 **Amtsgericht**

3869

3 K 55/70: Die im Grundbuch von Dreis- bach, Band 16, Blatt 723, eingetragenen Grundstücke

Nr. 9, Gemarkung Dreisbach, Flur 3, Flurstück 26, Grünland, Im obersten Hol- stenreth, Größe 6,90 Ar,

Nr. 10, Gemarkung Dreisbach, Flur 6, Flurstück 60, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf Hs. Nr. 5, Größe 4,21 Ar,

sollen am 2. Februar 1972 um 9.00 Uhr

im Gerichtsgebäude Wetzlar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. 10. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehe- frau des Hüttenarbeiters Erich Mehl, Em- ma geb. Kloos, in Dreisbach.

Beschluß: Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 270,— DM und 41 300,— DM = 41 570,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 19. 11. 1971 **Amtsgericht**

3870

61 K 9/71 — Beschluß: Das im Grund- buch von Frauenstein, Band 68, Blatt 1820, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Flur 16, Flurstück 608 127, Hof- und Gebäudefläche, Quellbornstr. 19, Größe 3,93 Ar,

soll am 18. Januar 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wiesbaden, Gerichtsstr. Nr. 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstrek- kung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. April 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Karl-Heinz Bouffier in Wiesbaden-Frauen- stein.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 125 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 15. 11. 1971 **Amtsgericht**

Andere Behörden und Körperschaften

3871

Wahlfrist für die Wahl der 5. Delegiertenversamm- lung der Landesapothekerkammer Hessen

Die vom Kammervorstand aus technischen Gründen neu fest- gesetzte Wahlfrist (Frist innerhalb derer die Wahl vorzuneh- men ist) dauert vom

1. bis 10. Dezember 1971.

Die Wahlunterlagen gehen den Wahlberechtigten rechtzeitig zu.

Frankfurt/Main, 12. 11. 1971

Landesapothekerkammer Hessen

3872

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Bad Hersfeld nach Heringen

Der

Deutschen Bundesbahn — Bundesbahndirektion Kassel —

habe ich heute die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG von

Bad Hersfeld nach Heringen

über Bad Hersfeld (Bismarckstr. — Dudenstr. — Bahn- hofstr. — Reichsstr. — Frankfurter Str. — Friedewal- der Str. — Klausstr. — Breitenstr. — A.-Gottlieb-Str. — Seilerweg — Petersberg (Abzw.) — Sorga — Malkomes (Abzw.) — Friedewald — Lautenhausen, Lautenhausen (Abzw.) — Unterneurode — Heimbaldshausen — Harn- rode Lengens — Leimbach — Widdershausen — Neu- heringen — Hera — Röhrigshof — Hattorf

bis zum 31. 8. 1978 mit der Auflage erteilt, daß die Bedienung des Verkehrs innerhalb des Stadtgebietes von Bad Hersfeld ausgenommen bleibt.

Kassel, 25. 10. 1971

Der Regierungspräsident
III/4 — 66 f 02—07 B

3873

Veränderung in der Zusammensetzung des Vor- standes der Hessen-Nassauischen landwirtschaft- lichen Berufsgenossenschaft

Der Vorstand der Hessen-Nassauischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft hat in seiner Sitzung am 29. Oktober d. J. gemäß § 12 SVwG in Verbindung mit §§ 12 und 23 Nr. 1 der Satzung der Berufsgenossenschaft Herrn Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm, MdB, 6491 Ramholz, zum Vorsitzenden, Herrn Josef Schlepper, 6227 Winkel/Rhg. zum ersten und Herrn Willi Donsbach, 6349 Fleisbach/ Dill, zum zweiten stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden ge- wählt.

Kassel, 12. 11. 1971

Hessen-Nassauische landwirtschaftliche
Berufsgenossenschaft

Der Geschäftsführer

Dr. Hagen

3874

Satzungsänderung des Verbandselektrizitätswerks Waldeck

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verbands- elektrizitätswerk Waldeck zu Korbach hat in ihrer Sitzung am 18. November 1971 mit 3/4-Mehrheit beschlossen:

1. a) § 5 Nr. 4 der Satzung wird ersatzlos gestrichen.
- b) Die Numerierung der folgenden Absätze des § 5 wird entsprechend geändert.
2. In § 15 der Satzung werden die Worte „im Staatsanzeiger für das Land Hessen und“ gestrichen.
3. In § 16 der Satzung wird folgender Satz 2 hinzugefügt: „Satzungsänderungen treten am Tage nach ihrer Veröf- fentlichung in Kraft.“

354 Korbach, 18. 11. 1971 **Verbandselektrizitätswerk Waldeck**

Öffentliche Ausschreibungen

3875

Darmstadt: Die Bauleistungen zum Ausbau der Kreisstraße 128 in der Ortsdurchfahrt Gundernhausen von km 0,095 bis km 0,229 und Anschluß Stetteritz (von km 0,505 bis km 0,932) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

- 2000 cbm Boden lösen
- 1000 qm Fahrbahn aufnehmen
- 1500 cbm Frostschutzkies
- 1300 t bit. Tragschicht
- 6000 qm Asphaltbinder und Asphaltfeinbeton
- 750 lfd. m Hochbordsteine mit Rinnenplatten in Beton
- 1250 qm Gehwegbefestigung und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 80 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 29. 11. 1971 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 7,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto 355 99 beim Postscheckamt Frankfurt am Main mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen K 128, OD Gundernhausen“.

Eröffnung: Donnerstag, den 9. 12. 1971, um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werktage.

61 Darmstadt, 15. 11. 1971

Hessisches Straßenbauamt Darmstadt

3876

Wiesbaden: Ausschreibung für den Ausbau der L 3456 Bad Schwalbach—Heimbach von Str.-km 0,900 bis Str.-km 2,200.

Auszuführen sind: ca. 22 800 qm Baufeld freimachen; ca. 2900 cbm Mutterboden abtragen und andecken; ca. 10 000 cbm Bodenabtrag 2,23—2,27er einbauen (2500 cbm Bodenabtrag 2,28 als Zulage), davon ca. 6000 cbm ca. 3 km transportieren; ca. 1300 lfd. m Kanal ϕ 25 und ϕ 30 und Dränage; ca. 3150 cbm Frostschutzschicht 30 cm dick; ca. 7100 qm bit. Tragschicht 0/35 mm mit (288 kg/qm); ca. 450 t bit. Tragschicht 0/35 mm; ca. 8200 qm Asphaltbinderschicht 0/18 mm 3,5 cm dick; ca. 8100 qm Asphaltfeinbetonschicht 0/8 mm 3,5 cm dick; ca. 1300 lfd. m Schrägbord F 10.

Bauzeit: 200 Werktage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind ab sofort anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 12,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Frankfurt (Main), Nr. 6830, zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerks: „Ausbau der L 3456 Bad Schwalbach—Heimbach“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab sofort in der Zeit von 8.00 bis 16.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 33.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 13, am 14. 12. 1971, um 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werktage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

62 Wiesbaden, 19. 11. 1971

Hessisches Straßenbauamt

Anzeigen-Annahmeschluß

Jeden Montag um 14 Uhr
für die am darauffolgenden Montag erscheinende
Ausgabe des Staats-Anzeiger

3877

Darmstadt: Die Bauleistungen für das Brückenbauwerk K 211a Überführung Deisfeldschneise in Bau-km 0,1 + 58,16 im Zuge der BAB-Neubaustrecke Bad Homburg—Darmstadt EA 11, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

- ca. 450 cbm Erdaushub
- ca. 70 qm Spundwände
- ca. 350 cbm Stahlbeton
- ca. 27 t Stahl I und III
- ca. 5 t Spannstahl und sonstige Arbeiten.

Bauzeit: 150 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen sind bis zum 30. 11. 1971 anzufordern; sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 26,— DM portofrei zugestellt.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstraße 3a, Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 355 99 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin ist am 16. 12. 1971 um 11.00 Uhr im Sitzungszimmer (Nr. 323/24) des Straßen-Neubauamtes Hessen-Süd, Darmstadt, Rheinstraße 19/21. Zuschlags- und Bindefrist: 20. 2. 1972.

61 Darmstadt, 16. 11. 1971

Straßen-Neubauamt Hessen-Süd

3878

Beim Untertaunuskreis

(70 958 Einwohner) ist infolge Ausscheidens des jetzigen Stellensinhabers die

Stelle des Landrats

zum 1. April 1972 zu besetzen.

Die Wahlzeit dauert bis zum 31. März 1974. (Artikel 2 § 2 Abs. 2 des Vorschaltgesetzes vom 4. Februar 1971 — GVBl. S. 19)

Die Amtsbezüge und Aufwandsentschädigung richten sich nach der Gruppe W 10 (B 5) des Hessischen Gesetzes über die Bezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise vom 29. 10. 1953 (GVBl. S. 172) in der jetzt gültigen Fassung vom 12. Mai 1970 (GVBl. S. 307).

Bewerber sollen die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt oder langjährige Erfahrungen auf allen Gebieten der Kommunalverwaltung haben und die für das Amt erforderliche Eignung besitzen.

Bewerbungen sind mit den erforderlichen Unterlagen — handgeschriebener lückenloser Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisse über die abgelegten Prüfungen und bisherige Tätigkeit — bis zum **15. Dezember 1971** unter dem Kennwort „**LANDRATSWAHL**“ an den

Vorsitzenden

des Ausschusses zur Vorbereitung der Landratswahl,
Bad Schwalbach, Badweg 3,

einzureichen.

6208 Bad Schwalbach, 16. 11. 1971

DER KREISAUSSCHUSS DES UNTERTAUNUSKREISES

3879

Die Gemeinde Schlangenbad/Untertaunuskreis

sucht zum nächstmöglichen Termin einen

Kassenverwalter

Die Einstellung erfolgt nach Vergütungsgruppe 6 b/BAT bzw. Besoldungsgruppe A 8. Aufstiegsmöglichkeiten sind gegeben.

Dienstwohnung kann eventuell gestellt werden.

Richten Sie Ihre Bewerbung bitte an den

Gemeindevorstand

6229 Schlangenbad/Ts.

Hohlstraße 2, Tel.: (0 61 29) 3 09

Auch Sie könnten längst zu denen gehören, die im eigenen Heim wohnen.

Gerade Sie! Denn Ihnen und Ihren Kollegen im öffentlichen Dienst wird es besonders leicht gemacht, Vermögen zu bilden. Weil Sie beim BHW bausparen können. Fangen Sie gleich damit an, und nutzen Sie die Vorteile, die das BHW Ihnen bietet. Günstige Tarife, keine Mindestansparsumme, niedrige Gebühren, seit 1956 nur 4 1/2% Zinsen für Bauspardarle-

hen, 3% Guthabenzinsen. Dazu kommen bis zu 45,5% Prämie oder hohe Steuervorteile. Außerdem können Sie in einigen Jahren über ein zinsgünstiges unkündbares Bauspardarlehen verfügen und sich damit eine gute Altersvorsorge schaffen.

Fordern Sie noch heute unsere kostenfreie Broschüre B 14 an!

Vermögensbildung für
alle im öffentlichen Dienst:
**Leichter
mit dem BHW**
Beamtenheimstättenwerk · 325 Hameln
Postfach 696 · Ruf (0 51 51) 6 61

3880

Bei der Stadt Eschborn

(18 000 Einwohner ab 1. Januar 1972)

ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle des

Leiters des Stadtplanungsamtes

zu besetzen.

Den Bewerber erwartet eine interessante und vielseitige Tätigkeit auf dem Gebiet der gesamten Bauleitplanung (Flächennutzungsplan, Bebauungspläne, städtebauliche Untersuchungen und Wettbewerbe usw.). Es sind größere städtebauliche Sanierungsvorhaben in Vorbereitung.

Wir bieten leistungsgerechte Bezahlung nach Besoldungsgruppe A 12 Hess. Besoldungsgesetz, bzw. Vergütungsgruppe II Bundesangestelltentarifvertrag.

Wir gewähren Trennungs- und Umzugskostenentschädigung nach den gesetzlichen Vorschriften und sind Ihnen bei der Wohnungsbeschaffung behilflich.

Eschborn ist eine schnell wachsende, aufstrebende Stadt am Fuße des Taunus. Die Stadt liegt im Rhein-Main-Wirtschaftsdreieck und hat günstige Verkehrsverbindungen zur nahen Großstadt Frankfurt a. M. Im Jahre 1966 war Eschborn Bundessieger des Wettbewerbes „Bürger es geht um Deine Gemeinde“.

Bewerbungen mit Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften und Nachweis über den bisherigen beruflichen Werdegang sind zu richten

An den

Magistrat der Stadt Eschborn

6236 Eschborn

Rathausplatz 36.

Fernmündliche Anfragen richten Sie bitte unter Telefon-Nr. (06196) 49 01 an unseren Herrn Unger.

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Anstalten



Die günstige Einkaufsquelle
für Büromaschinen
Addiermaschinen
ab **DM 269,-**
Fabrikneu-Garantie
Fordern Sie Katalog II/666
NOTHEL AG Deutschlands größtes
Büromaschinenhaus
34 Göttingen · Postf. 601 · Ruf 6 20 08

Allgemeine Bergverordnung

für das Land Hessen
— ABV — vom 8. 6. 1969

Herausgeber:
Hessisches Oberbergamt

Zu beziehen bei:
Buch- und Zeitschriftenverlag
Kultur und Wissen
GmbH & Co KG
62 Wiesbaden, Wilhelmstr. 42

Der »Staats-Anzeiger für das Land Hessen« erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 13,50 (einschließlich 5 1/2% = 0,70 DM MWSt.). Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Regierungsdirektor Gantz, für den übrigen Teil: Karl Blum, Wiesbaden. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG, 62 Wiesbaden. Postfach 1329. Postscheckkonto 6 Frankfurt/M. Nr. 143 60. Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800; Deutsche Effecten- und Wechselbank 62 Wiesbaden Nr. 69 325; Hess. Landes-

bank Frankfurt/M., Girokonto 15 542. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon Sa.-Nr. 3 96 71, Fernschreiber 04-186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 2,08, bis 40 Seiten DM 2,74, bis 48 Seiten DM 3,30, über 48 Seiten DM 3,57. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten und 5 1/2% Prozent Mehrwertsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 8 vom 1. 4. 1971. Umfang dieser Ausgabe 40 Seiten.